

ajs

III
2006

informationen

ANALYSEN | MATERIALIEN | ARBEITSHILFEN ZUM JUGENDSCHUTZ

2006

Dokumentation der ajs-Jahrestagung



**Kein Platz
an der Sonne**

Christoph Butterwegge
**Die soziale Gerechtigkeit –
demokratischer Grundwert
oder Standortrisiko?**

Ursula Boos-Nünning
**Aufwachsen und Hilfen in
benachteiligten Lebenssituationen**

Christoph Butterwegge

Die soziale Gerechtigkeit – demokratischer Grundwert oder Standortrisiko?

Ursula Boos-Nünning

Aufwachsen und Hilfen in benachteiligten Lebenssituationen

Jahrestagung 2006 – Berichte aus den Foren

Forum 1 *Seite 18*
Soziale Gerechtigkeit durch Bildung!?
Anspruch und Wirklichkeit

Forum 2 *Seite 22*
Was tun, bevor's brennt?
Pädagogische und politische Rahmenbedingungen
im Einwanderungsland Deutschland

Forum 3 *Seite 26*
Durch häusliche Gewalt eingeschlossen –
am Ende ausgeschlossen? Gewalt an Frauen und Kindern

Forum 4 *Seite 30*
Prävention und Intervention bei sexueller Gewalt
Zwischen Professionalisierung und Marginalisierung

Forum 5 *Seite 34*
Gewalt in den Medien – Gewalt in der Realität
Zwischen Fakten und Fiktionen

Forum 6 *Seite 38*
Mehr oder Weniger? Perspektiven der Jugendhilfe
zwischen Qualität und Kostenbegrenzung

Medien und Materialien

Termine

Aus der Arbeit der ajs

Herausgeber:
Präsidium der Aktion Jugendschutz
Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg
Dr. Ursula Pfeiffer
Brigitte von Dungen
Christoph Renz
Bernd Hausmann
Jochen Mack

Redaktion:
Elisabeth Gropper (verantw.)
Elke Sauerteig
Ursula Arbeiter

Unter Mitarbeit der Fachreferent/innen:
Bernhild Manske-Herlyn,
Barbara Tilke, Lothar Wegner

Die mit Namen versehenen Beiträge geben
die Meinung des Autors/der Autorin wieder.

Alle Rechte sind vorbehalten,
Vervielfältigungen sind nur mit Genehmigung
der Aktion Jugendschutz gestattet.

Konto: Bank für Sozialwirtschaft
(BLZ 601 205 00) Konto-Nr. 8 701 800

Bezugspreis: Einzelheft € 3,00, Abonnement
€ 7,50 jährlich inkl. MwSt. und Versand

Auflage: 8.500

Erscheinungsweise: 3 x jährlich

Titelbild: Matthias Kulka

Layout: *Kreativ plus*
Gesellschaft für Werbung
und Kommunikation mbH
Haußmannstraße 6, 70188 Stuttgart
www.kreativplus.com

Druck: Offizin Chr. Scheufele GmbH & Co. KG
Tränkestraße 17, 70597 Stuttgart

Aktion Jugendschutz
Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg
Jahnstraße 12, 70597 Stuttgart-Degerloch
Tel. (07 11) 2 37 37 - 0
Fax: (07 11) 2 37 37 - 30
info@ajs-bw.de, www.ajs-bw.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Die gesellschaftliche Schere öffnet sich zunehmend. Immer mehr Menschen werden zu Modernisierungsverliererinnen und -verlierern. Einer hochproduktiven und gewinnbringenden Wirtschaft stehen cirka fünf Millionen Arbeitslose, eine steigende Verarmung und die Ausgrenzung wachsender Bevölkerungsteile gegenüber. 2,5 Millionen Kinder gelten laut UNICEF und dem Deutschen Kinderschutzbund in Deutschland als verarmt. Ständig fallen mehr Menschen durch die Maschen des sozialen Netzes und gleichzeitig wird an Hilfsangeboten der Rotstift angesetzt.

Doch warum macht die ajs das Thema Soziale Gerechtigkeit zum Thema ihrer Jahrestagung im 50-jährigen Jubiläumsjahr? Wir sind der Meinung, dass Kinder- und Jugendschutz immer auch einen sozialpolitischen Anspruch haben muss. „Struktureller Jugendschutz“ ist eine der Arbeitsaufgaben der ajs. Das erscheint vielen Fachkräften zunächst ungewöhnlich, da sie uns in erster Linie auf dem Gebiet des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes und in der Befassung mit gesetzlichen Regelungen wahrnehmen. Doch Prävention, die sich lediglich auf das Verhalten Einzelner bezieht und gesellschaftliche Strukturen außer Acht lässt, stößt an ihre Grenzen, da Pädagogik immer nur nachrangig zur Politik wirken kann. Die Politik setzt den Rahmen auch für professionelles pädagogisches Handeln.

Zugleich ist es uns wichtig, in pädagogischen Arbeitsfeldern, allen Widrigkeiten zum Trotz, Ideen zu entwickeln, Kreativität zu entfalten und – warum nicht gerade jetzt – Utopien zu entwickeln. Und es ist notwendig, die Reflexion in pädagogischen Arbeitsfeldern anzuregen. Denn Schule ebenso wie Kinder und Jugendhilfe haben ein Doppelgesicht: Einerseits leisten sie einen wichtigen Beitrag, Benachteiligten integrativ abzufedern, zugleich müssen



sie sich jedoch auch kritisch fragen, in wieweit sie mit ihren Strukturen zur Ausgrenzung beitragen.

In dieser Ausgabe werden die Beiträge der Jubiläums-Jahrestagung „Kein Platz an der Sonne. Soziale Gerechtigkeit für Kinder und Jugendliche eine Utopie?“ dokumentiert. Prof. Dr. Christoph Butterwegge setzt sich zunächst mit dem Begriff der Sozialen Gerechtigkeit und seiner Umdeutung durch die Politik auseinander, mit der der Ab- und Umbau des Sozialstaates legitimiert werden soll. Im Beitrag von Prof. Dr. Ursula Boos-Nünning geht es um das Aufwachsen und um Hilfen in benachteiligten Lebenssituationen.

Die Foren befassten sich mit den Themen Bildung, den politischen Rahmenbedingungen im Einwanderungsland Deutschland, mit häuslicher Gewalt und ihren Auswirkungen, mit der Prävention und Intervention bei sexueller Gewalt, der Gewalt in den Medien und den Perspektiven der Jugendhilfe in Zeiten knapper Kassen. Die Foren werden kurz skizziert und durch Statements der teilnehmenden Referent/innen dokumentiert.

Wie immer finden Sie in dieser Ausgabe der ajs-informationen Medientipps, Hinweise auf Veranstaltungen sowie Aktuelles aus der Arbeit der Aktion Jugendschutz.

Wir wünschen Ihnen eine interessante und anregungsreiche Lektüre.

Ihr ajs-Team

Die soziale Gerechtigkeit – demokratischer Grundwert oder Standortrisiko?

■ **Massenarbeitslosigkeit und die Zunahme der Armut vor allem unter Kindern und Jugendlichen sind in einer reichen Gesellschaft wie der Bundesrepublik nicht hinnehmbar. Trotzdem gelten Forderungen nach einer Umverteilung des Reichtums als überholt und bisherige Vorstellungen von Gerechtigkeit plötzlich als verstaubt. Christoph Butterwegge zeigt auf, wie durch Um- oder Neudefinierung des Begriffs Gerechtigkeit versucht wird, die sich vertiefende Kluft zwischen Arm und Reich in der öffentlichen Diskussion akzeptabler zu machen.**

Einerseits ist die Bundesrepublik Exportweltmeister und so wohlhabend wie noch nie zuvor, andererseits herrscht Massenarbeitslosigkeit und die Armut hat, besonders unter Kindern und Jugendlichen, in letzter Zeit drastisch zugenommen. Trotzdem gelten Forderungen nach einer Umverteilung des Reichtums heute als überholt und als ideologisch verstaubt. Hier soll nach den Gründen für

Die sich vertiefende Kluft zwischen Arm und Reich wird in der Regel ignoriert.

dieses scheinbare Paradox gefragt und die These überprüft werden, wonach ein unter dem maßgeblichen Einfluss des Neo-

liberalismus und seiner öffentlichen Meinungsführerschaft veränderter Gerechtigkeitsbegriff ausschlaggebend dafür ist, dass die sich vertiefende Kluft zwischen Arm und Reich ignoriert bzw. die ungerechte Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes akzeptiert wird.

Mit den Plänen zum Um- bzw. Abbau des Sozialstaates, also Konzepten wie jenen der so genannten Hartz- und der so genannten Rürup-Kommission oder Gerhard Schröders Agenda 2010, häuften sich Bemühungen, die in der Gesellschaft bis dahin gültigen Gerechtigkeitsvorstellungen grundlegend zu verändern. Schließlich hätten Reformen dieser Art sonst kaum Chancen, auf Massenakzeptanz zu treffen. Der dominierende Gerechtigkeitsbegriff wurde in dreifacher Hinsicht modifiziert; sein Inhalt verschob sich

- von der Bedarfs- zur Leistungsgerechtigkeit,
- von der Verteilungs- zur „Beteiligungsgerechtigkeit“ und
- von der sozialen zur „Generationengerechtigkeit“.

Wohltaten für Wohlhabende und Belohnung für Leistungsträger: Sozialpolitik paradox

Statt der Bedarfs- wird Leistungsgerechtigkeit zum Kriterium für sozialstaatliches Handeln gemacht. Für neoliberale Ökonomen, aber auch etablierte Parteien und Politiker stellt die soziale Gerechtigkeit im Grunde ein Standortrisiko dar, während sie die Freiheit als Möglichkeit der Kapitaleigentümer interpretieren, zu investieren, wie und wo sie wollen. Das ganze Steuersystem soll darauf ausgerichtet werden, so genannte Leistungsträger zu belohnen und mehr als bisher zu entlasten, um den „Standort D“ zu stärken. Mit dem Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes ist ein solches Steuersystem kaum zu vereinbaren. Es gehört vielmehr zu einem Konzept, das Vorfahrt für Arbeit fordert, aber letztlich Vorfahrt für Arbeitgeber meint.

„Gerecht“ oder „sozial ist, was Arbeit schafft“, behaupten Politiker verschiedener Parteien. Bei diesem Slogan handelt es sich um eine moderne Sklavenhalterideologie, die nicht mehr nach dem Sinngehalt von Erwerbsarbeit, den Arbeitsbedingungen und der Entlohnung fragt, vom Anspruch der Stellenbewerber/innen auf Berufs- und Qualifikationsschutz ganz zu schweigen. Außerdem gibt es inhaltliche Berührungspunkte zum Nationalsozialismus, die eigentlich zu denken geben müssten. So schaltete der deutschnationale Medienzar und spätere Wirtschaftsminister Alfred Hugenberg im Februar 1932 Zeitungsanzeigen mit der Behauptung: „Sozial ist, wer Arbeit schafft.“

Gleichzeitig wird Verteilungsgerechtigkeit als Ziel sozialstaatlicher Politik durch Teilhabe- oder Beteiligungsgerechtigkeit ersetzt. Entscheidend sei heute, dass Men-

schen einen gleichberechtigten Zugang zu Bildungsinstitutionen und zum Arbeitsmarkt erhielten, heißt es beispielsweise im zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

Unter der Überschrift „Gerechtigkeit und solidarische Mitte im 21. Jahrhundert“ legte Olaf Scholz, damals Generalsekretär der SPD und enger Mitarbeiter von Bundeskanzler Gerhard Schröder, am 16. Juli 2003 beim „Programmdialog Gerechtigkeit. Antworten auf eine alte Frage“ im Berliner Willy-Brandt-Haus 13 Thesen für die Umgestaltung des Sozialstaates und die Zukunft sozialdemokratischer Politik vor. Darin plädierte er für die Erweiterung des Gerechtigkeitsbegriffs, der zu sehr auf Verteilungsgerechtigkeit gemünzt sei, was sich aufgrund der Globalisierung ändern müsse. Hierbei verdiene vor allem der Zusammenhang von Freiheit und Gerechtigkeit, die sich wechselseitig bedingten, mehr Aufmerksamkeit: „Gerecht ist“, sagte Scholz, „was Menschen in die Lage versetzt, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es selbst gerne gestalten möchten.“ Folglich hätten Sozialdemokrat/innen an der Regierung die Aufgabe, dafür geeignete Voraussetzungen zu schaffen. Die beiden Politikfelder, in denen darüber entschieden werde, ob die Gesellschaft (fast) allen Menschen ausreichende Teilhabechancen biete, sind Scholz zufolge Bildung und Arbeit: „Auf diesen Gebieten vor allem erweist sich der Gerechtigkeitsgrad unseres Gemeinwesens, auf diesen Gebieten müssen Sozialdemokraten heute ihrem emanzipatorischen Anspruch und Erbe gerecht werden.“

Es fällt auf, dass Scholz mit diesem Gerechtigkeitsbegriff nur noch auf den Zugang zur Lohnarbeit und zur Bildung (verstanden als Qualifikation, um auf dem Arbeitsmarkt bestehen zu können) abzielte, während er die Kapitalseite, Finanzmagnaten und Großaktionäre aus ihrer sozialen Verantwortung entließ und von jeglicher Verpflichtung (etwa zum Teilen ihres Reichtums mit anderen) freistellte. Der moderne Sozialstaat darf laut Scholz weder die wirtschaftliche Dynamik beeinträchtigen noch den Zugang möglichst vieler Gesellschaftsmitglieder zu Bildung und Arbeit behindern, was er jedoch in der Vergangenheit – so lautet zumindest der implizite Vorwurf – versäumt haben soll: „Nur ein auf Prävention und Chancengleichheit setzender Sozialstaat kann unter den veränderten ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Gerechtigkeit gewährleisten.“ Umverteilung des gesellschaftlichen Reich-

tums war nach Meinung von Scholz nicht mehr von zentraler Bedeutung, weil der Sozialstaat „bereits ein sehr weitgehendes Niveau der Umverteilung materieller Ressourcen und Einkommen erreicht“ habe. (Kinder-)Armut, die in unserer Gesellschaft wächst, wird völlig ignoriert, und die Verteilungsverhältnisse erklärt man für weitgehend irrelevant, obwohl oder gerade weil sie dem Gebot sozialer Gerechtigkeit heute mehr denn je seit 1945 zuwiderlaufen.

So sinnvoll die Erweiterung des Gerechtigkeitsbegriffs sein mag, so wenig darf sie vergessen machen, dass Beteiligungsgerechtigkeit durch soziale Ungleichheit der Boden entzogen wird. Weshalb sollte ausgerechnet zu einer Zeit, in der das Geld in fast allen Lebensbereichen wichtiger als früher, aber auch ungleicher denn je verteilt ist, seine Bedeutung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gesunken sein? Damit sie in Freiheit (von Not) leben, ihre elementaren Bedürfnisse befriedigen und ihre Lebenspläne verwirklichen können, brauchen Menschen nach wie vor Geld, das sie bei Erwerbslosigkeit, Krankheit und im Alter als soziale bzw. Entgeltersatzleistung vom Sozialstaat erhalten müssen. Mehr soziale Gleichheit bzw. Verteilungsgerechtigkeit bildet die Basis für Teilhabechancen benachteiligter Gesellschaftsschichten. Dies gilt beispielsweise für Bildung und Arbeit. Ohne ausreichende materielle Unterstützung steht die Chance, an Weiterbildungskursen teilzunehmen und die Arbeitsmarktchancen zu verbessern, für Erwerbslose nur auf dem Papier.

Ohne materielle Unterstützung besteht die Verbesserung der Arbeitsmarktchancen nur auf dem Papier.

Zu den Behauptungen, die suggerieren, dass sich die Fronten der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung abgeschliffen hätten und neue Konstellationen entstanden seien, denen sich die Analyse widmen müsse, gehört der Vorwurf mangelnder Generationengerechtigkeit. Häufig wird so getan, als ob der Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit durch einen neuen Grundwiderspruch, denjenigen zwischen Jung und Alt, abgelöst und Klassenkampf durch einen „Krieg der Generationen“ ersetzt worden sei. Hierbei handelt es sich um eine Dramatisierung des gesellschaftlichen Verteilungskampfes, die von den eigentlichen Problemen, etwa der ungerechten Einkommens- und Vermögensverteilung, ablenkt.

Die soziale Polarisierung, Folge einer Umstrukturierung fast aller Lebensbereiche nach dem Vorbild des Marktes, wirkt sich auf sämtliche Altersgruppen gleich aus: Armut geht mit wachsendem Wohlstand und vermehrtem Reichtum einher; wenn man so will, bildet sie dessen Kehrseite. Es gab noch nie so viele Haushalte ohne materielle Sorgen und noch nie so viele Kinder mit einem riesigen Vermögen wie heute. Um mehr Freibeträge und damit Steuervorteile für sich bzw. die eigene Familie zu

**Die soziale Grenze verläuft
altersunabhängig zwischen
Arm und Reich.**

erlangen, übertragen reiche Eltern einen Teil ihres Vermögens kurz nach der Geburt auf ihre Kinder. Umgekehrt sind heute nicht mehr so viele Rent-

ner/innen von Armut betroffen wie während der 1950er- und 1960er-Jahre, aber es gibt noch immer sehr viele, die mit Kleinstrenten auskommen oder die bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter beanspruchen müssen. Die soziale Scheidewand trennt also gar nicht Jung und Alt, sondern verläuft immer noch, wenn nicht mehr denn je zwischen Arm und Reich – unabhängig vom Lebensalter!

Wenn ein Wohlfahrtsstaat demontiert wird, seine Transferleistungen für Bedürftige gesenkt und die Anspruchsvoraussetzungen verschärft werden, obwohl das Bruttoinlandsprodukt wächst und der gesellschaftliche Reichtum zunimmt, kann weder von sozialer noch von Generationengerechtigkeit ernsthaft die Rede sein. Denn offenbar findet eine Umverteilung statt, von der gerade die Mitglieder bedürftiger Alterskohorten nicht profitieren. Die geplante Erhöhung des gesetzlichen Rentenzugangsalters von 65 auf 67 Jahre verschlechtert z.B. die Arbeitsmarktchancen zukünftiger Generationen eher. Wer wie die etablierten Parteien in den Ruf nach Generationengerechtigkeit einstimmt, müsste eigentlich

darum bemüht sein, dass Heranwachsende auch künftig einen hoch entwickelten Wohlfahrtsstaat und das gewohnte Maß an sozialer Sicherheit vorfinden, statt Letztere immer mehr zu beschneiden und die Menschen der privaten Daseinsvorsorge zu überantworten. Insofern widerlegt die dominante Politik eine Rhetorik, die weder mit den Grundwerten der Parteiprogrammatik (Gerechtigkeit, Solidarität) noch mit der Regierungspraxis übereinstimmt.

Neoliberalismus, Sozialdemokratie und Gerechtigkeit

Der Neoliberalismus, ursprünglich eine Wirtschaftstheorie, wurde zu einer fast die ganze Gesellschaft beherrschenden Sozialphilosophie und einer Art politischer Zivilreligion. Von mächtigen Interessenverbänden unterstützt, haben seine Vertreter mittlerweile erreicht, dass Gerechtigkeit anders definiert und interpretiert wird als früher. Sie beinhaltet kaum noch, dass Bürger, die es sich leisten können, über das Sozial- wie über das Steuersystem die Bedürftigkeit von Benachteiligten und Behinderten ausgleichen.

Der neue Gerechtigkeitsbegriff ist eher versicherungsmathematischer Natur: Jeder soll für sich selbst vorsorgen, je nach seinem persönlichen Risiko viel oder wenig Geld aufwenden müssen und das bekommen, wofür er eingezahlt hat: Leistungs- statt Bedarfsgerechtigkeit. Zwar teilt die Sozialversicherung mit der privaten Versicherung das zentrale Element der Kompensation, aber die Leistung knüpft nicht an die Idee der Risikogleichheit an; Risikounterschiede werden vielmehr bewusst ignoriert, orientiert sich der Sozialversicherungsbeitrag doch gerade nicht am jeweiligen Risiko, sondern am Einkommen des Versicherten, und die Leistung nicht am Beitrag, sondern an der Bedürftigkeit.

Neoliberale und Lobbyisten versuchen unter dem Stichwort „Vereinfachung des Steuersystems“ einen neuen Gerechtigkeitsbegriff in der Gesellschaft zu verankern. Simplizität würde so zum Einfallstor für mehr soziale Ungleichheit. Gerecht wäre danach nicht mehr, dass ein Spitzenverdiener aufgrund der Progression einen höheren Steuersatz als ein Normal- oder Geringverdiener zahlen muss. Glaubt man Paul Kirchhof, den Angela Merkel zum Finanzminister einer durch das Wahlergebnis am 18. September 2005 verunmöglichten CDU/CSU-FDP-

Der Autor



Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Universität zu Köln, Erziehungswissenschaftliche Fakultät, Abteilung für Politikwissenschaft, Gronewaldstraße 2, 50931 Köln

Kontakt und weitere Informationen

ewf-politikwissenschaft@uni-koeln.de

Koalition machen wollte, ist es gerechter, wenn alle den gleichen Satz zahlen müssen. Wäre die Kirchofsche Einheitssteuer von 25 Prozent erst in Reinkultur verwirklicht, würde man vermutlich behaupten, dass es ungerecht sei, wenn ein Bankier mit einem Jahreseinkommen von einer Million Euro 250.000 Euro Einkommensteuer zahlt, eine Verkäuferin in Ostdeutschland mit einem Jahreseinkommen von 12.000 Euro aber nur 3.000 Euro. Man würde eine Kopfsteuer fordern, damit beide gleichermaßen z.B. auf 2.000 Euro kommen. Das wäre ein GAU für die soziale Gerechtigkeit und der völlige Bruch mit dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes.

Für neoliberale Theoretiker wie den Würzburger Ökonomen Norbert Berthold stellt die soziale Gerechtigkeit, wenn man sie im Rahmen eines Wohlfahrtsstaates institutionalisiert und als Wert verabsolutiert, ein Standortrisiko dar: „Alles in allem gefährdet der Sozialstaat mit der verstärkten Produktion des Gutes ‚Gerechtigkeit‘ zunehmend seine eigene ökonomische Basis, weil er letztlich die Quellen des Wohlstandes zum Versiegen bringt.“ Gerhard Schröder hielt zwar an der Gerechtigkeitsidee fest, begriff sie jedoch nicht mehr als Verteilungsgerechtigkeit, die von der gesellschaftlichen Entwicklung überholt sei: „Für die soziale Gerechtigkeit in der Wissens- und Informationsgesellschaft ist vor allem die Herstellung von Chancengerechtigkeit entscheidend.“

Harald Schartau, seinerzeit Landesvorsitzender und Minister für Wirtschaft und Arbeit in Nordrhein-Westfalen, äußerte 2003 die Meinung, Umverteilungspolitik führe im Zeitalter der Globalisierung weder zu Vollbeschäftigung noch zu sozialer Gerechtigkeit: „Notwendig ist eine Neuinterpretation von sozialer Gerechtigkeit für die heutige Zeit, um marktwirtschaftliche Effizienz und soziale Gerechtigkeit besser in Einklang bringen zu können. Dabei helfen uns nicht die alten Ideologien.“ Schartau damaliger Kabinettskollege und nordrhein-westfälischer Ministerpräsident Peer Steinbrück brach mit dem Sozialstaatspostulat des Grundgesetzes, als er Gerechtigkeit zur selben Zeit auf die Sorge des Staates um die Leistungsträger verkürzte: „Soziale Gerechtigkeit muss künftig heißen, eine Politik für jene zu machen, die etwas für die Zukunft unseres Landes tun: die lernen und sich qualifizieren, die arbeiten, die Kinder bekommen und erziehen, die etwas unternehmen und Arbeitsplätze schaffen, kurzum, die Leistung für sich und unsere Gesellschaft er-

bringen. Um die – und nur um sie – muss sich Politik kümmern.“

Rawls' Gerechtigkeitstheorie und ihre (Um-)Deutung

Bei der Legitimation ihrer Forderung nach grundlegenden Reformen und einem Um- bzw. Abbau des Sozialstaates stützten sich die „Modernisierer“ meist auf die schon klassisch zu nennende Gerechtigkeitstheorie des US-amerikanischen Sozialphilosophen John Rawls. Rawls umreißt seine Konzeption mit zwei Kernthesen – dem Gleichheitsgrundsatz, wonach jedermann gleiches Recht auf das umfangreichste, für alle mögliche Gesamtsystem gleicher Grundfreiheiten hat, und dem Differenzprinzip: Soziale und ökonomische Ungleichheiten müssen demnach nicht nur „den am wenigsten Begünstigten den größtmöglichen Vorteil“ verschaffen, sondern



auch „mit Ämtern und Positionen verbunden sein, die allen gemäß fairer Chancengleichheit“ offenstehen. Dass die soziale Ungleichheit in einer Gesellschaft zunimmt, ist für Rawls dann, allerdings auch nur dann gerechtfertigt, wenn deren Mitglieder davon ausnahmslos im Hinblick auf ihre persönliche Lage profitieren: „Falls bestimmte Ungleichheiten des Reichtums und der Macht jeden besserstellen als in dem angenommenen

Ausgangszustand, stimmen sie mit der allgemeinen Gerechtigkeitsvorstellung überein.“

Ungleichheiten rechtfertigen sich Rawls zufolge durch Vorteile für die Benachteiligten. Rawls' so genannte Maximin-Regel ist deshalb wirklichkeitsfremd, weil sich kein Entscheidungsträger im Kapitalismus auf den Standpunkt der in diesem Gesellschaftssystem schwächsten Mitglieder stellt und sich fragt, wie deren Situation am ehesten verbessert werden kann. Zweifelhaft ist zudem, ob kleine Fortschritte für Unterprivilegierte die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich tatsächlich aufwiegen, zumal sie oft kaum ins Gewicht fallen. Um es an einem Beispiel aus der sozialdemokratischen Regierungspraxis zu verdeutlichen: Aufgrund der Wirtschafts- und Sozialpolitik von New Labour hat zwar die absolute Armut in Großbritannien seit Tony Blairs Amtsantritt 1997 ab-, die gesellschaftliche Ungleichheit jedoch zugenommen. Anders gesagt: Die etwas weniger Armen bewegen sich seither in einem Umfeld noch größeren Reichtums, was ihre Probleme eher verstärkt, weil sich z.B. der Konsumdruck – vor allem für Kinder und Jugendliche – verschärft und es für sie schwieriger wird, bei Statussymbolen mitzuhalten.

Die soziale Gerechtigkeit als „Fairness“ zu definieren, wie dies Rawls tat, bedeutet im Grunde, sie auf ein formales Verfahrensprinzip zu reduzieren und inhaltlich, d.h. hinsichtlich ihres materiellen Gehalts und der gesellschaftspolitischen Konsequenzen, zu kastrieren. Auf der Suche nach allgemein verbindlichen Gerechtigkeitsprinzipien löst Rawls diese von den real existierenden Interessen(sgegensätzen), indem er die Individuen gedanklich in einen imaginären Urzustand geradezu paradiesischer Gleichheit versetzt. Dabei wissen sie noch nicht, welche Position in der Gesellschaft sie anschließend einnehmen werden. In seinem allzu kühnen

Literatur:

Butterwegge, Christoph: Krise und Zukunft des Sozialstaates. Wiesbaden (VS – Verlag für Sozialwissenschaften) 2005

Butterwegge, Christoph/Klundt, Michael/Zeng, Matthias: Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland. Wiesbaden (VS – Verlag für Sozialwissenschaften) 2005

Gedankenexperiment verbirgt sich hinter dem „Schleier der Unwissenheit“ eine reale Welt voller Interessengegensätze, die eine fundierte und sachorientierte Theorie der Gerechtigkeit berücksichtigen muss.

Nachhaltigkeit, Freiheit und soziale Gerechtigkeit

Gerhard Schröder bekannte sich zum Prinzip der Nachhaltigkeit, das er als Wesenselement seines Gerechtigkeitsbegriffs betrachtete: „Bloße Umverteilung wirtschaftlicher Güter und Gelder ist nicht per se ‚gerecht‘. Gerechtigkeit muss auch zwischen den Generationen geschaffen werden – weshalb z.B. eine Politik der ausufernden Staatsverschuldung eine grobe Ungerechtigkeit gegen unsere Kinder und Enkel ist.“ Durch Parolen wie „Nachhaltigkeit im finanzpolitischen Bereich“ und „Generationengerechtigkeit“ rechtfertigte man eine Politik der Haushaltskonsolidierung, die paradoxerweise gerade für Kinder und Jugendliche negative Folgen zeitigte, weil hauptsächlich den sie betreffenden Bereichen wie Schule und Hochschule nicht mehr die benötigten Mittel zuflossen.

Bei der Begriffserweiterung, die führende Sozialdemokrat/innen forderten, handelte es sich um eine inhaltliche Verkürzung des Gerechtigkeitsbegriffs. Die in den beiden Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung dokumentierte Schieflage der Einkommens- und Vermögensverteilung wurde damit akzeptiert. Sie sollte nur noch korrigiert werden, indem sozial Benachteiligte (mehr oder bessere) Chancen erhielten, ein (Arbeits-)Einkommen zu erzielen, was am Grundproblem des Auseinanderklaffens von Arm und Reich freilich wenig ändern würde.

So sinnvoll die Ergänzung bzw. Erweiterung des Gerechtigkeitsbegriffs in Richtung von Teilhabe- oder Beteiligungsgerechtigkeit sein mag, so wenig darf sie vergessen machen, dass Letzterer durch soziale Ungleichheit der Boden entzogen wird. Gleichzeitig akzentuierte man sowohl innerhalb der Union (neues Motto der Programmdiskussion „Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“) wie innerhalb der deutschen Sozialdemokratie – dem neoliberalen Zeitgeist folgend – immer stärker die Freiheit. In seiner Agenda 2010 vom 14. März 2003 sprach Gerhard Schröder nicht weniger als 18 Mal von „(Eigen-)Verantwortung“, in seiner Rede auf dem Ber-

liner Sonderparteitag der SPD am 1. Juni 2003 sogar 19 Mal von „(Wahl-)Freiheit“.

Grundwerte ergänzen sich einander sinnvoll

Die drei genannten Grundwerte stehen zwar nicht in einem Spannungsverhältnis, sondern ergänzen einander sinnvoll, lassen sich aber unterschiedlich interpretieren: Impliziert der Grundwert „Freiheit“ die Möglichkeit aller Marktteilnehmer/innen, ihre auf mehr persönlichen Wohlstand gerichteten Ziele ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl zu vertreten? Ist unter dem Grundwert „Gerechtigkeit“ zu verstehen, dass jede/r nach ihrer/seiner „Leistung“, das heißt dem individuell schwer messbaren Anteil am wirtschaftlichen Erfolg, entlohnt werden soll, oder aber, dass jede/r nach ihrem/seinem Bedarf am gesellschaftlichen Reichtum beteiligt werden soll? Bedeutet der Grundwert „Solidarität“ nur, dass niemand Not leiden und verhungern darf, solange andere im Überfluss leben, oder schließt er auch Umverteilung zwischen den Gesellschaftsmitgliedern ein?

Wahlfreiheit darf keine Nachteile haben

Während die Kapitaleigentümer aufgrund ihrer starken Markt- und Machtposition ohnehin über ein im Zeichen der Globalisierung steigendes Maß an Handlungsfreiheit verfügen, ist der Wohlfahrtsstaat herkömmlicher Art gleichbedeutend mit einem Freiheitsgewinn für sozial Benachteiligte. Freiheit wird durch soziale Ungerechtigkeit bzw. ungleichmäßige Verteilung von materiellen Ressourcen eher beschränkt. In einer wohlfahrtsstaatlichen Demokratie ist Freiheit die Möglichkeit der Schwächsten, über ihr Leben selbst zu bestimmen, statt z.B. – unabhängig von der beruflichen Qualifikation wie der familiären Situation – jeden Arbeitsplatz annehmen zu müssen, aber nicht die Möglichkeit von Spitzenverdienern und Begüterten zu haben, sich den allgemeinen Verpflichtungen zu entziehen. Wahlfreiheit kann nicht heißen, dass sich junge, gut verdienende und gesunde Arbeitnehmer/innen durch preisgünstige Spezialtarife ihrer privaten Krankenversicherung aus der sozialen Verantwortung stehlen. Vielmehr muss Wahlfreiheit darin bestehen, dass sich Alleinerziehende für Teilzeitarbeit entscheiden können, ohne noch Jahrzehnte später gravierende Nachteile bei der Bemessung ihrer Altersrente zu haben.

Deutsches Jugendrotkreuz

Armut: Schau nicht weg!

Umfassende und anschauliche Informationen, Aktionen und ein Positionspapier zum Thema Armut



von Kindern, Jugendlichen und Familien finden Sie auf der Website des Jugendrotkreuzes.
www.schaunichtweg.de

*Deutscher Kinderschutzbund,
Bündnis für Kinder, UNICEF*

Aktionsplan gegen Kinderarmut gefordert

Nach neuesten Berechnungen des Kinderschutzbundes leben heute in Deutschland allein 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche auf Sozialhilfeniveau. Immer mehr Kinder müssen auf Taschengeld, Freizeit- und Sportangebote verzichten. Oft ernähren sie sich mangelhaft und sind bei schlechter Gesundheit. Benachteiligte Kinder bleiben immer häufiger in isolierten Wohnvierteln unter sich, ohne gute Schulen, Ausbildungsmöglichkeiten und ausreichende soziale Unterstützung. Gemeinsam warnen die drei Organisationen vor den Folgen von Armut und Ausgrenzung für die betroffenen Kinder und den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Mehr dazu unter: <http://www.unicef.de/3804.html>, www.buendnis-fuer-kinder.de

Kinderschutz aktuell – die Zeitschrift des Deutschen Kinderschutzbundes

Kinder in Armut ist das Schwerpunktthema der Ausgabe 3/06 dieser Fachzeitschrift. Die Printversion ist vergriffen und steht als Download zur Verfügung: <http://www.kinderschutzbund.de>

Aufwachsen und Hilfen in benachteiligten Lebenssituationen

■ **Deutschland ist ein reiches Land – so steht es im 2. Armuts- und Reichtumsbericht, Deutscher Bundestag 2005, S. XVII. Es müsste anders formuliert werden: In Deutschland gibt es Reichtum und damit (immer noch) einen erheblichen Teil von Kindern und Jugendlichen, der im materiellen Wohlstand, und einen noch größeren Teil, der in materiell gesicherten Lebensumständen aufwächst. Im Deutschland von heute wächst aber daneben ein ebenfalls erheblicher Teil von Kindern und Jugendlichen in benachteiligten Situationen und in Armut auf. Die Autorin macht deutlich, wie sich dies auf die Lebenssituation der Betroffenen auswirkt und welche Hilfen möglich sind.**

Die neuere wissenschaftliche und politische Auseinandersetzung mit der Armut von Kindern und Jugendlichen diskutiert Gerechtigkeit und damit Benachteiligung nicht mehr allein und vorrangig unter Einkommens- und Vermögensaspekten. „Das heutige Verständnis von sozialer Gerechtigkeit orientiert sich hingegen zunehmend daran, ob den Menschen gleiche Chancen und Möglichkeiten verschafft werden, am ökonomischen und gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und sich selbst zu verwirklichen.“ (Deutscher Bundestag 2005, S. XIX). Diesem Ansatz

Armut liegt vor, wenn Handlungsspielräume gravierend eingeschränkt sind.

des 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wird hier gefolgt und Benachteiligung als das Fehlen von Verwirklichungschancen verstanden, das sind

die Möglichkeiten oder umfassenden Fähigkeiten („capabilities“) von Menschen, ein Leben führen zu können, für das sie sich mit guten Gründen entscheiden konnten und das die Grundlagen der Selbstachtung nicht in Frage stellt. „Armut im Sinne sozialer Ausgrenzung und nicht mehr gewährleisteter Teilhabe liegt dann vor, wenn die Handlungsspielräume von Personen in gravierender Weise eingeschränkt und gleichberechtigte Teilhabechancen an den Aktivitäten und Lebensbedin-

gungen der Gesellschaft ausgeschlossen sind“ (ebenda). Daher wird ein Benachteiligungs- oder Armutsbegriff verwendet, der deutlich über die materielle Situation hinausgeht und folgende Aspekte berücksichtigt:

- die unmittelbar auf einkommens- und vermögensschwache Lebenssituationen zurückzuführenden Einschränkungen im Wohnen und in der Lebensführung;
- die schwierigen Ausgangsbedingungen für Bildung und kognitive Entwicklung einschließlich des Erwerbs von sprachlichen und kulturellen Kompetenzen;
- die Unterversorgung mit notwendigen Hilfen;
- die schlechteren Bedingungen in der gesundheitlichen Versorgung und Versorgung sowie Mängel in der körperlichen und psychischen Entwicklung.

Kinder, die sich in benachteiligten Lebenssituationen befinden, lassen sich nach sozialen Kriterien beschreiben. Es sind erstens Kinder, deren Eltern der sozialen Unterschicht zugehören, immer häufiger beschreibbar als Hartz-IV-Empfänger oder Mitglieder der Working-poor-Schicht. Es sind zweitens Kinder aus Alleinerziehendenhaushalten und drittens Kinder aus Migrationsfamilien. Es ist üblich geworden, Minderheitenstatus oder Migrationshintergrund als Merkmal sozialer Benachteiligung einzuordnen. Somit werden Ausländer oder Eingewanderte nicht selten pauschal der Gruppe der von Armut Betroffenen zugeordnet und neben Arbeitslose, Alleinerziehende, Drogenabhängige, gesundheitlich Beeinträchtigte, Wohnungslose usw. (so Seifert 2002, S. 96) gestellt. Ein solches Vorgehen ignoriert die Heterogenität dieser Gruppe. Nicht selten werden zudem Schwierigkeiten kulturalistisch interpretiert, wenn z. B. höhere Säuglingssterblichkeit auf „die auf kulturellen Einstellungen beruhende Zurückhaltung türkischer Frauen gegenüber Vorsorgeuntersuchungen“ zurückgeführt wird (Seifert 2002, S. 107), ohne die Gründe für die Inanspruchnahmebarriere zu thematisieren.

Zwischen der ersten und zweiten und zwischen der ersten und dritten Gruppe gibt es zudem große Schnitt-

mengen. Dennoch laufen Kinder in diesen Gruppen Gefahr, in ihren Verwirklichungschancen beeinträchtigt zu werden.

Einkommensbedingte Einschränkungen

Es handelt sich um Einschränkungen, die auf die geringeren materiellen Ressourcen der Familien zurückzuführen sind, wie das Fehlen von hochwertiger Kleidung und von lernanregendem Spielzeug, aber auch von Büchern und Computern, verbunden mit Einschränkungen im Zugang zu Kulturgütern wie zu Musik und zu Fremdsprachen. Es geht aber auch um Beschränkungen im Wohnen: Die Wohnungsgröße ist im Durchschnitt geringer, pro Person stehen weniger Räume zur Verfügung und dadurch bedingt fehlt häufig ein eigenes Zimmer für das Kind. Ebenso bedeutsam für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen wirkt sich das Wohnumfeld aus: Die Wohnungen liegen häufiger in als depriviert angesehenen Stadtteilen.

Kinder und Jugendliche aus Hartz-IV-Familien leben materiell am unteren Rand der Gesellschaft. Grund für die Armut ist häufig die Arbeitslosigkeit eines oder beider Elternteile. Der Verlust eines Arbeitsplatzes oder heute nicht selten der fehlende Übergang in Arbeit und Beruf verbindet sich mit einer fehlenden oder geringeren beruflichen Qualifikation. Überdurchschnittlich häufig wachsen Kinder in Einelternhaushalten in materiell benachteiligten Lebenssituationen auf. Bei einer Gesamtarmutsrisikoquote von 15 Prozent beträgt die Armutsrisikoquote in dieser Gruppe 2003 35 Prozent (Deutscher Bundestag 2003, S. 76). Besonders betroffen sind Einelternhaushalte mit zwei und mehr Kindern. „Die nach Trennung oder Scheidung oft prekäre wirtschaftliche Situation allein Erziehender macht oft Übergangsweise einen Bezug von Sozialhilfe notwendig. Erschwelter Zugang zu Erwerbstätigkeit und fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten sind hierbei wichtige Ursachen“ (Deutscher Bundestag 2005, S. XXVIII).

Überdurchschnittlich hoch ist auch die Armutsrisikoquote von Kindern aus Migrationsfamilien (2003: 24 Pro-

zent). Auch die Anzahl der von Armut betroffenen oder bedrohten Kinder liegt bei den Ausländerinnen bzw. Ausländern und Aussiedlerinnen bzw. Aussiedlern deutlich über der Zahl ihrer deutschen Altersgenossen. Nach den von der UNICEF 2005 vorgelegten Daten hat sich die Kinderarmut in Westdeutschland von 1989 (4,5 Prozent) bis 2001 mehr als verdoppelt (9,8 Prozent), in Ostdeutschland ist sie von 8,3 auf 12,6 Prozent angestiegen. Der stärkste Anstieg ist in Migrationsfamilien zu verzeichnen. In dieser Bevölkerungsgruppe verdreifachte sich der Anteil armer Kinder von 5 auf 15 Prozent und liegt nunmehr deutlich höher als bei deutschen Kindern (Corak/Fertig/Tamm 2005). Besonders groß ist die Differenz zwischen ausländischen und deutschen Familien mit Kindern unter 18 Jahren. In dieser Gruppe erhalten 22,6 Prozent der ausländischen gegenüber 8,2 Prozent der deutschen

Armutsrisiken sind ungleich verteilt und steigen mit zunehmender Kinderzahl an.

Haushalte laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Dauernde Armut kommt häufiger vor (Holz/ Puhmann 2005, S. 61). Arbeitskräfte mit Migrationshintergrund¹, gleich ob sie der Gruppe der im Rahmen der Arbeitsmigration Eingewanderten einschließlich deren Kinder und nunmehr Kindeskindern, der Gruppe der Flüchtlinge oder der der Ausgesiedelten angehören, sind erstens deutlich häufiger als die einheimische Bevölkerung von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Familien mit Migrationshintergrund sind zweitens überproportional in der Gruppe der kinderreichen Haushalte (solche mit drei und mehr Kindern) vertreten. Armutsrisiken sind ungleich verteilt: Sie steigen mit zunehmender Kinderzahl an (Deutscher Bundestag 2005, S. 77f.).

Benachteiligung im Erwerb von Bildung und von sprachlichen und kulturellen Kompetenzen

Zwischen der sozialen Herkunft der Schülerinnen und Schüler und der Höhe der Bildungsabschlüsse besteht in Deutschland ein engerer Zusammenhang als in vielen anderen Ländern. Das Kompetenzniveau sowohl im Lesen als auch in Mathematik ist ebenfalls an den sozialen Hintergrund gebunden (PISA-Konsortium Deutschland

¹ Es ist nicht möglich, konkrete Zahlen zu ermitteln. In der Gruppe der ausländischen Arbeitskräfte sowie der Flüchtlinge und ihrer Familien werden Daten nicht nach Migrationshintergrund erhoben, sondern nach dem weniger aussagekräftigen Merkmal „mit ausländischem Pass“. Bei den Aussiedlerinnen und Aussiedlern sinkt die Zahl der Arbeitslosen alleine deswegen, weil diejenigen, die in Deutschland länger als fünf Jahre arbeitslos sind, von der Arbeitsverwaltung nicht mehr gesondert erfasst und ihre Arbeitslosenzahlen daher dem deutschen Bevölkerungsanteil zugeschlagen werden. Demnach müssen bei Zahlen, die Migration betreffen, statistische Mängel berücksichtigt werden. Es ist auf der Grundlage der Daten des sozioökonomischen Panels (SOEP) belegt, dass es häufiger die wirtschaftlich Erfolgreichen sind, die eingebürgert werden (s. Salentin/Wilkening 2003).

2004, S. 247f.) Anders ausgedrückt: Das deutsche Bildungssystem schafft es weniger als das anderer Länder, Unterschiede nach sozialer Herkunft zu kompensieren.² Die Schulleistungsstudie PISA belegt allerdings, dass Kinder und Jugendliche aus Einelternfamilien unter Kontrolle von Sozialschichtvariablen kein erhöhtes Risiko aufweisen, niedrige Kompetenzwerte zu erzielen (2004, S. 253). Ganz anders stellt sich die Bildungssituation von Kindern und Jugendlichen aus Migrationsfamilien dar.

Schon durch die Daten der amtlichen Statistik wird das schlechte Abschneiden von Schülerinnen und Schülern mit ausländischem Pass belegt: Viele von ihnen scheitern an der Schule. Migrationskinder werden deutlich häufiger als deutsche Kinder von der Einschulung zurückgestellt, sie besuchen doppelt so häufig Sonderschulen mit dem Schwerpunkt Lernbehinderung wie deutsche Kinder, bekommen häufiger als deutsche Kinder eine Grundschulempfehlung für die Hauptschule und deutlich seltener für die Realschule oder das Gymnasium und treten von der Grundschule deutlich häufiger

Migrationskinder werden deutlich häufiger von der Einschulung zurückgestellt.

als deutsche Kinder in eine Hauptschule und deutlich seltener in eine Realschule oder ein Gymnasium über.

Vergleiche zwischen verschiedenen Nationalitäten hinsichtlich verschiedener Indikatoren zeigen, dass türkische und italienische Kinder im deutschen Schulsystem am schlechtesten gestellt sind, gefolgt von Kindern aus dem ehemaligen Jugoslawien (vgl. Diefenbach 2002). PISA 2003 hat bestätigt, dass das deutsche Schulsystem nicht (und weniger als die Schulsysteme unserer Nachbarländer Österreich und Schweiz) geeignet ist, Voraussetzungen von Schülern und Schülerinnen mit Migrationshintergrund zu kom-

pensieren. Der Unterschied zwischen den beiden Schülergruppen ist von 2000 auf 2003 in den meisten Bereichen, nämlich Raum und Form, Veränderung und Beziehungen sowie Lesen, größer geworden, da die deutschen Schüler und Schülerinnen höhere Werte erreichten, die Leistungen der Jugendlichen mit Migrationshintergrund hingegen stagnieren. Nur in den Naturwissenschaften haben beide Gruppen aufgeholt; der Abstand ist aber gleich groß geblieben. Die in PISA genannten Ursachen (z. B. sozioökonomische Lage der Eltern, Bildungshintergrund der Jugendlichen, Umgangssprache im Elternhaus) reichen als Erklärung des schlechten Abschneidens gerade der Migrationsjugendlichen in Deutschland nicht aus, wenn auch unter Kontrolle anderer Variablen wie der sozialen Herkunft der Migrationsstatus eine eher nachgeordnete Rolle bei der Vorhersage von Kompetenzunterschieden spielt (Deutsches PISA Konsortium 2004, S. 278). Vor dem Hintergrund, dass in Deutschland geborene Jugendliche mit Migrationshintergrund schlechter abschneiden als später eingewanderte, müssen die Ursachen differenzierter untersucht werden. Bisher lassen sich ethnische und soziale Bedingungen des Aufwachsens nicht hinreichend trennen.

Problematisch für Jugendliche aus sozial niedrigen Schichten wie für Migrationsjugendliche stellt sich der Übergang in eine berufliche Ausbildung dar: Jugendliche ohne oder nur mit einem Hauptschulabschluss haben zurzeit kaum Chancen, eine Ausbildung aufzunehmen. Der Migrationshintergrund für sich allein genommen erklärt einen Teil der Schwierigkeiten im Zugang zu einer dualen Ausbildung. Von den Bewerbern und Bewerberinnen mit Migrationshintergrund haben 29 Prozent (ohne Migrationshintergrund: 40 Prozent) eine Chance auf eine betriebliche Ausbildung, der Anteil steigt bei einem mittleren Abschluss bis hin zur Fachhochschulreife um 5 auf 34 Prozent (ohne Migrationshintergrund: um 7 auf 47 Prozent), bei einer guten bis sehr guten Mathematiknote um 12 auf 41 Prozent (ohne Migrationshintergrund: um 24 auf 64 Prozent) und bei einem Wohnort in einer Region mit einer Arbeitslosenquote unter 9 Prozent um 15 auf 44 Prozent (ohne Migrationshintergrund: um 31 auf 71 Prozent). Von den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund haben bei günstigen persönlichen und regionalen Rahmenbedingungen 71 Prozent eine Chance auf einen Ausbildungsplatz, von den Jugendlichen mit

Die Autorin



Dr. Ursula Boos-Nünning, Professorin für Migrationspädagogik an der Universität Duisburg-Essen, zahlreiche Veröffentlichungen, in neuerer Zeit mit dem Schwerpunkt „Junge Frauen mit Migrationshintergrund“.

Kontakt und weitere Informationen

www.uni-duisburg-essen.de

² Das heißt, dass der Wert für die Stärke des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und Lesekompetenz sowie mathematischer Kompetenz (letzteres PISA Konsortium 2004, S. 253) signifikant über dem OECD-Durchschnitt liegt.

Migrationshintergrund mit genau den gleichen Voraussetzungen hingegen nur 44 Prozent. Fazit: Mit besserer schulischer Vorbildung steigen die Aussichten von Jugendlichen ohne Migrationshintergrund stärker an als die Aussichten von Bewerbern und Bewerberinnen mit Migrationshintergrund. Die Ergebnisse sprechen für benachteiligende Faktoren, die auch jungen Menschen mit Migrationshintergrund mit guten Voraussetzungen den Zugang zum Ausbildungsmarkt versperren. Diese sind vor allem in der fehlenden Einbindung in Netzwerke und in fehlenden Beziehungen zu finden (s. Boos-Nünning 2006; Granato/Ulrich 2006). Konsequenz der fehlenden beruflichen Ausbildung ist ein erschwerter Zugang zum Arbeitsmarkt und die Ansiedlung im unteren Segment der Berufe sowie das Risiko, häufiger und langfristiger arbeitslos zu werden. Daraus wiederum resultiert die Armut der nächsten Generation.

Unterversorgung im Bereich der sozialen Hilfen

In Deutschland steht ein umfangreiches Instrumentarium für Unterstützungen im Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zur Verfügung. Die Jugendpolitik und die Jugendhilfe haben die Aufgabe, „zur Teilhabe aller jungen Menschen an der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung beizutragen, ihre Bedürfnisse, Hoffnungen, Ängste und Probleme in die gesellschaftliche und politische Debatte um die Zukunft unseres Gemeinwesens einzubringen, gemeinsam mit ihnen die Interessen der nachwachsenden Generation in einer im Wandel begriffenen Gesellschaft zu vertreten und eine politisch wirksame Beteiligungskultur zu initiieren“ (BFSFJ 2002, S. 197). Unter der Berücksichtigung dieses hohen Anspruches verwundert es, wie wenig Daten zur Verfügung stehen und wie selten dargestellt wird, für welche Gruppen Teilhabe und Teilnahme gegeben ist. Selbst über die Inanspruchnahme von Präventions- und Beratungsangeboten liegen keine die soziale Schicht oder die soziale Lage differenzierende Daten vor, sodass es nicht möglich ist, die (vermutete) Unterrepräsentation der unteren Schichten zu belegen.

Hingegen wird in der Adressaten- und Adressatinnenauswertung zur Inanspruchnahme von institutioneller Beratung und von sozialpädagogischer Familienhilfe der Status „alleinerziehender Elternteil“ erfasst. In der sozialpädagogischen Familienhilfe (SPFH) sind Alleiner-

ziehende deutlich überrepräsentiert (52 Prozent der Fälle von Inanspruchnahme; s. Santen u. a. 2003, S. 201). Ebenfalls nehmen Familien mit drei und mehr Kindern überproportional häufig die SPFH in Anspruch, dieses gilt für alle Familienkonstellationen, vor allem (deutlich gesteigert) für Alleinerziehende.

Deutlich verbunden mit sozialer Benachteiligung ist hingegen die seit Langem belegte Tatsache, dass Migrationsfamilien sowie Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, selbst wenn sie in Konfliktlagen geraten, etwa bei Suchtproblemen oder Gewalterfahrungen von dem Beratungs- und Therapieangebot weniger erreicht werden. Auch präventive Maßnahmen werden weniger als im deutschen Kontext angenommen (vgl. Santen u. a. 2003, S. 317ff.; s. auch BFSFJ 2002, S. 214ff.). Begründet wird die Distanz gegenüber der Beratung mit der Inanspruchnahmebarriere, die wiederum zurückgeführt wird (nach Gaitanides 1999) auf die Distanz gegenüber deutschen Beratungseinrichtungen allgemein, auf das in allen Bereichen nach-

zuweisende schwierige Verhältnis der Migrationsfamilien zu deutschen Ämtern und auf das Misstrauen der Minderheitenangehörigen gegenüber den Repräsentanten und Repräsentantinnen der dominanten Mehrheitsgesellschaft. Hinzu kommen Sprachbarrieren und Reserven, sich gegenüber dem deutschsprachigen Personal zu öffnen und sich ihm anzuvertrauen, sowie mangelndes Vertrauen in die interkulturellen Kompetenzen des Personals und Schwierigkeiten im Umgang mit einem segmentierten, nicht ganzheitlichen Problemlösungsansatz (z. B. isolierte psychologische Beratung). Dies sind Faktoren, die die Migrationsfamilien abhalten, eine Beratung aufzusuchen. Weitaus gewichtiger ist wahrscheinlich, dass viele Facetten des Beratungssystems nicht gekannt werden und vor allem dass aus familiären Problemen resultierende Schwierigkeiten nicht nach außen getragen werden sollen (s. Boos-Nünning/Karakasolu 2006, S. 452f.). Auch wirken sich aufseiten der Beratungsstellen und der beratenden Personen unzureichende Formen des Ansprechens und der Kommunikation, ein ethnozentrisches Beratungssetting sowie häufiges Missverstehen durch ethnozentrische Fehldeutungen aus. Diskriminierungserfahrungen und fehlende Anerkennung in der Gesellschaft schaffen zusätzliche Barrieren.

Das Beratungs- und Therapieangebot erreicht nur wenige Menschen mit Migrationshintergrund.

Benachteiligende Lebenssituationen und Gesundheit

In einer Expertise zum 12. Kinder- und Jugendbericht führt Seifert (2002, S.105) aus, dass Einkommensarmut bzw. finanzielle Unterversorgung als Folge von unzureichender Schulbildung, mangelnder Berufsausbildung und Arbeitslosigkeit mit weiteren Unterversorgungen wie Wohnraumnot und mangelnde Wohnungsqualität verbunden ist. Solche Unterversorgungslagen nehmen Einfluss auf den objektiven Gesundheitszustand und das subjektive Wohlbefinden der betroffenen Erwachsenen, Kinder und Jugendlichen. Die Gruppe der Migrationsfamilien, der kinderreichen Familien und der alleinerziehenden Müttern stellen besondere Problemgruppen dar.

Im Einzelnen belegt Seifert (2002) folgende Zusammenhänge zwischen sozialer Schicht und der Gesundheit von Kindern:

- ❑ Mortalität und Morbidität im Säuglingsalter stehen in einem Zusammenhang zur sozialen Benachteiligung und zu eingeschränkten sozioökonomischen Bedingungen; in den niedrigen Sozialschichten sterben Säuglinge deutlich häufiger als in den oberen, bringen häufiger ein geringeres Geburtsgewicht mit auf die Welt (mit dem erhöhten Risiko von Tod und Behinderung) und haben häufiger angeborene Fehlbildungen. Kinder aus Familien mit niedrigem Sozialstatus erleiden häufiger Unfälle, besonders Unfälle mit nachfolgenden Gesundheitsschäden (S. 114).
- ❑ Auch kostenlose Früherkennungs- und Versorgungsangebote werden von den Angehörigen der unteren sozialen Schichten sowie von Migrationsfamilien in geringerem Umfang angenommen. Ebenso in der Impfbereitschaft zeigen sich soziale Unterschiede, die für die sozial benachteiligten Kinder ein erhöhtes Risiko bedeuten, von einer schweren Infektionskrankheit betroffen zu werden (S. 117f.).
- ❑ Aufgedeckt werden die Schädigungen in den Schuleingangsuntersuchungen.

Wenn – wie bisher nur in Ausnahmefällen – Daten zu den sozialen Bedingungen mit erhoben werden können, lässt sich der präventive und kompensatorische Handlungsbedarf gegenüber Kindern aus niedrigen Sozialschichten belegen. Die Startchancen für Kinder aus kin-

derreichen Familien, aus unteren Sozialschichten und aus Migrationsfamilien sind deutlich schlechter, da sie erheblich mehr gesundheitliche Beeinträchtigungen aufweisen. Besonders die hohe Zahl der Sprachstörungen verweist auf eine erhöhte Problembelastung dieser Kinder im Schulalltag (S. 122).

- ❑ Sozial benachteiligte Kinder besitzen offenbar ein erhöhtes Risiko, schweres Asthma zu entwickeln. Die Unterschiede wurden durch eine geringere gesundheitliche Versorgung und Betreuung der Kinder in den unteren Sozialschichten erklärt (S. 129).
- ❑ Werden spezielle benachteiligte Gruppen von Kindern und Jugendlichen in den Blick genommen (Sozialhilfeempfänger/innen, Migrationskinder und Jugendliche), weisen Untersuchungsergebnisse ebenfalls sehr deutlich auf den Zusammenhang zwischen Mundgesundheitszustand und benachteiligter sozioökonomischer Lage hin (S. 133).
- ❑ In Bezug auf den Gebrauch psychotroper Substanzen lassen sich im Jugendalter schichtspezifische Einflüsse ausmachen.

Untersuchungen belegen, dass Kinder und Jugendliche mit einem geringeren sozioökonomischen Status und mit Migrationshintergrund einen schlechteren Gesundheitszustand und ein schlechteres subjektives Gesundheitsbefinden aufweisen, über ein geringeres Gesundheitsbewusstsein verfügen, von Mortalität und Unfällen stärker betroffen sind als jene mit höherem Status oder ohne Migrationshintergrund. Die sozial ungleiche Verteilung von Gesundheitsrisiken gilt als nachgewiesen. Je günstiger die sozioökonomische Lage, desto geringer sind in der Regel die Gesundheitslasten.

Relativ selten greifen Armuts- und Gesundheitsberichte den Zusammenhang zwischen sozialer Situation, Migrationshintergrund und Gesundheit auf. In den im Rahmen des 11. Kinder- und Jugendberichtes erstellten Materialien (Hackauf 2002; Seifert 2002) wird die Frage des Einflusses von sozialer Benachteiligung auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen unter ausdrücklicher Berücksichtigung der Kinder aus Migrationsfamilien thematisiert. Die Expertisen legen die Lücken offen, die hinsichtlich der Datenlage wie auch hinsichtlich der Erklärungsansätze bestehen. Im Zusammenhang mit dem Migrationshintergrund werden die oben beschriebenen gesundheitlichen Unterversorgungen bestätigt. Einige

wenige wie das größere Risiko der Säuglingssterblichkeit gelten vor allem für Kindern mit türkischem Migrationshintergrund (Seifert 2002, S. 107). Aus anderen Erfahrungen lassen sich gesundheitliche Risiken, resultierend aus falschem Ernährungsverhalten, vermuten (Bau/Matteucci-Gothe/Borde 2003). Die Auflistung spricht für gesundheitliche Risiken, besonders aber dafür, dass Versorgungsmaßnahmen und Hilfen von Migrationsfamilien seltener angenommen werden. Besonderen Belastungen ausgesetzt sind junge Flüchtlinge. Sie erfahren nicht selten die Folgen von Traumatisierungen in Form psychosozialer oder psychotischer Reaktionen, verstärkt durch Belastungen im Aufnahmeland (Holzapfel 1999; s. Klingelhöfer/Rieker 2003, S. 12).

Aufwachsen in deprivierter Umgebung

Das Aufwachsen in benachteiligten Lebenssituationen hat ein Gesicht: Es sind in den angesprochenen Bereichen die Kinder aus der sozialen Unterschicht, Kinder aus Einelternhaushalten und Kinder aus Migrationsfamilien. Materielle Armut verbindet sich mit fehlendem Zugang zu Bildung und fehlender Teilhabe und Teilnahme an Formen der Kinder- und Jugendhilfe sowie mit schlechten gesundheitlichen Startchancen. Sie verbindet sich aber auch, und das wird bisher nicht hinreichend thematisiert, mit dem Aufwachsen in benachteiligten und benachteiligenden Stadtteilen. Familien aus niederen Sozialschichten, Einelternhaushalten und Migrationsfamilien, sofern sie materiell arm sind, leben überwiegend in Ballungsgebieten und hier wohnen sie konzentriert in bestimmten Quartieren.

Die räumliche Konzentration von Menschen mit sozialer Benachteiligung wirkt sich im Stadtteil und hinsichtlich seiner Einrichtungen aus: auf die Kindertagesstätten, auf die Qualität der Schulen sowie die der Kinder- und Jugendzentren. Stets – auch bei informellen Treffen – sind die benachteiligten Gruppen unter sich. Solche Stadtteile oder Quartiere haben in Westdeutschland immer eine multiethnische Zusammensetzung. Die multikulturelle Stadtgesellschaft mobilisiert sicherlich auch Kräfte und ihre Bewohner und Bewohnerinnen bringen Stärken und Kompetenzen ein, aber sie bedarf zur Entfaltung ihrer Möglichkeiten politischer Unterstützung, vor allem indem Ressourcen im Bildungsbereich und in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe zur Verfügung gestellt werden. Unter den üblichen Bedingun-

gen führt das Aufwachsen in benachteiligten Quartieren zu Bildungsbenachteiligung und darüber zu lebenslanger beruflicher Ausgrenzung und zur Armut. „Bildung im geteilten Raum“ (vgl. Schroeder 2002), d. h. die segregierten Bildungsräume mit geringen Chancen derer, die im benachteiligten Raum leben, stellt das eigentliche Problem des Aufwachsens von Kindern aus sozialen Unterschichten und mit Migrationshintergrund dar. In Schulen, die in benachteiligten Stadtteilen liegen, sind das Lerntempo und die Bildungsqualität geringer und damit sinken die Chancen auf Ausbildung und Beruf, die eine Vermeidung von Armut und Benachteiligung erlauben würden.

Hilfen in benachteiligten Lebenssituationen

Schon heute sind zwei Drittel aller Kinder mit ausländischem Pass unter 18 Jahren in Deutschland geboren. Hinsichtlich der Herkunft der Kinder ist auf erhebliche Verschiebungen in den letzten Jahren hinzuweisen. Zwar hat die überwiegende Zahl der Kinder noch immer die Nationalität der Staaten, mit denen bis 1973 Anwerbeverträge bestanden, aber die Zahl der Kinder mit anderer Nationalität oder Herkunft wächst stetig. Inzwischen gibt es weit mehr als 100 „mitgebrachte“ bzw. in den Familien gesprochene Sprachen. Kinder und Jugendliche werden in Deutschland in naher Zukunft zu einem erheblichen Teil in Migrationsfamilien und dort überproportional in den so genannten benachteiligten Stadtteilen aufwachsen – wie in einer Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums herausgestellt wird (Bundesjugendkuratorium 2005). Wie ausgeführt, machen Familien mit Migrationshintergrund mehr als ein Drittel der Familien in Deutschland aus. Wegen unterschiedlicher Geburtenraten steigen die Anteile in den nächsten Jahren auch ohne weitere Einwanderung beachtlich. Die Lebensbedingungen und die Orientierungen eines Teils der eingewanderten Familien unterscheiden sich auch heute noch – anders als zu Beginn der Zuwanderung vor nunmehr 50 Jahren erwartet wurde – von denen der deutschen Familien. Die zu Beginn der Migration entstandenen ethnischen Communities haben sich für einen geringeren Teil der eingewanderten Familien verfestigt und zu einer ethnisch oder migrationsbestimmten Subkultur geführt.

Die Zahl der Kinder mit anderer Nationalität oder Herkunft wächst stetig.

Schon heute machen Kinder ohne Migrationshintergrund, die unter sozial benachteiligten Lebensbedingungen aufwachsen, einen erheblichen Anteil der deutschen Kinder und Jugendlichen aus. Auch ihre Zahl wird vermutlich wegen der bildungsspezifischen Geburtenziffern und wegen der Zunahme von sozial deprivierten Familien in den nächsten Jahrzehnten ansteigen. Damit fehlen für immer mehr Kinder und Jugendliche die Voraussetzungen für die Entfaltung ihrer Potenziale. Materielle Deprivation, verbunden mit reduzierten Bildungschancen, hohen gesundheitlichen Risiken sowie fehlender Teilnahme und Teilhabe an solchen Angeboten, die eigentlich im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe vorgehalten werden müssten, machen es Kindern aus sozialen Unterschichten und mit Migrationshintergrund unmöglich, ihre Potenziale zu entfalten. Sie sind im Vergleich zu Kindern, die unter günstigen Rahmenbedingungen aufwachsen, in allen für ihre Zukunft wichtigen Lebensbereichen benachteiligt. Bei Migrationskindern ist es nicht möglich, Versagungen und als schwierig zu bewertende Lebenslagen eindeutig und alleine auf Armut zurückzuführen. Auch die Migrationssituation als solche führt zu sozialen Benachteiligungen. Ethnische und soziale Faktoren lassen sich nach dem heutigen Kenntnisstand nicht hinreichend trennen. Vieles spricht dafür, dass sich die Lage weiter verschärfen wird. Gleicher (rechtlicher) Anspruch auf Bildung und auf Hilfen im Rahmen des KJHG und gesundheitliche Versorgung führen nicht notwendigerweise zu einem gleichen Inanspruchnahmeverhalten und zu gleichen Chancen. Daher bedarf es eines Interventionsansatzes zur Verringerung der Ungleichheiten in den vier oben aufgezeigten Bereichen.

Kinder leiden unter Arbeitslosigkeit und unter Verarmung in gleicher Weise wie die betroffenen Eltern selbst. Huster (2002, S. 166) führt aus, dass dort, wo das Leben von der Hand in den Mund zur Norm wird, perspektivisches Denken fortfällt. Es muss deutlich stärker als bisher berücksichtigt werden, dass Kürzungen bei den Lohnersatzleistungen im Falle von Arbeitslosigkeit auch die Kinder betreffen und treffen (ebenda).

Die Schule – in Deutschland in der Organisationsform (Halbtagsbildungseinrichtung) und in den Einstellungen der Pädagogen und Pädagoginnen immer noch an deutschen Mittelschichtangehörigen orientiert – kompensiert aus benachteiligenden Lebenssituationen resultie-

rende fehlende Ressourcen nicht nur nicht, sondern verstärkt die Unterschiede tendenziell. Daher bedarf es einer grundlegenden Reform des Bildungssystems und hier sind vor allem und vorrangig eine neue Form der vorschulischen Bildung, auch für jüngere als dreijährige Kinder, eine ganztägige Bildung und engagierte Professionelle mit einer deutlich anderen Aus- und Weiterbildung sowie neue Formen der Kooperation von Schule und Eltern gefordert.

Für eine schichtspezifische Darstellung ist eine Datenerhebung notwendig

Auch die Kinder- und Jugendhilfe sowie die Prävention und Beratung im Gesundheitsbereich müssen sich neu orientieren. Zunächst müssen Daten erhoben werden, um die Inanspruchnahme von Hilfen schichtspezifisch darstellen zu können. Manches spricht dafür, dass ein Teil der Förderungen im gesundheitlichen Bereich im frühen Kindesalter (z. B. Ergotherapie, Logopädie) selten von Angehörigen der sozialen Unterschicht in Anspruch genommen werden. Seifert (2002, S. 163) fordert daher, dass Formen gefunden werden, die von den Angehörigen der unteren sozialen Schichten angenommen werden können. „Programme und Maßnahmen zur Veränderung des Gesundheitsverhaltens müssen die komplexen Bedingungen, die durch die Lebensumstände gegeben sind, mit berücksichtigen, soll bei den Angehörigen der unteren sozialen Schichten Resonanz erzielt werden und die Möglichkeit entstehen, die Verantwortung für die eigene Gesundheit verstärkt zu übernehmen. Somit sollten neben den auf die Modifikation von Verhalten abzielenden Ansätzen auch Ansätze zur Änderung der Verhältnisse angestrebt werden. Durch die Fokussierung auf das individuelle Verhalten wird Schuldzuweisungen an die Angehörigen der unteren Sozialschichten Vorschub geleistet. Es spricht aber vieles dafür, das Gesundheitsverhalten in den oberen Sozialschichten durch bessere Bildung, höheres Einkommen und höheren beruflichen Status mit einem objektiv größeren Handlungsspielraum verbunden ist.“ Pauschal adressierte und auf Verhaltensänderung abzielende Maßnahmen laufen somit Gefahr, die gesundheitsbezogene Kluft zwischen den oberen und den unteren Sozialschichten eher weiter zu vertiefen als abzubauen (siehe auch Kamensky 2005; Richter 2005). Ähnliches gilt für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe wie auch für andere Unterstützungen, die für Kinder und ihre Familien bereitgehalten werden.

Zur Einbeziehung von Familien, Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass das Hilfesystem in Deutschland traditionell durch eine enge Verflechtung zwischen freien und öffentlichen Trägern geprägt ist. Die quasiverfassungsmäßigen Prinzipien der Pluralität (weltanschauliche Vielfältigkeit der freien Träger samt ihrer Arbeitskonzepte und Methoden) und der Subsidiarität (nach Einführung des KJHG durch die partnerschaftliche Zusammenarbeit ergänzt) bestimmten die Verflechtung und die Zusammenarbeit. Kaum thematisiert wird, dass sich die Vorstellung von Pluralität nicht auf die Migranten- und Migrantinnenorganisationen und damit nicht auf die Menschen mit Migrationshintergrund erstreckt. Der Bund, die Länder und die Kommunen treten bisher nicht oder nur ansatzweise in eine Diskussion um die Berücksichtigung der Interessen dieser Gruppe ein. Auch und vor allem die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege halten sich in dieser Frage eher bedeckt. Sie begreifen sich als Interessenvertretung für die Eingewanderten und verbleiben im paternalistischen Muster. Auch hier müssen neue Formeln der Ansprache und der Zusammenarbeit entwickelt werden, die als Minimalstandard die gleichberechtigte Einbeziehung der ethnischen Selbstorganisation und die Berücksichtigung des Cultural Mainstreaming enthalten. Letzteres soll sicherstellen, dass Menschen unterschiedlicher nationaler, kultureller oder ethnischer Herkunft in ihren eventuell spezifischen Voraussetzungen, Lebensbedingungen und Orientierungen Berücksichtigung finden.

Wird zusätzlich berücksichtigt, dass nicht nur die benachteiligenden Lebensbedingungen, sondern auch der Sozialraum, in dem die Kinder und Jugendlichen wohnen und leben, die Lebenschancen beeinträchtigen, werden sich die Hilfen auf zwei Aspekte richten. Zum einen geht es um die Verbesserung der materiellen Situation der Familien sowie der Bildungschancen der Kinder, zum anderen um eine Änderung des Raumes in der Form, dass durch Ausstattung und pädagogische Konzepte bewirkt wird, dass Bildung nicht mehr im geteilten Raum stattfindet. Sonst ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass auch die Kinder der Kinder, von denen hier gesprochen wird, zu den benachteiligten Gruppen gehören werden.

□ Eine ausführliche Literaturliste zum Download finden Sie im Internet unter www.ajs-bw.de/Aktuelle-Ausgaben.html

*Diakonisches Werk Württemberg,
Diakonische Hilfe im Einwanderungsland (djela),
Aktion Jugendschutz*

Migrant/innen als Pädagog/innen in der Jugendhilfe

*Fachveranstaltung nur für Pädagog/innen mit
Migrationshintergrund*

08.12.2006 im Tagungszentrum Hohenheim

Seit vielen Jahren sind Migrant/innen als professionelle Pädagog/innen in der Jugendhilfe tätig. Wie zentral dies für die interkulturelle Öffnung und die Entwicklung einer kultur- und migrations-sensiblen dieser Arbeit ist, wurde immer wieder betont. Nun ist ein multikulturell zusammengesetztes Team noch kein interkulturell arbeitendes Team. Es reicht nicht aus, Migrant/innen zu beschäftigen. Vielmehr ist ein bewusster Team-Entwicklungsprozess zu gestalten, um die vorhandenen Ressourcen zur Geltung zu bringen und um erneute Diskriminierung, zum Beispiel durch eine ungleiche Aufgabenverteilung, zu verhindern.

Dieser Fachtag möchte Kolleg/innen mit Migrationshintergrund Raum für Erfahrungsaustausch und Reflexion bieten. Impulse für die Weiterentwicklung der interkulturellen Qualität in der Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen sind durchaus willkommen.

Moderation und Gestaltung des Fachtags:

Halide Özdemir, Mitarbeiterin im Wohnprojekt Rosa, interkulturelle Trainerin,
Mitglied im djela-Beratungsteam
Dean Babic, Leiter der JuLe Möckmühl,
Koordinator der dortigen djela-Projekte.

Information: Diakonisches Werk der ev. Kirche in Württemberg e.V.,
Kinder, Jugend und Familie,
Ingrid Scholz, Tel. 07 11/1656 231,
Scholz.I@diakonie-wuerttemberg.de

Michael Kalff

Young Trash... oder junge Netzwerke für Subsistenz und Selbsthilfe?

Die Fakten

25 Prozent der Schüler/innen in Deutschland können im Alter kurz vor dem ersten Bildungsabschluss nicht alterstufengerecht lesen, rechnen und schreiben. An diesem Befund lässt sich in kurzer Zeit realistisch nichts mehr ändern, eine grundlegende Reform des Bildungswesens in Deutschland ist dringend notwendig, aber nicht in Sicht.

Rationalisierungs- und Globalisierungsphänomene reduzieren Arbeitsplätze für Geringqualifizierte und Ausbildungsplätze für einfache Berufe laufend und in erheblichem Umfang. Junge Menschen mit auch nur geringen Handicaps machen die Erfahrung, dass sie nicht gebraucht werden. Ihnen wird schon der Einstieg in eine

schnitten bei Sozialleistungen und öffentlichen Aufwendungen zu rechnen.

Der Verlust an Lohnarbeit untergräbt aber auch ein zentrales Paradigma unserer Gesellschaft, um das sich herum fast alles organisiert: soziale Sicherheit, Prestige, Sinn, Zugehörigkeit... Auch für die Politik ist Lohnarbeit noch immer die orientierende Kategorie, selbst dann, wenn sie immer weniger trägt. Alternative soziale Entwürfe werden dringend benötigt, die allermeisten Akteur/innen in Politik, Behörden, Verbänden, Institutionen, Unternehmen etc. zeigen bislang aber wenig Fantasie, Kreativität und Mut zu wirklich neuen Ansätzen.

Hintergrund

In demokratischen Gesellschaften hat das Wirtschaftssystem die Aufgabe, alle Menschen mit Gütern und Dienstleistungen für ein würdiges Leben zu versorgen, die Mittel für öffentliche

Aufgaben zu erbringen und dabei zukünftigen Generationen die Möglichkeit zu bewahren, ihre Bedürfnisse ebenfalls befriedigen zu können.

Die gegenwärtige Form der globalisierten Wirtschaft erfüllt diese Aufgaben nicht, in Deutschland nicht und auch nicht weltweit. Lokale und regionale Un-

ternehmen geraten unter weltweiten Konkurrenzdruck, sie sind immer weniger überlebensfähig. Kapital und Industrie verlagern sich aus den peripheren Regionen in die Wirtschafts- und Finanzzentren, mehr und mehr Regionen werden abgehängt. Vom erwirtschafteten Gewinn geht zunehmend weniger als Lohn an die Beschäftigten oder als Steuern und Sozialabgaben in die Finanzierung öffentlicher Aufgaben, aber immer mehr geht als Rendite an die Kapitaleigner. Demokratisch gewählte Regierungen verlieren ihre Gestaltungsspielräume, denn

die Mittel für öffentliche Aufgaben werden knapper. Wachsende Teile der Bevölkerung werden von der Teilhabe an Einkommen, an Gütern und Dienstleistungen ausgeschlossen. Die Ressourcen des Planeten werden rücksichtslos geplündert.

Neben dem schleichenden Globalisierungsversagen besteht die Gefahr eines galoppierenden Globalisierungsversagens, eines sich selbst beschleunigenden Crashes mit dramatischen Folgen. Die globale Vernetzung von Kapital-, Waren- und Informationsströmen erzeugt störungsanfällige existenzielle Abhängigkeiten. Die Szenerie gleicht einem großen Parcours aneinander aufgestellter Dominosteine. Fällt einer, setzt sich der Impuls zerstörerisch und schnell ins ganze System fort. Dafür gibt es bereits konkrete, realistische Szenarien.

Die bisher für die Krisenbewältigung zuständigen öffentlichen Systeme sind mit der Bewältigung der Globalisierungsrisiken in Ausmaß und Dynamik überfordert. An ihre Seite muss zunehmend ein selbst organisiertes Bürgerengagement treten.

Thesen

□ „Arbeit für alle“ ist heute eine Lebenslüge. Das Versprechen auf eine existenzsichernde und sinnstiftende Vollerwerbsbiografie nach gelingendem Schulabschluss ist ein Betrug. Es braucht alternative, praktikable Lebensentwürfe, die Existenz, Sinn, soziales Prestige, Zugehörigkeit usw. jenseits der Normalarbeit vermitteln.

□ Der Mainstream von Jugendarbeit, Jugendhilfe und Jugendforschung verweigert bislang deutliche Antworten auf das Globalisierungsversagen. Stattdessen wird systemimmanent herumgedoktert, obwohl vielen Aktiven bewusst ist, wie gering ihre Erfolgsaussichten in aller Regel sind.

□ Sowohl in anderen Ländern als auch bei uns gibt es aber schon Erfahrungen mit gelingenden Netzwerken von Subsistenz und

Forum 1

Soziale Gerechtigkeit durch Bildung!? Anspruch und Wirklichkeit

Die in den letzten Jahrzehnten in Deutschland geführte Bildungsdebatte ging von der Voraussetzung aus, das Recht auf Bildung mit der Durchsetzung gerechter Bildungschancen zu verknüpfen. Mit dem Ausbau der Bildungssysteme und der Etablierung eines ganzheitlichen Bildungsbegriffes wurde auch die Hoffnung verknüpft, soziale Ungleichheiten abzubauen. Aktuelle Studien (z.B. IGLU und PISA) zeigen jedoch, dass Bildungserfolge und -chancen in Deutschland nach wie vor wesentlich durch die soziale Herkunft bestimmt werden. In diesem Forum ging es darum, die Dimensionen von Chancen- und Zugangsgerechtigkeit in Bezug auf Bildung begrifflich zu klären und der Frage nachzugehen, wie und für wen diese Ansprüche in Deutschland Umsetzung finden bzw. wem sie verwehrt sind.

Berufsbiografie verwehrt. Die Bildungsverlierer von heute sind das Elendspotenzial von morgen. Die Hoffnung, ein wirtschaftlicher Aufschwung werde das Problem lösen, trägt doppelt: Erstens ist ein fulminanter Aufschwung nicht in Sicht, zweitens haben auch die Wachstumsschübe der Vergangenheit (zuletzt etwa der Boom Ende der 90er-Jahre) die Arbeitslosigkeit mitnichten reduziert. Der laufende Verlust an Lohnarbeit erschüttert die Architektur des Sozial- und Steuersystems in Deutschland. In den kommenden Jahren ist mit weiteren dramatischen Ein-

ternehmen geraten unter weltweiten Konkurrenzdruck, sie sind immer weniger überlebensfähig. Kapital und Industrie verlagern sich aus den peripheren Regionen in die Wirtschafts- und Finanzzentren, mehr und mehr Regionen werden abgehängt. Vom erwirtschafteten Gewinn geht zunehmend weniger als Lohn an die Beschäftigten oder als Steuern und Sozialabgaben in die Finanzierung öffentlicher Aufgaben, aber immer mehr geht als Rendite an die Kapitaleigner. Demokratisch gewählte Regierungen verlieren ihre Gestaltungsspielräume, denn

Selbsthilfe, die auszuwerten lohnt. Dokumentiert sind solche unter Stichworten wie „dritter Sektor“, „informeller Sektor“, „lokale Ökonomie“, „soziale Ökonomie“, „Gemeinwohlökonomie“ usw. beim Technet Berlin, bei der Initiative Zukunft und der Stiftung Mitarbeit sowie in einer ganzen Reihe wissenschaftlicher Arbeiten (u.a. Birkhölzer, Brunnhuber, Diefenbacher, Douthwaite, Gronemeyer, Kennedy, Lietaer, Mies, von Werlhof).

- Gerade in der Jugendarbeit tun sich große Chancen für entsprechende Erprobungen, Entwicklungen und Multiplikationen auf.

Der Landesjugendring Baden-Württemberg arbeitet derzeit zusammen mit kompetenten Trägern der Jugendarbeit, Jugendhilfe und Jugendberufshilfe an der Entwicklung eines entsprechenden Programms.

*Dr. Michael Kalff, Projektfachstelle
Wertekommunikation beim Landesjugendring,
Siemensstraße 11, 70469 Stuttgart,
kalff@jrbw.de, www.wertall.de*

Ursula Boos-Nünning

Bildung in der Einwanderungsgesellschaft

Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der Diskussion

Die deutsche Schule hat es bis heute nicht geschafft, Bedingungen herzustellen, die Schülern und Schülerinnen mit Migrationshintergrund die gleichen Bildungschancen bieten wie den Deutschen. Ausländische Schüler/innen sind in den Vorklassen und Schulkindergärten sowie in den Sonder-, Haupt- und Gesamtschulen über- und in den Realschulen und Gymnasien unterrepräsentiert, sie haben deutlich schlechtere Schulabschlüsse.

Durch die Pisa-Erhebungen wird der Rückstand der Migrationskinder – in den Großstädten mittlerweile 40 Prozent oder mehr der Schülerpopulation – in die öffentliche Diskussion einge-

bracht. Ursachen für das schlechte Abschneiden werden in erster Linie in unzureichenden deutschen Sprachkenntnissen gesehen, gefolgt von einer Distanz eines Teils der Eingewanderten gegenüber der Majoritätskultur. Die auch heute nach den neuen Schulleistungsmessungen erneut vorgetragenen alten Rezepte fordern eine Rückstellung bei Schulbeginn, um die deutschen Sprachkenntnisse bei Eingang in die Schule zu verbessern, Förderunterricht (in der richtigen Form sicher ein sinnvoller Ansatz) und eine Verpflichtung der Eltern, ihre Kinder beim Lernen der deutschen Sprache zu unterstützen. Eine Diskussion darüber, warum das deutsche Bildungssystem Unterschiede nach Migrationshintergrund und sozialer Schicht deutlich weniger kompensiert als es die Schulsysteme in einem großen Teil der anderen Länder vermögen, erfolgt nur ansatzweise. Eine Diskussion, welchen Anteil Schulsystem und Schule an dem Scheitern haben, gibt es selten und der Versuch eines Perspektivenwechsels ist so gut wie gar nicht vorhanden. Hier soll angesetzt werden.

Ein anderer Blick auf die Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund

Es kann nicht bestritten werden, dass kompensatorische Angebote insbesondere aber nicht ausschließlich in der deutschen Sprache notwendig und sinnvoll sind, allerdings nicht in einer Organisationsform von längerfristiger Aussonderung und von Rückstellungen. Es ist aber bedrückend, wie stark der Defizite aufspürende Blick auf diese Schüler- und Schülerinnengruppe die Diskussion bestimmt und wie selten und wie wenig konkret Ressourcen beschrieben werden. Dabei wird seit Beginn der Diskussion um die interkulturelle Bildung gefordert, die Ressourcen der eingewanderten Familien und der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den Mittelpunkt zu stellen. Dieses sind die Bildungsorientierung der Jugendlichen und ihrer Eltern, die zweisprachigen Kompetenzen der Schüler und Schülerinnen sowie die interkulturellen Kompetenzen. Zudem muss konstatiert werden, dass Lehrerinnen und Lehrer in ihrer Ausbildung nicht gelernt haben, mit Heterogenität im Klassenzimmer umzugehen. Sie gehen in ihrem Un-

terricht mit monolingualen Kindern der Mittelschicht aus und bewerten aus dieser Perspektive die Migrationsschülerinnen- und -schüler.

Die Notwendigkeit schulischer Veränderungen

Die Schule hat sich durch die ethnischen, sprachlichen und kulturellen Minderheiten rein äußerlich verändert. Die alltäglichen Erfahrungen der Kinder und Jugendlichen haben sich im Umgang mit Menschen anderer Kulturen verändert. Vielfältige Kontakte mit Gruppen nicht bundesrepublikanischer Auffassung gehören zum Alltag. Schule berücksichtigt diese Erfahrungen, die negativ oder positiv, angsterzeugend oder -befreiend, freiwillig oder zwangsweise geschehen können, so gut wie nicht.

Gewünscht und gefordert wird eine interkulturelle Öffnung der Schule. Dazu gehört nicht nur die Berücksichtigung der Ressourcen von Schülern und Schülerinnen mit Migrationshintergrund und ihrer Familien, nicht nur die Einbeziehung von Zweisprachigkeit und Bilingualität in den Unterricht, nicht nur das Vorhandensein einer „Feiertagspädagogik“ in Projektwochen und auf Schulfesten, sondern vielmehr die Einführung einer interkulturellen Fachdidaktik in allen Fächern, die folgende Themen und Fragestellungen umfasst:

- die Reflexion der kulturellen Bedingtheit von Didaktik,
- die Berücksichtigung von kultureller Identität der zugewanderten Schüler und Schülerinnen,
- die Diskussion von kulturellen Differenzen und der Gefahr von Ethnisierung,
- die Einbeziehung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen (zum Beispiel Diskriminierungserfahrungen),
- die Revision von Zielen und Prinzipien von Fachdidaktiken unter interkultureller Perspektive.

Bildung mit dem Ziel der Wahrung des kulturellen Kapitals

Bildung ist mehr als Schule und Schule ist mehr als Wissensvermittlung und Leistungsbeurteilung. Erziehung und Bildung für ein Zusammen-

leben in der Einwanderungsgesellschaft erstreben zweierlei: die Schaffung von Entwicklungschancen auch für die Einwanderer, und die Einübung in Formen des Miteinandergehens von Mehrheit und ethnokulturellen Minderheiten.

Das erste Ziel verlangt, Kompetenzen der Zugewanderten wahrzunehmen und zu entwickeln, das kulturelle Kapital, das sie haben, nicht zu zerstören oder brach liegen zu lassen, sondern es zu pflegen. Dazu muss es eine öffentliche Diskussion um Bildungsrechte für Minderheiten und um die Kontrolle von Chancengleichheit im Bildungssystem geben. Darüber hinaus ist es notwendig, in allen Bildungseinrichtungen ausschließlich national bestimmte Konzepte zu überwinden und zu interkulturellen Ansätzen zu finden. Das zweite Ziel verlangt die Stärkung der Sozialisationskraft der Familien von Mehrheit und eingewanderten Minderheiten. Die deutschen Familien müssen stärker als bisher befähigt werden, ihre Kinder auf eine Gesellschaft vorzubereiten, in der Menschen aus verschiedenen Kulturen und Ethnien auf Dauer miteinander leben werden. Die Einwanderungsfamilien müssen in die Lage versetzt werden, ihre Kinder trotz mehr oder minder starker Isolation und teils von der Majorität abweichender Normen und Werte darauf vorzubereiten, den Eingliederungsprozess zu bewältigen.

*Prof. Dr. Ursula Boos-Nünning,
Universität Duisburg-Essen*

Ekaterina Kouli

Bildungsmisere aus Sicht des Handwerks und ihre Konsequenzen

Die Defizite des deutschen Schulsystems werden auf drei Ebenen sichtbar:

Das Leistungsproblem

Mehr als ein Fünftel der 15-jährigen Jugendlichen weisen – laut PISA-Studie – Kompetenzen in den Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften auf, die den Elementarbereich

(Kompetenzstufe I und darunter) nicht übersteigen. Diesen so genannten Risikoschülern stellen die PISA-Forscher eine ungünstige Prognose im Hinblick auf eine berufliche Ausbildung oder eine weitere schulische Laufbahn aus. Dem Institut der deutschen Wirtschaft zufolge verlassen jährlich in Deutschland etwa 220.000 Schüler/innen die Schule, ohne über eine ausreichende Ausbildungsreife zu verfügen – darunter bis zu 90.000 Jugendliche, die keinen Schulabschluss haben (vgl. H. Klein: Direkte Kosten mangelnder Ausbildungsreife in Deutschland, IW-Trends, Jg. 32, H. 4/2005).

Das Rekrutierungsproblem

Die Zahl der Schüler/innen an den Hauptschulen geht kontinuierlich zurück. Die Hauptschule hat sich inzwischen von der weiterführenden Schulart, die von den meisten Schüler/innen besucht wurde, zu der weiterführenden Schulart mit der niedrigsten Anzahl von Schüler/innen entwickelt. Dieser negative Trend, der sich nach Berechnungen des Statistischen Landesamtes fortsetzen wird, wirkt sich ungebremst auf das Handwerk aus: Das Potenzial, aus dem die Betriebe bisher ihren Nachwuchs rekrutierten, schrumpft stetig.

Nach einer Studie des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) München hat der Trend zur höheren Bildung dazu geführt, „dass ein Teil der Jugendlichen, die früher völlig selbstverständlich nach der Pflichtschulzeit eine Lehrstelle gesucht hätten, heute auf der allgemeinbildenden Schule bleibt, um später eine Ausbildung im tertiären Bereich zu absolvieren. Da Bildungsselektion auch Begabungs- und Leistungsselektion ist, bedeutet dies, dass viele besonders begabte, bildungsorientierte und leistungsbereite Jugendliche, die vor 30 Jahren nach der Volksschule eine Lehre angefangen hätten, heute ihren Bildungsweg anders anlegen. Diejenigen, die unter den damaligen Bedingungen nach der Lehre mit großer Wahrscheinlichkeit den Meisterbrief erworben, eine Techniker-ausbildung absolviert oder mit einer gewaltigen Bildungsanstrengung über den zweiten Bildungsweg den Fachschulingenieur gemacht hätten,

gehen heute – gefördert von einem durchlässigeren Bildungssystem, vom Trend zur umfassenden Bildung und von Eltern, die eine gute Ausbildung für ihre Kinder anstreben – häufig gleich auf das Gymnasium oder die Fachoberschule und studieren dann an der Fachhochschule oder der Universität“ (Jaudas, Mendius u.a. 2004: Handwerk – nicht mehr Ausbilder der Nation?, S. 114f.).

Die Tatsache, dass die Zahl der Lehrlinge in den letzten 40 Jahren trotzdem auf einem hohen Niveau geblieben ist, veranlasst die Forscher zu der These, „dass in vielen Ausbildungsberufen die Lehrlinge heute aus anderen Bevölkerungsgruppen kommen als vor 30, 40 Jahren. Anstelle der gemischten Lehrlingspopulation von vor 40 Jahren, in der es begabte und weniger begabte, motivierte und weniger motivierte Lehrlinge gab, ist heute davon auszugehen, dass es sich um eine schon stärker vorselektierte Gruppierung handelt, in der Begabung und Motivation zwar noch streuen, aber auf einem abgesenkten Niveau. Am stärksten betroffen von dieser Entwicklung dürften aufgrund ihrer vergleichsweise schwachen Position auf dem Ausbildungsmarkt und speziell bei der Lehrlingsrekrutierung viele Betriebe des Handwerks sein“ (ebd., S. 115).

Das Imageproblem

Das gegliederte, hierarchisch strukturierte Schulsystem führt zu einer „Versäulung“ beruflicher Erwartungen, so das Ergebnis einer Studie der Akademie für Technikfolgenabschätzung aus dem Jahr 2003. „Das Handwerk sei, so der Tenor an Realschulen und Gymnasien, etwas für Hauptschüler. Diese Segregation der Berufserwartungen führt dazu, dass selbst Hauptschüler, die an einer Werkrealschule die Mittlere Reife anstreben, vom Handwerk kaum noch gewonnen werden können. Diese fixe Verknüpfung von schulischer und beruflicher Ausbildung wird der Differenziertheit des Arbeitsmarkts kaum noch gerecht.“

Daher wäre nach Ansicht der Autoren aus arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten zu überlegen, ob ein hierarchisches Schulsystem, das

einseitig kognitive Fähigkeiten entwickelt, dem differenzierten Arbeitskräftebedarf noch entspricht. Gleichzeitig verursacht die Verwendung des Begriffes „praktisch Begabt“ als Synonym für Leistungsschwache eine Entwertung des Praktischen, des handwerklichen Tuns.

Die Auswirkungen

Schwierigkeiten bei der Durchführung der Ausbildung: Über alle Branchen hinweg beklagen sich viele Betriebe über die gravierenden Defizite der Schulabgänger in der mündlichen und schriftlichen Ausdrucksfähigkeit, aber auch bei einfachen Rechenoperationen. Ein großer Teil der Auszubildenden ist von Beginn der Lehre an auf unterstützende Maßnahmen seitens der Betriebe oder anderer Einrichtungen angewiesen.

Hohe Abbruchquote: Trotz Begleitmaßnahmen kann nicht verhindert werden, dass viele Lehrlinge die Ausbildung aufgrund der Anforderungen der Ausbildungsberufe abbrechen.

Hohe Durchfallquote: 10,5 Prozent der Teilnehmer an der Gesellenprüfung und 12,5 Prozent der Teilnehmer an der Meisterprüfung haben im Jahr 2005 die Prüfung nicht bestanden.

Unbesetzte Ausbildungsplätze: Viele angebotene Ausbildungsplätze bleiben aufgrund mangelnder Vorqualifikation unbesetzt. Eine Sonderumfrage des Baden-Württembergischen Handwerkstages vom September 2005 hat gezeigt, dass 13,4 Prozent der Handwerksbetriebe in Baden-Württemberg unbesetzte Lehrstellen hatten. Ein Fünftel aller Ausbildungsbetriebe wäre dieser Umfrage zufolge bereit, das Ausbildungsangebot zu steigern, wenn sie geeignete Bewerber finden würden. Diese Ergebnisse werden auch von einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit bestätigt (s. IAB Kurzbericht, Ausgabe Nr. 27/29. 12. 2005): „Von den Betrieben, die für das Ausbildungsjahr 2003/2004 Ausbildungsstellen angeboten haben, konnten ca. 16 in den alten und ca. elf Prozent in den neuen Bundesländern nicht alle Ausbildungsstellen besetzen. Der wichtigste bzw. bei mehreren unbesetzten Ausbildungsstel-

len der häufigste Grund dafür war die unzureichende Eignung der Bewerber“ (S. 1).

Verlust an Ausbildungsplätzen: Schwierigkeiten bei der Lehrstellenbesetzung und negative Erfahrungen mit der Leistungsfähigkeit und -motivation der Auszubildenden wirken sich negativ auf die Ausbildungsbereitschaft aus.

Fehlen von Nachwuchskräften und Fehlen von Leistungseliten: Die Zahl der Auszubildenden, die ihre Ausbildung mit hervorragenden Leistungen absolvieren, geht kontinuierlich zurück.

Hohe „Reparaturkosten“: Laut des Instituts der deutschen Wirtschaft wurden im Jahr 2004 in der Bundesrepublik 3,4 Milliarden Euro für die „Reparatur“ schulischer Defizite ausgegeben.

Ansätze für eine effizientere Schulbildung

Anhebung des Bildungsniveaus: Es bedarf mutiger und ehrgeiziger Zielsetzungen und quantifizierbarer Qualitätsziele, um das Bildungsniveau nachhaltig zu erhöhen:

- „Die Anzahl der Schulabgänger, die nicht oder nur bedingt ausbildungsreif sind, muss durch eine nachhaltige Verbesserung der schulischen Leistung von derzeit über 20 auf unter zehn Prozent gesenkt werden.
- „Gleichzeitig darf die Spitze nicht vernachlässigt werden. Zehn Prozent eines Altersjahrgangs sollen an die höchste Kompetenzstufe herangeführt werden.

Neues Bildungskonzept mit einer neuen Kultur des Lernens

Aus der Sicht des baden-württembergischen Handwerks ist ein grundlegend neues Bildungskonzept mit einem neuen Leitbild und einer neuen Schul- und Lernkultur erforderlich. Es muss ein Paradigmenwechsel stattfinden: vom Selektionsansatz zur individuellen Förderung. Es geht nicht mehr darum, die besten und die anpassungsfähigsten Schüler zu unterrichten, sondern alle bestmöglich zu fördern, individuelle Begabungen systematisch aufzuspüren und weiter-

zuentwickeln, Probleme und Fehlentwicklungen rechtzeitig zu erkennen und zu bekämpfen. Lernen soll in einem ganzheitlichen und langfristig angelegten Prozess Handlungskompetenz vermitteln. Ein solcher Ansatz ist mit gravierenden Konsequenzen für Unterricht, Schule und Bildungssystem verbunden. Die Rolle des Lehrers ist nicht mehr die des Unterrichtenden, sondern mehr die des Lernbegleiters, der den Schüler aktiviert, motiviert und fördert, der seine Neugier nach mehr und die Freude am Lernen weckt, der Handlungs- und Entscheidungskompetenz entwickelt und damit Selbstbewusstsein beim Schüler stärken hilft.

Mehr Ganztagschulen mit pädagogischer Gesamtkonzeption

Ganztagschulen bieten bessere Bedingungen für eine individuelle Förderung, denn sie tragen sowohl zur Vermeidung von sozialen Benachteiligungen als auch zur Förderung von Begabungen bei. Gleichzeitig fördern sie die soziale Integration und das Lernen in der Gruppe. Dies setzt allerdings eine neue zeitliche Organisation des Lernprozesses und ein entsprechendes pädagogisches Konzept voraus. Nur wenn ein fundiertes pädagogisches Konzept zugrunde gelegt wird, können Ganztagschulen ihre Potenziale voll entfalten. Auch die Einbindung externer Partner, die zur Erweiterung des Angebots oder zur besseren Begleitung notwendig ist, muss in dieses Konzept integriert sein.

Qualitätssicherung durch interne und externe Evaluationen

Qualität und kontinuierliche Qualitätsverbesserung von Schule und Unterricht heißt die Herausforderung der Zukunft. Um hohe Qualität erzielen zu können, sollen Schulen eigenständig und eigenverantwortlich handeln dürfen. Dies setzt zum einen die Bereitschaft zur Rechenschaftslegung voraus und erfordert zum anderen die Anwendung moderner Managementkonzepte sowie die Einführung verbindlicher Zielvereinbarungen.

Ekaterina Kouli, Leiterin der Abteilung Bildungspolitik, Handwerkstag B.-W.

Andreas Foitzig

Handlungsdruck in der Praxis

Das große Interesse an dem Thema liegt sicher zum einen daran, dass es gesellschaftspolitisch wieder ernster genommen wird, nachdem es in den letzten Jahren der rot-grünen Regierungszeit kaum mehr eine Rolle spielte. Dies liegt aber auch am Handlungsdruck in der Praxis. Die langjährigen Versäumnisse der Einwanderungs- und Antidiskriminierungspolitik bekommen die Schulen und Jugendhilfeinstitutionen zu spüren. Auch die interkulturelle Öffnung der Bildungsinstitutionen und der Jugendhilfe steckt noch in den Anfängen.

Die schwarze US-amerikanische Dichterin Pat Parker schreibt in ihrem Gedicht mit dem Titel

rungsfamilien nicht gerecht wird. Unmöglich trotzdem, weil wir im Reden über die „anderen“ selbst wiederum zu dem beitragen, was einen Kern des Problems darstellt, nämlich das Denken in „wir“ und die „anderen“ zu verfestigen. Ein Denken, in dem die „anderen“ nicht als „wir“ gedacht werden können.

Die notwendige Berücksichtigung einer bestimmten Differenz trägt also gleichzeitig dazu bei, diese Differenz aufrechtzuerhalten. Zudem legt eine ethnische Perspektive auch den Migrantenjugendlichen nahe, sich selbst in einer unangemessen eindeutigen Weise eine ethnisch definierte Identität zu schaffen.

Interkulturelle Öffnung oder auch Migration Mainstreaming als

Antidiskriminierungsperspektive muss das doppelte Gesicht der Diskriminierung verstehen: Unterschiede zu übersehen oder das Gegenüber auf einen Unterschied zu reduzieren.

widerspiegeln, ohne sie auf kulturelle Folklore zu reduzieren?

Eine Orientierung in diesem Lernprozess kann der Grundsatz der Anerkennung sein. Dabei geht es immer um zwei Dimensionen: zum einen um die Anerkennung des anderen als gleichwertig und zum anderen um die Anerkennung des anderen als Subjekt mit dem Recht auf andere – auch kollektive – Identitätswürfe. Dies ermöglicht den Einzelnen, sich als diejenigen darzustellen, als die sie sich verstehen. Insofern geht es bei Anerkennungsforderungen vor allem darum, Bedingungen herzustellen, die es möglich machen, als Subjekt zu handeln (Paul Mecheril).

Daraus leiten sich für den Lernprozess zwei zentrale Aufgaben ab: die kritische Reflexion von eigenen Bildern und Wahrnehmungsstrukturen, die ein „Erkennen“ behindern, sowie die neugierige Erforschung der Handlungsgründe der „anderen“.

Andreas Foitzig, Gomaringen

Forum 2

Was tun, bevor´s brennt? Pädagogische und politische Rahmenbedingungen im Einwanderungsland Deutschland

Mit einem Anteil von über 40 Prozent sind Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in den deutschen Städten lange keine Randgruppe mehr. Und doch bleiben sie oft am Rande der Gesellschaft. Die soziale Ausgrenzung ist verwoben mit negativen Zuschreibungen und Diskriminierungen. Dies wurde mit einem vergleichenden Blick über die Grenzen nach Frankreich und die Niederlande im Forum beleuchtet. In einem zweiten Block ging es anhand zweier Beispiele um typische Bewältigungsstrategien jugendlicher Migrant/innen: Was steckt hinter den Männlichkeitsbildern traditionell orientierter türkisch-deutscher Jungen? Welche Erfahrungen mit Pädagoginnen und Pädagogen waren für bildungserfolgreiche Migrant/innen in ihrer Bildungskarriere wichtig?

„Für die Weiße, die wissen möchte, wie sie meine Freundin sein kann“: „Erstens: Vergiss, dass ich schwarz bin. Zweitens: Vergiss nie, dass ich schwarz bin.“ Damit formuliert sie das Grunddilemma jeder interkulturellen, migrations- oder auch allgemein gesprochen differenzsensiblen Perspektive.

Paul Mecheril spricht von der Unvermeidlichkeit und der Unmöglichkeit der interkulturellen Perspektive. Unvermeidlich deshalb, weil eine Leugnung der Differenz unter dem Motto der Gleichbehandlung der Lebensrealität der Einwande-

lässt sich also mit den folgenden Fragen umreißen:

- ❑ Wie können wir in unserem pädagogischen Handeln Kinder und Jugendliche in ihrem – auch kulturellen – Anderssein anerkennen, ohne sie nur unter dieser Perspektive wahrzunehmen?
- ❑ Wie können wir die Realität der Einwanderungsgesellschaft in unserem Handeln, im Kontakt mit den Kindern und Jugendlichen, aber auch in den Einrichtungen angemessen

Oft wird Interkulturelle Öffnung gedacht als das „Tolerieren von Andersartigkeit“. Toleranz heißt allerdings auf Abstand gehen. Toleranz stellt noch keine gleiche Augenhöhe her. Die Lernherausforderung

Axel Pohl

Besonderheiten im Umgang mit Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Eine interkulturelle Ausrichtung der Institutionen Schule und Jugendhilfe ergibt sich inzwischen aus der tatsächlichen Bevölkerungszusammensetzung. Zählt man diejenigen Kinder und Jugendlichen mit, die zwar nicht selbst eingewandert sind, von denen aber mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren wurde, sprechen wir in Baden-Württemberg nicht von einer Minderheit mit Migrationshintergrund, sondern je nach den lokalen Gegebenheiten von einem Viertel bis der Hälfte aller Kinder und Jugendlichen.

Deutschland hat in Europa mit die prozentual höchste Bevölkerungsfuktuation. Es wäre daher angebracht, mit Schrödter und Otto von einer Migrationsgesellschaft statt einer Einwanderungs-

gesellschaft auszugehen. Damit wäre auch zu vermeiden, Einwanderung generell als Problem zu betrachten. Und man müsste die fälligen Veränderungen im Sozial- und Bildungssystem auch nicht mit dem Nutzen der Einwanderer begründen, sondern würde relativ pragmatisch auf Entwicklungen reagieren können, die heute noch von großem populistischen Potenzial umnebelt sind.

Deutschland hat eine hohe Fluktuation mit Ein-, Aus- und Weiterwanderungen, aber unser Schulsystem und unsere sozialen Unterstützungsangebote sind zum Teil sehr schlecht darauf eingestellt. Vor allem der Schule gelingt es hierzulande weniger als anderswo, soziale Ungleichheiten unter der Schülerschaft auszugleichen. Die Sonderauswertung der PISA-Daten von 2003, deren Ergebnisse die OECD im Mai vorgestellt hat, weist eindrücklich darauf hin, dass hier erhebliche Defizite bestehen. Deutschland ist mit Dänemark das einzige Land, in dem die zweite Einwanderergeneration schlechter abschneidet als die erste.

Gemeinsam mit vielen anderen europäischen Ländern besteht in Deutschland der Trend, die sozialen Unterstützungssysteme wie die Hilfen zur Integration an bestimmte Bedingungen aufseiten der zu Unterstützenden zu knüpfen. Unter dem Motto „Fördern und Fordern“ werden grundlegende Unterstützungsleistungen wie Arbeitslosengeld und Sozialhilfe von der Motivation der Betroffenen abhängig gemacht, sich selbst zu helfen. Analog dazu lässt sich ein Rollback in den großen Ländern konstatieren, der für den Erwerb der Staatsbürgerschaft rigidere Bedingungen voraussetzt, Einwanderungshürden anhebt und die Forderung laut werden lässt, die Einwanderer müssten erst ihre Integrationsbereitschaft und ihre Integrationsfähigkeit unter Beweis stellen, bevor entsprechende Leistungen seitens der Migrationsgesellschaften gewährt würden.

Dieser Ansatz bringt jedoch Kausalitäten, wie Integration verläuft oder verlaufen kann, in eine normativ einseitige Weise. Deshalb möchte ich einen aktuellen Vorschlag zur Strukturierung der

Diskussion aufgreifen, mit dem diskutiert werden kann, welche politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gegeben sein müssten, um im Sozial- und Bildungsbereich Integration besser zu fördern. Hartmut Esser, der in der



Zuwanderungskommission der Regierung saß, unterscheidet vier Ebenen der Integration:

1. **Die strukturelle Integration:** Diese Ebene ist die wichtigste und der Schlüssel zu allen anderen und umfasst den Zugang zu gesellschaftlichen Positionen und Institutionen.
2. **Die kulturelle Integration,** die Fertigkeiten zur Handlungsfähigkeit in sozialen Relationen umfasst.
3. **Die soziale Integration,** die Teilhabe an sozialen Netzwerken und Freundschaftsbeziehungen beinhaltet.
4. **Die Identifikation** mit der Mehrheitsgesellschaft, das heißt die emotionale Identifikation mit dem Einwanderungsland.

Trotz der Gefahren und der Einwände, die ich weiter unten benennen werde, ist der Vorteil dieses Modells, dass damit auf Einseitigkeiten und Verkürzungen der hiesigen Diskussion – auch mit Blick auf andere europäische Länder – hingewiesen werden kann. Im Moment jedenfalls scheint die Debatte in Deutschland vor allem darum zu gehen, dass Einwanderer erst beweisen müssen, wie integrationswillig und fähig sie sind. Das geht zum einen über die Sprache

und zum anderen über die Aufgabe von Traditionen und Werten. Damit ist die Diskussion auf die kulturelle Dimension verengt, die einseitig als Bringschuld der Einwanderer gedacht wird, während vernachlässigt wird, dass im Ge-

gensatz zu anderen Ländern jahrzehntelang Zugänge zu Zugehörigkeit und Identifikation systematisch versperrt worden sind, die jetzt erst in einer Art nachholender Integration gewährleistet werden müssten.

Die strukturelle Dimension – so das Modell von Esser – ist jedoch der Schlüssel zu den anderen Dimensionen. Das heißt, einklagbare Rechte und gleicher Zugang zu gesellschaftlichen Positionen werden als eine Voraussetzung zur Integration gedacht. Davon scheint mir unsere Gesellschaft angesichts der eingangs zitierten strukturellen Benachteiligung von Einwandererkindern im Schulsystem relativ weit entfernt zu sein. Auch Antidiskriminierung ist hierzulande ein Fremdwort, oder wissen Sie, wie viele rassistische Übergriffe es in Ihrem Schulbezirk im letzten halben Jahr gegeben hat? Schüler/innen und Lehrer/innen in Glasgow wissen das.

Eine weitere Verengung – und damit kommen wir zu den unterschwelligsten Gefahren dieses Modells – ist die Definition des Zusammenhangs von schlechteren Startchancen in der Schule und Integration. Die neuere Debatte steht nicht mehr unter dem Motto „Wer sich nicht anpasst, der

hat hier nichts verloren“, sondern suggeriert, dass sich Einwanderer mit Nichtanpassung selbst die Chancen auf sozial angesehene Positionen im Bildungs- und Arbeitssystem verbauen. Der Slogan lautet also „Wer sich nicht anpasst, der wird hier nichts werden“. Damit wird ein Defizitblick zementiert, der unter dem Motto „Eure Kinder sollen es doch einmal besser haben“ längst überwunden geglaubte Positionen der Ausländerpädagogik wieder salonfähig macht. Benachteiligung wird so „über die Hintertür“ zum Problem der Einwanderer umgedeutet.

Positiv gewendet könnte man entlang dieser vier Dimensionen jedoch formulieren, welche Handlungsmöglichkeiten im Bildungs- und Sozialbereich bestehen und welche politischen Rahmenbedingungen förderlich sind (Stichworte: Inklusion, Nichtbeschämung, Nichtverantwortlichkeit für Probleme, Sprachförderung ohne Aussonderung, Befassung der Schule mit interkultureller Programmatik statt Vorschul- und „Nachschul“-Förderung).

Axel Pohl, IRIS e.V., axel.pohl@iris-egris.de,
www.iris-egris.de

Maria do Mar Castro Varela

Hochqualifizierte Migrantinnen

Wenn von Migrantinnen oder jungen Frauen mit Migrationshintergrund die Rede ist, ist zumeist das erste Bild, das sich einstellt: „die unterdrückte Frau“, „das bemitleidenswerte Opfer“. Dieses verkürzte Bild ist nicht nur irritierend, sondern auch gewalttätig, insofern es für viele Mädchen bedeutet, dass ihre Ressourcen, ihre

Literatur:

Castro Varela, Maria do Mar (2006): Unzeitgemäße Utopien. Migrantinnen zwischen Selbsterfindung und gelehrter Hoffnung. Bielefeld: transcript, Frühjahr 2006.

Castro Varela, Maria do Mar/Clayton, Dimitria (Hrsg.) (2003): Migration, Gender und Arbeitsmarkt. Neue Texte zu Frauen und Globalisierung. Hg. Königstein/Ts.: Ulrike Helmer.

Entfaltungsmöglichkeiten permanent verkannt werden.

Tatsächlich erwerben immer mehr Mädchen und junge Frauen mit Migrationshintergrund gute schulische Qualifikationen. Im Gegensatz zu ihren männlichen Peers setzen sie sich in der Schule häufig durch. Doch ist das keine Garantie für eine qualifizierte Stelle. Viele junge Migrantinnen sind trotz guter schulischer Qualifikationen ohne Ausbildungsplatz oder finden sich in einem dieser typischen Berufe wieder: Verkäuferin, Arzthelferin, Friseurin etc. Dagegen sind die eigenen Bildungsbestrebungen und die der Eltern zumeist hoch. Nicht selten höher als bei Mehrheitsangehörigen, wenn die Schichtzugehörigkeit berücksichtigt wird.

Wir müssen also festhalten, dass Migrantinnen immer besser qualifiziert sind, obwohl sie im Mainstreamdiskurs weiterhin als „den Traditionen verhaftet“ beschrieben werden. Und wir müssen zudem konstatieren, dass die Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt dafür Sorge trägt, dass sich dieser immer mehr ethnisch segregiert und dass viele der (hoch-)qualifizierten Migrantinnen keine Stelle erhalten. Die, die sich durchsetzen, sprechen deswegen nicht zufälligerweise davon, dass sie ihre Bildung dem Glück zu verdanken haben. Glück wird damit zu einem wichtigen Faktor bei der eigenen schulischen und beruflichen Karriere. Es übersetzt sich bei näherem Hinsehen häufig in eine Pädagogin, einen Nachbarn, eine Schulfreundin, die dem Mainstreamdiskurs zum Trotz zu einer weiterführenden Schule rät oder in schwierigen Phasen weiterhilft. Die Unterstützung, die eigentlich die Institution Schule gewähren sollte, kommt mithin Individuen zu, die, wenn die Migrantin Glück hat, zum rechten Augenblick da sind. Dies ist gewissermaßen ein weiteres Armutszeugnis für das deutsche Bildungssystem, das seit PISA, Iglu und dem Besuch des Sonderbeauftragten der UNO in keinem guten Licht dasteht.

In einer Untersuchung, die ich mit Migrantinnen zweiter und dritter Generation zum Thema „Uto-

piediskurse migrierter Frauen“ geleitet habe, wurden die Frustration und Wut, die diese Frauen auf das Bildungssystem haben, offenbar. So erzählt Tülay, eine junge Studentin türkischer Herkunft, während einer Gruppendiskussion:

„Ich möchte halt auch immer dieses Bewusstsein auch, also so Utopie, das wird mir dann immer klar, wenn ich mir irgendwie so formuliere: Was würde ich tun, wenn ich ein Kind hätte? Wie würde ich das erziehen, ja? Also, oder was würde ich ihm mitgeben wollen? Oder was weiß ich. Ich würde zwar immer darauf beharren, dass es eben so gleich ist wie alle anderen auch, aber doch irgendwie anders? Wenn's drauf ankommt (lacht). Alle: (lachen). Tülay: Das es eben, nicht dazugehören kann (lacht) in manchen Situationen, weil, es ist ja, für die meisten Migrantenkinder fängt ja der Schock echt so erst im Kindergarten an? Also, wenn se dann so ihre gewohnte Nachbarschaft dann auf einmal verlassen und dann sind sie im Kindergarten und dann kommen die Kindergärtnerinnen, die dann auf einmal so das Kind als kleine Türkin vorstellen. Und dann kommt die aus der Türkei und so und das sagen die dann auch so, obwohl sie halt irgendwie da geboren ist oder was weiß ich und dann sagen alle Türkei, Türkei und so. Und dann essen die Mohrenkopf und so Schnickschnack halt. Und da passiert das Ganze, ja, also, dass man dann immer so zwar einbezo... also mit eingegliedert wird in ne Gruppe, aber immer gleichzeitig auch rausgehalten wird. Sozusagen mit dieser Bezeichnung, „sie ist ganz normal“, „sie ist Türkin und sie ist auch unsere Freundin und wir fassen jetzt alle an den Händen“ und das hat schon was ganz Anormales irgendwie so, diese ganze Konstruktion ja.“

In der pädagogische Praxis müssen die Diskriminierungserfahrungen der Jugendlichen ernst genommen werden. Strukturelle Diskriminierungen müssen skandalisiert werden und Jugendliche mit Migrationshintergrund brauchen in Anbetracht alltäglicher Diskriminierungen Unterstützung bei ihrer Suche nach geeigneten, nicht selbstdestruktiven Strategien. Eine ressourcenorientierte Arbeit kommt meines Erachtens nicht

umhin, in der interkulturellen Arbeit auch auf die Diskriminierungserfahrungen von Migrantinnen zu schauen, ohne sie auf einen „Opferstatus“ festzulegen. Es geht vielmehr darum, Ressourcen zu entdecken und zu stärken. Das ist nicht immer einfach, bedeutet dies doch auch, sich und seine eigenen Privilegien kontinuierlich zur Disposition zu stellen. Doch wie die postkoloniale Theoretikerin Gayatri Spivak sagt, müssen wir lernen, unsere Privilegien als Verlust zu betrachten.

*Maria do Mar Castro Varela,
Freie Wissenschaftlerin, Köln*

Ahmet Toprak

Thesepapier für Prävention und zur Integration von Jugendlichen mit türkischem Hintergrund

Finden Jugendliche mit türkischem Migrationshintergrund keine Perspektive oder adäquate Anerkennung, so klammern sie sich an tradierte Werte aus dem Herkunftsland der Eltern und betonen die Werte von Ehre und Männlichkeit teilweise rigider als ihre Eltern.

Kurz- und mittelfristige Maßnahmen zum Gelingen von Integration

Elternkooperation: Es bedarf der Kooperation mit Eltern auf gleichberechtigter Basis. Eltern mit Migrationshintergrund sollten in die Elternbeiratsarbeit einbezogen werden. Den Eltern sollte sensibel vermittelt werden, dass die Vorschulphase von immenser Bedeutung für die Entwicklung der Kinder ist. Die Eltern müssen motiviert werden, den Erwerb der deutschen Sprache bei den Kindern zu fördern, ohne die türkische Sprache zu vernachlässigen. Das Erlernen der Muttersprache ist dabei die Grundlage zum Erwerb einer weiteren Sprache.

Interkulturelle Kompetenz als Qualitätsstandard: Um Migrantenfamilien adäquat beraten zu können, müssen die Fachkräfte in den Einrichtungen besser geschult werden. Interkulturelle Kompetenz als Leitbild in den Einrichtungen muss auf der Leitungsebene festgeschrieben werden.

Ressourcenorientiertes Arbeiten mit der Zielgruppe: d.h., bei der Arbeit mit der Zielgruppe nicht nur deren Defizite in den Vordergrund zu stellen, sondern auch die vorhandenen Stärken herauszuheben. Für die Motivation der Männer ist es sinnvoll, ihnen Vorbilder aus der eigenen Ethnie aufzuzeigen.

Soziale Trainingskurse für Jugendliche: Folgende Kompetenzen müssen besonders bei den männlichen Jugendlichen erweitert beziehungsweise gestärkt werden:

- die sozialen Kompetenzen
- die kommunikativen Kompetenzen
- die kooperativen Kompetenzen
- die konfrontativen Kompetenzen

Aufklärungskampagnen in den türkischen Medien: Die türkischsprachigen Medien werden von den Migrant/innen sehr stark in Anspruch genommen. Über diese Medien müssen Aufklärungskampagnen zu den Themen Erziehung, Gewalt in der Familie etc. initiiert werden. Es muss jedoch ein kritischer Dialog mit den Medien über deren Berichterstattung über die deutsche Gesellschaft geführt werden.

Ausbau der Jugendhilfeeinrichtungen: Vor allem Anlaufstellen für Mädchen und Frauen müssen flächendeckend ausgebaut und von Kürzungen ausgenommen werden.

Kooperation mit Kultur- und Moscheevereinen: Die Einbindung der Vereine in die Integrationsbemühungen ist eine wichtige Maßnahme, da diese starken Einfluss auf die Migrant/innen haben. Die Mitarbeiter/innen dieser Einrichtungen als Multiplikator/innen u.a. zu Erziehungsfragen auszubilden, wie es der Berliner „Arbeitskreis neue Erziehung“ praktiziert, trägt mit dazu bei, einen großen Teil der Zielgruppe zu erreichen.

Langfristige Maßnahmen

Verbesserung der Schul- und Berufsausbildung: Eine gute Schul- und Berufsausbildung hat bei den in Deutschland lebenden Migrant/innen aus

der Türkei einen hohen Stellenwert. Dennoch ist der Anteil der türkischen Schüler/innen an den Haupt- und Sonderschulen überproportional hoch. Die türkischen Jungen verlassen die Schule öfter ohne einen qualifizierten Abschluss als die Mädchen. Auch bei der Berufsausbildung sind die Migrantenjugendlichen unterrepräsentiert bzw. brechen eine Ausbildung öfter ab. Zu Förderung dieser Jugendlichen sind der kostenfreie und verpflichtende Besuch eines Kindergartens sowie Förder- und ergänzender Unterricht wesentliche Unterstützungsmaßnahmen. Doch auch die nach wie vor vorhandene Benachteiligung, die Migrant/innen bei der Bewerbung um einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz trotz gleicher Qualifikation erfahren, darf nicht hingenommen werden.

Verbesserung der sozialen Bedingungen: Hierzu gehören unter anderem neben den Arbeitsbedingungen auch die Wohnverhältnisse. Viele türkische Familien leben in Wohnungen, die eine schlechtere Bausubstanz sowie eine schlechtere Lage in Wohngebieten mit einem niedrigen Sozialstatus haben, die für die deutsche Bevölkerung unattraktiv sind.

Bedingt auch durch die meist höhere Kinderzahl – was bei vielen Vermietern nicht beliebt ist –, bleibt ihnen auf dem Wohnungsmarkt oft keine andere Wahl. Aufgrund der beengten Wohnverhältnisse fehlen den Kindern die Rückzugsmöglichkeiten und oft ein fester Platz, an dem zum Beispiel die Hausaufgaben erledigt werden können. Die Wohnbedingungen von Familien haben großen Einfluss auf ihr Zusammenleben, auf die Erziehung der Kinder, die Erholung, auf die Pflege von Kontakten und das Freizeitverhalten.

Die verkürzt aufgeführten Thesen stammen aus dem Buch: Ahmet Toprak: „Das schwache Geschlecht – die türkischen Männer“, Lambertus-Verlag 2005.

*Ahmet Toprak,
Referent für Gewaltprävention,
Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Bayern*

Susanne Heynen

Kinder und Jugendliche als Opfer häuslicher Gewalt

Viele Mädchen und Jungen erleben Gewalt in der Familie, nicht nur physische und sexualisierte Gewalt, die sich gegen sie selbst richtet, sondern auch häusliche Gewalt. Erst seit einigen Jahren werden die damit verbundenen Belastungen für Kinder und Jugendliche wahr- und ernst genommen.

Ausmaß der Gewalt

Nach einer aktuellen Prävalenzstudie erleidet jede vierte Frau körperliche und/oder sexuelle Gewalt durch den Partner (BMFSFJ, 2004). 31 Prozent der befragten Frauen erlebten eine Gewalthandlung, 36 Prozent nannten zwei bis zehn und 33 Prozent zehn bis zu 40 Gewaltsituationen.

schen Prävalenzstudien zwischen „situational couple violence“, ein häufiges, weitgehend geschlechtsunabhängiges und an Konflikte gebundenes Gewaltmuster, das in der Regel mit geringen Belastungen für die Betroffenen einhergeht, und „intimate terrorism“. Diese Form der Gewalt ist durch Kontrolle und Frauenfeindlichkeit geprägt sowie häufig Teil einer eskalierenden Gewaltspirale. Sie führt meist zu erheblichen Beeinträchtigungen in verschiedenen Lebensbereichen und wird überwiegend von Männern verübt (Johnson, 1995; vgl. auch Piispa et al., 2002; Helfferich/Kavemann, 2004).

Kinder sind von elterlicher Partnergewalt vor allem im Sinne von Johnsons „intimate terrorism“ betroffen. In einer Untersuchung des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen gaben 21,3 Prozent der Befragten zwischen

burten aufgrund von Misshandlungen während der Schwangerschaft (Campbell/Garcia-Moreno/Sharps, 2004) sowie Verletzungen, wenn beispielsweise ein Säugling auf dem Arm der Mutter von den gegen sie gerichteten Schlägen getroffen wird. Eine besondere Gefahr für Kinder liegt in einer möglichen Gewalteskalation, die bis zu Tötungsdelikten reicht (Heynen, 2005). Viele Belastungen bis hin zu Traumatisierungen ergeben sich aus der indirekt erlebten Gewalt, die einhergehen kann mit Vernachlässigung, Überforderung und sozialer Benachteiligung der Söhne und Töchter (Heynen, 2001).

Die Gewalterlebnisse können zu erheblichen altersabhängigen Beeinträchtigungen der körperlichen, emotionalen, kognitiven und sozialen Entwicklung führen. Belastungsfaktoren wie Alkoholabhängigkeit und psychische Erkrankung eines Elternteils sowie Risikofaktoren wie Armut und beengte Wohnverhältnisse erhöhen die Wahrscheinlichkeit weiterer Störungen (Laucht/ Esser/Schmidt, 2000; Meyer-Probst/Reis, 1999). Konflikte in Kindertageseinrichtungen und Schulen sind möglicherweise die Folge (vgl. u.a. Kavemann, 2000; Kindler, 2002). Studien des Kriminologischen Forschungsinstituts sowie die Hallenser Gewaltstudie zeigen, dass häusliche Gewalt vor allem bei Jungen den Hintergrund für Gewalt und Straffälligkeit bilden kann (Bannenberg/Rössner, o.A.).

Strategien gegen Gewalt

Gesetze erweitern Schutzmöglichkeiten und setzen Signale bezüglich sich verändernder gesellschaftlicher Normen. Zu ihnen gehören unter anderem der Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung (SGB VIII, § 8a), das Polizeigesetz (PolG), das Gewaltschutzgesetz (GewSchG) und das Kinderrechteverbesserungsgesetz (KindRVerbG, § 1666a, BGB).

Ein weiterer wichtiger Baustein ist Aufklärung über häusliche Gewalt. Pressekonferenzen, Veranstaltungen, Plakate, Broschüren und Falbblätter über Gesetzesänderungen, Belastungen, Hilfsangebote und Interventionsmöglichkeiten tragen dazu bei, dass sich Normen durchsetzen,

Forum 3

Durch häusliche Gewalt eingeschlossen – am Ende ausgeschlossen? Gewalt an Frauen und Kindern

Häusliche Gewalt beeinträchtigt Kinder sehr. Doch aus Loyalität zu den Eltern und aus Hilflosigkeit, machen sie sich kaum als Betroffene bemerkbar. Diese Gewalt, die vor allem männliche Gewalt ist, wird ohne Intervention zum prägenden Bestandteil der Sozialisation für diese Mädchen und Jungen. Zu den Hilfen bei häuslicher Gewalt wurden in den vergangenen Jahren wichtige Verbesserungen rechtlicher als auch sozialer Art eingeführt. Auch für die von Partnerkonflikten und häuslicher Gewalt betroffenen Kinder sind inzwischen Angebote entwickelt worden. Der Platzverweis hat wichtige ordnungspolitische und helfende Interventionen ermöglicht. Familien werden oft allzu vereinfachend als Ressourcen für Erziehung, Bildung und soziale Einbettung gesehen und sollen für leistungsfähigen Nachwuchs der Gesellschaft sorgen. Familiäre Konflikte werden als peinlich empfunden und als persönliches Versagen abgestempelt. Wie können in Zukunft Schwellen zur Annahme von Hilfen abgebaut werden und welche weiteren Schritte zum Abbau häuslicher Gewalt sind zu entwickeln?

Bei 64 Prozent der Betroffenen hatten die Gewalthandlungen Verletzungen zur Folge. Auch Männer berichten von Gewalt durch ihre Partnerin. Allerdings handelt es sich hierbei eher um leichte Gewalthandlungen, die seltener Verletzungen mit sich bringen und kaum Angst auslösen.

Johnson (2005; vgl. auch Johnson/Leone, 2005) unterscheidet ausgehend von nordamerikani-

für Kinder im Kontext häuslicher Gewalt das Risiko, sexuell missbraucht zu werden (Hammer, 1989; Farmer/Owen, 1995; zit. in: Kavemann, 2000 sowie Kindler, 2003).

Belastungen

Zu den unmittelbaren Auswirkungen der häuslichen Gewalt auf Kinder gehören ihre Zeugung durch eine Vergewaltigung (Heynen, 2003), Schwangerschaftskomplikationen und Fehlge-

Unterstützungsangebote bekannt werden und das soziale Umfeld ermutigt wird, Stellung gegen Gewalt zu beziehen.

Bedeutsam ist es, auch Kinder darüber zu informieren, wie sie Hilfe erhalten können. Beispiel dafür sind eine Homepage (<http://www.kidsinfo-gewalt.de>) sowie ein Informationsblatt, das die Erläuterung des Platzverweises entweder bei einem Polizeieinsatz oder danach unterstützen kann (Kinderbüro der Stadt Karlsruhe, 2005).

Voraussetzung für eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit ist, dass spezifische Angebote vorhanden sind. Frauen beziehungsweise Mütter finden in vielen Kommunen Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen bis hin zu Interventionsstellen vor, die ihren unterschiedlichen Beratungsbedarf berücksichtigen (Helferich/Kavemann, 2004) und sie in ihrer Rolle als Mütter stärken (z.B. Heynen, 2006).

Gewalttätige Männer werden unter anderem durch soziale Trainingskurse und individuelle Beratung angesprochen. Relativ offen ist, wie das Thema Vaterschaft in die Arbeit sinnvoll integriert (s. auch Liel, 2005; Hafner, 2005) und der Zugang zu den bestehenden Angeboten, etwa über gerichtliche Auflagen, verbessert werden kann. Vor dem Hintergrund der Gefahr, dass die Gewalt bis zu Tötungsdelikten eskalieren kann, wird zunehmend, etwa in Unna und in Baden-Württemberg, die sogenannte Gefährderansprache als Strategie umgesetzt (Stürmer, 2005a, 2005b).

Während die Situation der Kinder lange wenig Beachtung gefunden hat, wird häusliche Gewalt mittlerweile als ein ernst zu nehmender Hinweis auf eine mögliche Kindeswohlgefährdung angesehen. In Handlungsempfehlungen des Allgemeinen Sozialen Dienstes und in standardisierten Vorgehensweisen wird das Thema aufgenommen (z.B. Stadt Karlsruhe, 2006; vgl. auch BiG e.V., 2005). Nach einem Platzverweis und der Information per Fax durch die Polizei ist es Aufgabe des Jugendamtes, einer möglichen Kindeswohlgefährdung nachzugehen. So können wei-

terführende Hilfen vermittelt und familiengerichtliche Verfahren initiiert werden, wenn Eltern trotz erheblichem Bedarf keine Hilfen annehmen.

Psychologische Beratungsstellen und freie Träger bieten vereinzelt explizit Beratung und Unterstützung im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt an. Träger der Jugendhilfe können im Rahmen ihrer Leistungen nach dem SGB VIII (zum Beispiel sozialpädagogische Familienhilfe, soziale Gruppenarbeit oder stationäre Jugendhilfe) auf kindliche Belastungen durch häusliche Gewalt eingehen (für eine ausführliche Darstellung verschiedener Ansätze s. Kavemann/Kreyszig, 2005). Im Hinblick auf die längerfristige Unterstützung haben sich neben Einzelberatungen Gruppenangebote, die auch geschlechtsbezogene Perspektiven berücksichtigen, als sinnvoll erwiesen. Diese werden sowohl innerhalb (Dürmeyer/Maier, 2006) als auch außerhalb der Frauenhäuser (Gauly/Traub, 2006) durchgeführt. Darüber hinaus werden Erfahrungen häuslicher Gewalt im Rahmen von Gruppen für gewalttätige Jugendliche berücksichtigt (Liel, 2005).

In der direkten Arbeit mit Kindern können Arbeitsmaterialien zum Einsatz kommen, die für Mädchen und Jungen entwickelt wurden (etwa der Videofilm „Kennst du das auch?“, Leeds Animation Workshop, 1999; oder das Kinderbüchlein „Zu Hause bei Schulzes“, AK Kinder und häusliche Gewalt, 2005).

Schlussfolgerungen

Für die Zukunft wird es wichtig sein, die Kooperation mit weiteren Akteurinnen und Akteuren auszubauen (Kavemann, 2004). Das Gesundheitswesen und hier vor allem Kliniken mit Notaufnahmen sowie die Bereiche Gynäkologie, Allgemeinmedizin, Pädiatrie und Psychiatrie sind genauso wichtig wie Kindertageseinrichtungen (Borris, 2005) und Schulen. Ausgehend von einer Ausstellung mit Bildern von Kindern zu häuslicher Gewalt, die 2005 in Karlsruhe im Polizeipräsidium gezeigt wurde, entsteht Material, das die Bearbeitung des Themas in der Schule erleichtern soll. In Berlin startet ein neues Projekt

der Berliner Interventionszentrale bei häuslicher Gewalt zur Prävention an Schulen in Kooperation mit der Jugendhilfe (<http://big-interventionszentrale.de/mitteilungen/archiv.htm>).

Verbunden mit der Ausweitung der Kooperation ist eine Differenzierung der Unterstützungsangebote. Gewalt in der Partnerschaft hat vielfältige Formen und geht mit unterschiedlichen Belastungen der Betroffenen einher. Ein wichtiges Ziel bleibt die weitestgehend barrierefreie Inanspruchnahme von Hilfen. Sprachprobleme, Unkenntnis über die Infrastruktur und Mobilitätsbeschränkungen – dies gilt vor allem für besonders gewaltbelastete Bevölkerungsgruppen und Menschen mit Migrationserfahrung – müssen überwunden werden.

Neue Herausforderungen ergeben sich aufgrund einer veränderten Vorgehensweise bei Trennung und Scheidung, angeregt durch das sogenannte Cochemer Modell und den Referentenentwurf „Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG-Reformgesetz)“. Nach dem FGG-Reformgesetz § 165 (Beschleunigungsgebot, Hinwirken auf Einvernehmen) sollen Eltern zu einer einvernehmlichen Lösung und gegebenenfalls zur Inanspruchnahme von Beratungsangeboten motiviert werden. Unumgänglich ist es, Eltern aus einem solchen Verfahren auszuschließen, bei denen es im Verlauf der Trennung, aber auch danach bei Kontaktsituationen zu einer Gewalteskalation und zu einer anhaltenden Gefährdung der Gewaltopfer kommen kann. Ist die Beziehung der Eltern von Kontrolle und Gewalt geprägt, muss zunächst der sofortige Schutz der Gewaltopfer im Vordergrund stehen (vgl. BiG, 2002). Eine differenzierte Gefahrenprognose, die Einschätzung der Erziehungskompetenz und zugehende Angebote, auch gegenüber der gewalttätigen Person, sind wichtige Strategien.

Große Anstrengungen gelten der Sicherung des Erreichten durch eine nachhaltige Finanzierung der Angebote für Kinder, aber auch für Gewaltopfer und -täter beziehungsweise -täterinnen.

Wirkungsvoll sind nicht einzelne Maßnahmen, sondern ein abgestimmtes Bündel verschiedener Strategien, die auf unterschiedliche Gruppen abzielen. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt deutlich, dass sich das Engagement lohnt und viele positiven Veränderungen zu mehr Gewaltfreiheit führen können.

*Dr. Susanne Heynen, Kinderbüro Karlsruhe
Literaturliste unter www.ajs-bw.de/Aktuelle-Ausgaben.html*

Iris Enchelmaier

Wenn Gewalt gegen Frauen und Kinder eskaliert

Einsätze bei häuslicher Gewalt gehören seit eh und je zum polizeilichen Alltag – dann, wenn die Gewalt eskaliert, wenn die Frau, die Nachbarn oder Passanten zum Telefon greifen und die Notrufnummer wählen. Doch bis vor vier Jahren waren der Polizei die Hände gebunden. Ihr Auftrag lautete: Schlichtung. War die Frau in Gefahr, blieb ihr nur die Flucht ins Frauenhaus. Mit Inkrafttreten des Gewaltschutzgesetzes am 1. Januar 2002 hat sich das Blatt grundlegend gewendet. Seitdem kann die Polizei den Täter aus der Wohnung verweisen, ihm die Hausschlüssel abnehmen. Sind weitere Übergriffe zu befürchten, spricht das Amt für öffentliche Ordnung einen Platzverweis von mehreren Tagen aus. Ist dieser Schutz nicht ausreichend, kann die Betroffene im Rahmen des Gewaltschutzgesetzes weitere Maßnahmen wie eine Wohnungszuweisung für mehrere Monate, eine Schutzzone um Wohnhaus oder Arbeitsplatz sowie eine Kontaktsperre beim Familiengericht beantragen.

Doch wie geht es nach dem Platzverweis weiter? Viele Frauen sind zum ersten Mal völlig auf sich alleine gestellt, sind verunsichert, haben existenzielle Ängste oder sind traumatisiert. Trotzdem müssen sie innerhalb kürzester Zeit weitreichende Entscheidungen treffen: Steht eine Trennung an oder gibt es noch eine Chance für ein gemeinsames Leben? Wie kann ich meine finanzielle Existenz sichern? Wie schütze ich mich vor weiterer Gewalt? Was kann ich für mei-

ne Kinder tun? Um Frauen in dieser Ausnahme-situation zu unterstützen, wurde in Stuttgart die Fraueninterventionsstelle (FIS) eingerichtet. Träger sind in Kooperation Frauen helfen Frauen Stuttgart e.V. und die Landeshauptstadt Stuttgart.

In Stuttgart jedoch ist der Zugang zur FIS – im Gegensatz zu vielen anderen Städten in Baden-Württemberg – aufgrund datenschutzrechtlicher Bestimmungen kein direkter. Erstanlaufstelle in der Interventionskette ist der Allgemeine Sozialdienst (ASD) des Jugendamtes. Er wird über alle Vorkommnisse informiert. Sind Kinder mit betroffen, wird der ASD umgehend tätig. Frauen ohne Kinder steht es frei, eine Beratung beim ASD in Anspruch zu nehmen. Dort erfahren sie auch von der Fach- und Krisenberatungsstelle FIS. Wurde der Platzverweis nur für fünf oder weniger Tage ausgesprochen, ist es für die Frauen schwierig, in diesem Zeitraum alle Angebote auszuschöpfen. Auch eine Verlängerung des Platzverweises muss vor Ablauf der verordneten Frist beantragt werden. Nicht selten sind die Frauen mit dieser Fülle an Aufgaben überfordert und nicht in der Lage, sich innerhalb weniger Tage in ihrer neuen Lebenssituation zurechtzufinden, sich zu orientieren, zu informieren und erforderliche Schritte einzuleiten. Erfreulich ist, dass inzwischen viele Polizeibeamten/innen die Frauen bereits beim Einsatz über die Angebote der FIS informieren, sodass diese selbst einen Beratungstermin vereinbaren können.

Wichtig ist auch, die Kinder nicht aus den Augen zu verlieren. Häufig sind sie selbst Opfer von Gewalt geworden oder sie haben miterlebt, wie die Mutter gedemütigt, beschimpft, geschlagen wurde – oft jahrelang. Nicht selten behalten sie das, was sie gesehen haben, für sich – aus Scham und dem Gefühl der Loyalität beiden Eltern gegenüber. Viel leichter fällt es diesen Mädchen und Jungen, sich bei einer neutralen Person zu öffnen und über ihre Ängste zu sprechen. Die Fraueninterventionsstelle reagierte auf diese besondere Anforderung in Kooperation mit dem Kinderschutzzentrum Stuttgart mit einem Angebot, das in Deutschland einmalig ist: Während

die Mütter von einer Mitarbeiterin der FIS beraten werden, haben die Kinder die Möglichkeit, mit einer Therapeutin des Kinderschutzzentrums über ihre Erlebnisse zu sprechen oder im Spiel zum Ausdruck zu bringen. Auf diese Weise können die Erfahrungen vielfach verarbeitet werden.

Darüber hinaus stehen den Mädchen und Jungen weitere Angebote zur Verfügung: Die kunsttherapeutische „Arbeit am Tonfeld“ im städtischen Frauenhaus, zwei Mädchengruppen bei Frauen helfen Frauen e.V. und eine gemischtgeschlechtliche Gruppe im Kinderschutzzentrum. Bis Ende 2007 sind diese Unterstützungsangebote finanziell gesichert, dann bleibt zu hoffen, dass sie in die Regelfinanzierung aufgenommen werden.

*Iris Enchelmaier, Fraueninterventionsstelle,
Frauen helfen Frauen e.V.*

Uwe Stürmer

Sind Partnertötungen vorbeugend zu verhüten?

„Bis dass der Tod euch scheidet...“ – dieser berühmte Satz wird manchmal auf brutale Weise Wirklichkeit. Warum töten Menschen jemand, mit dem sie einmal in Liebe verbunden waren? Töten Männer ihre Partnerin, so paradox das zunächst anmuten mag, um sie nicht zu verlieren, gewissermaßen nach dem Motto: „Wenn ich sie nicht haben kann, soll sie keiner haben“? Blickt man in die überregionalen Tageszeitungen, vergeht kaum ein Tag, an dem nicht über Tötungsdelikte im sozialen Nahraum berichtet wird. Häufig ist es die Frau oder Lebensgefährtin, die – meist vom eigenen Partner – getötet wird. Oft werden solche Fälle als „Familiendramen“ betitelt. Lässt sich ein Teil dieser Taten bereits im Vorfeld erkennen?

Eines ist vielen Partnertötungen gemein: Bei näherem Hinsehen fällt auf, dass etliche der tödlich verlaufenden Gewalteskalationen in Partnerschaften nicht plötzlich und unerwartet erfolgt sind, sondern den traurig-tragischen Schlusspunkt von heftigen, teilweise jahrelangen ge-

walttätigen Auseinandersetzungen bilden, die – zumindest im Umfeld von Opfer und Täter – häufig bereits bekannt waren. In nicht wenigen der tödlich endenden Fälle zeigt sich sogar, dass die Opfer von den späteren Tätern davor bereits konkret mit dem Tode bedroht worden waren, was allerdings in vielen Fällen bei der Polizei nicht bekannt wurde. Häufig kommt es auch nicht zur Ausführung der angedrohten Straftat. Entsprechende Fälle deshalb aber auf die leichte Schulter zu nehmen und darauf zu vertrauen, dass es „schon irgendwie gut ausgeht“, birgt beträchtliche Risiken und ist weder ethisch vertretbar noch unter Opferschutzaspekten hinnehmbar.

Zielsetzung eines professionellen polizeilichen Einschreitens bei Bedrohungserkenntnissen, vor allem in Paarbeziehungen, ist

- die differenzierte Gefahrenprognose: frühzeitig relevante Risikofaktoren zu erkennen, die die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass der Bedrohung weitere, vor allem massiv gegen die körperliche Unversehrtheit (bis hin zur Tötung) der Opfer gerichtete Straftaten folgen;
- der proaktive Opferschutz: einen hinreichend effektiven Schutz der Opfer vor weiterer Gewalt zu gewährleisten;
- das konsequente niederschwellige Einschreiten gegen den Störer/Drohenden/Gefährder: die Effektivität der polizeilichen Intervention zur Gefahrenabwehr besonders auf den Täter zu erhöhen, um weitere Straftaten bis hin zur Tötung zu verhindern;
- die Handlungssicherheit: das polizeiliche Einschreiten bei Bedrohungserkenntnissen im Kontext von Paarbeziehungskonflikten zu verbessern und den damit befassten Beamten/innen Entscheidungskriterien für eine qualifizierte Gefahrenprognose und mögliche Interventionsansätze an die Hand zu geben.

Im Kern geht es also darum, sensibel vorzugehen und Fälle, in denen sich Paare trennen und Frauen von ihren ehemaligen Partnern bedroht werden, ernst zu nehmen und frühzeitig und konsequent einzuschreiten. Als zentrales konflikt-

verschärfendes Merkmal ist dabei die vom Beziehungstäter für entscheidend erklärte sogenannte letzte Aussprache anzusehen. Vor dem Hintergrund der kriminologischen Erkenntnisse gilt es, im Rahmen eines fortentwickelten Platzverweisverfahrens gegen häusliche Gewalt das polizeiliche Einschreiten zu optimieren. Dies gilt besonders nach (Mord-)Drohungen (unabhängig davon, ob ein Platzverweis ausgesprochen wurde) und muss durch eine qualifizierte Gefährdungsprognose und gegebenenfalls die konsequente Durchführung einer Gefährderansprache erfolgen. Hierzu ist es erforderlich, auch Bedrohungserkenntnisse außerhalb bereits akut vorliegender Lagen sensibel und differenziert zu betrachten und grundsätzlich ernst zu nehmen. Dies gilt sowohl für das Opferumfeld als auch für die Polizei. Polizeiliche Maßnahmen alleine greifen aber zu kurz. Um den Gewaltopfern frühzeitige und umfassende Hilfe zu bieten, ist es erforderlich, dass die polizeilichen Interventionsmaßnahmen in ein Gesamtkonzept aller örtlichen Verantwortungsträger eingebunden sind. Daher müssen spezifische Netzwerke initiiert beziehungsweise die bereits bestehenden Strukturen zur Bekämpfung der Gewalt in engen sozialen Beziehungen in diesem Sinne weiter ausgebaut werden. Im Rahmen dieser Netzwerkoperationen sollte dabei ein möglichst ganzheitliches Fallmanagement angestrebt werden.

Die bislang vorliegenden Erkenntnisse deuten darauf hin, dass versuchte und vollendete Tötungsdelikte in Paarbeziehungen durch gezielte und frühzeitige polizeiliche Interventionen zumindest teilweise zu verhüten sind. Daher sollte das vorhandene Optimierungspotenzial zur Verhinderung von Gewaltdelikten in Paarbeziehungen nach vorausgegangenen Bedrohungen sowie bei entsprechenden Gefährdungslagen für die Fortentwicklung der polizeilichen Handlungskonzepte genutzt werden. Polizeiliche Erfahrungen aus entsprechenden Projekten und aus anderen Kriminalitätsbereichen (politisch motivierte Kriminalität, Landfriedensbruch, Gewalttäter Sport) belegen überzeugend die Wirksamkeit von Gefährderansprachen. Die individuelle Ansprache soll dem potenziellen Täter vor Augen füh-

ren, dass die Gefährdungslage bei der Polizei bekannt ist, ernst genommen wird und dass alle notwendigen (Schutz-)Maßnahmen zur Verhinderung einer gegebenenfalls angedrohten Tat durchgeführt werden.

Gefährderansprachen ermöglichen einerseits, dass sich der Gefährder mit einer außen stehenden Person (Polizeibeamt/in) aussprechen kann, andererseits minimiert die gezielte und konfrontative Ansprache die Gefahr einer Beziehungstat. Gerade bei Beziehungstätern wird regelmäßig eine Unfähigkeit zur Kommunikation in der Beziehung festgestellt, die dann zur Gewaltanwendung führt. Oftmals ist das Opfer der einzige vertraute Ansprechpartner des potenziellen Täters, sodass ihm der Zugang zu einer distanzierten Sichtweise und zu differenzierten Lösungsmöglichkeiten versagt bleibt. Durch die Gesprächsaufnahme des/der Beamten/in mit dem potenziellen Täter kann dessen Erregungszustand und Aggressionspotenzial zumeist reduziert und der Einstieg in eine gemeinsame Suche nach gewaltfreien Konfliktlösungsmöglichkeiten gefunden werden. Hohe Bedeutung kommt hier der Vermittlung an geeignete Beratungsstellen zu.

Insgesamt muss das Einschreiten bei qualifizierten Gewalthandlungen im sozialen Nahraum immer am konkreten Einzelfall orientiert erfolgen und ist nicht schematisch zu leisten. Über die qualifizierte Gefahrenanalyse und die gezielte Gefährderansprache hinausgehend sind deshalb weitere Schritte gegen den Gefährder zu prüfen. Hier können verschiedene Maßnahmen die Handlungsmöglichkeiten des Gefährders einschränken und damit – vorbehaltlich einer individuellen Prüfung – die Gefahren für das Opfer erheblich reduzieren. Dazu gehören zum Beispiel Platzverweis, gegebenenfalls Annäherungsverbot, Wohnungswegweisung/Rückkehr- und Kontaktverbot, Prüfung der Verfügbarkeit von Waffen, Demobilisierung des Gefährders (zum Beispiel durch Sicherstellung des Fahrzeugschlüssels), Meldungen an Fahrerlaubnis- und Waffenbehörden zur Klärung der charakterlichen Eignung, Androhung und gegebenenfalls Vollzug

von Gewahrsam, Unterbringung nach den einschlägigen Bestimmungen.

Verbesserter Opferschutz erfordert neben täterorientierten Maßnahmen auch eine Intensivierung opferorientierter Maßnahmen. Hierzu gehört auch die weitere Sensibilisierung der Öffentlichkeit zur Thematik der Gewalteskalation in Paarbeziehungen. Durch themenspezifische Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit soll das frühzeitige Einschalten der Polizei zur Prüfung der Gefährdungslage gezielt gefördert werden, um damit die Erkennbarkeit relevanter Bedrohungslagen und die Mitteilungsbereitschaft der Bevölkerung beziehungsweise das Anzeigeverhalten der Betroffenen zu erhöhen.

Uwe Stürmer,
Innenministerium Baden-Württemberg

Forum 4

Prävention und Intervention bei sexueller Gewalt Zwischen Professionalisierung und Marginalisierung

Das Erleben von sexueller Gewalt hinterlässt wie alle Formen von Misshandlung tiefe Spuren im Leben der betroffenen Mädchen und Jungen. Es beeinträchtigt alle Lebensbereiche: Das Verhältnis zu sich selbst, zum eigenen Körper, das Vertrauen in sich sowie das Eingehen von Beziehungen werden geschädigt und der Alltag ist davon überschattet. Sexuelle Übergriffe finden vor allem in bestehenden Beziehungen statt. Sexuelle Gewalt wird zudem auch durch die neuen Medien in intensivierter Form verbreitet. Durch gezielte Prävention und Intervention sollten Zugänge zu Hilfeangeboten und pädagogischer Begleitung ermöglicht werden. Aus unterschiedlichen Blickrichtungen soll dieses Feld des Kinderschutzes betrachtet werden: Aus der Perspektive einer Beratungsstelle, aus der von betroffener Jungen und aus Sicht eines Projekts zur Prävention von sexueller Gewalt durch Chats und neue Medien. Wie lassen sich Bagatellisierung und Diskriminierungen abbauen? Wie können flächendeckende, niedrighschwellige Angebote, spezialisierte Hilfeangebote und kontrollierende Maßnahmen abgesichert und fachlich weiter entwickelt werden?

Angela Blonski

Prävention und Intervention bei sexueller Gewalt

Rahmenbedingungen der Arbeit

Die Liliith-Beratungsstelle wurde als spezialisierte Beratungsstelle für von sexuellem Missbrauch betroffene Mädchen und Jungen offiziell im

März 1992 eröffnet. Die Trägerschaft liegt beim Verein Liliith, einem Mitglied des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Die Liliith-Beratungsstelle arbeitet in der LAG (Landesarbeitsgemeinschaft) der feministischen Beratungsstellen gegen sexualisierte Gewalt an Frauen, Mädchen und Jungen in Baden-Württemberg. aktiv mit

Das Team der Beratungsstelle ist interdisziplinär zusammengesetzt und besteht aus fünf fest angestellten Frauen – alle in Teilzeit – und zwei Honorarkräften. Das Leistungsspektrum der Beratungsstelle umfasst vier Aufgabenfelder:

- Beratung und Therapie für Kinder und Jugendliche, die sexuellen Missbrauch oder andere Formen sexualisierter Gewalt erleben mussten.
- Beratung für Mütter, Väter und andere unterstützende Familienangehörige oder Bezugspersonen sowie für Fachkräfte.

Präventive Arbeit im Sinne von pädagogischen Angeboten für Gruppen oder Schulklassen zur Stärkung des Selbstbehauptungspotenzials der Mädchen und Jungen,

- Informationsveranstaltungen für Eltern und Fachkräfte, Öffentlichkeitsarbeit.
- Fortbildung von Fachkräften und Entwicklung eines regionalen Netzwerkes aller mit

dem Thema befassten Fachkräfte und Institutionen.

Das Leitziel der Beratungsstelle ist der Schutz von Mädchen und Jungen vor sexualisierter Gewalt. Diesem Ziel sind alle anderen Ziele untergeordnet. In unserer Arbeit haben wir es mit verschiedenen Formen sexualisierter Gewalt zu tun. Der Schwerpunkt der Beratungsarbeit liegt im

Bereich sexuellen Missbrauchs, zum Teil verbunden mit Kinderpornografie. Es geht aber auch um einmalige Vergewaltigungen vor allem jugendlicher Mädchen, um sexuelle Übergriffe unter Kindern und in seltenen Fällen um Exhibitionismus. Insgesamt wurden im Jahr 2005 162 Fälle sexualisierter Gewalt oder des Verdachts auf sexuellen Missbrauch bearbeitet.

Aktuelle Problemfelder

Diese Auflistung beruht auf den aktuellen Erfahrungen in der Liliith-Beratungsstelle. Sie kann an dieser Stelle nur schlaglichtartig erfolgen und erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit.

Beratung und Therapie für Mädchen und Jungen:

Auffallend in der Arbeit der letzten zwei bis drei Jahre ist, dass vor allem den jugendlichen Mädchen häufig stabile, präzente und empathische Bezugspersonen fehlen. Aus unterschiedlichsten Gründen fallen auch die Mütter oft als Unterstützung aus. So muss neben der Auseinandersetzung mit der erlebten sexuellen Gewalt in der Beratung viel an „Mütterlichkeit“ und Orientierung im Lebensalltag, an Alltagsstabilisierung und konkreten Hilfestellungen geleistet werden. Die Folge ist eine Verlängerung der Beratungs- und Therapieprozesse. Die Jungen, die unsere Beratungsstelle nutzen, sind im Vor- und Grundschulalter. Ältere Jungen werden – wenn überhaupt – nur indirekt über die Beratung der Bezugspersonen erreicht.

In etwa einem Drittel der Fälle, in denen wir von sexualisierter Gewalt ausgehen müssen, handelt es sich um jugendliche Täter. Immer häufiger hatten wir es in letzter Zeit mit sexuellem Missbrauch an jüngeren Geschwistern zu tun. Besonders hinderlich für unsere Arbeit ist das fehlende adäquate Angebot für jugendliche Täter in unserer Region.

Schwierig bleibt das Thema der Strafverfolgung bei Vergewaltigungen. Da die Mädchen oft aufgrund der traumatischen Situation erstarren, ist eine deutliche Gegenwehr nicht nachweisbar. Auch ihre Vorgeschichte ist den Mädchen hinsichtlich einer Strafanzeige hinderlich, wenn sie

beispielsweise nicht gelernt haben, gefährdende oder risikoreiche Situationen zu erkennen.

Beratung für Bezugspersonen und Fachkräfte: Eine besondere Zerreißprobe für die Familie stellt der erwähnte sexuelle Missbrauch an Geschwistern da. Angemessene Hilfe für die Familie erfordert auch ambulante und stationäre Angebote für jugendliche Sexual(straf)täter.

Schwierig bleibt der Schutz von jungen Kindern (Vorschul- und Grundschulalter) vor sexualisierter Gewalt, vor allem wenn es sich um den Vater als (mutmaßlichen) Täter handelt. Geht es beispielsweise um die Aussetzung von Besuchskontakten im Rahmen von familienrechtlichen Verfahren, so wird in aller Regel von den Richter/innen die Erstellung eines Gutachtens veranlasst. Oft stehen die Ergebnisse dieser Gutachten konträr zu den Einschätzungen der örtlichen Fachkräfte, die häufig sehr viel länger und intensiver mit Mutter und Kind gearbeitet haben. In aller Regel lässt sich ein sexueller Missbrauch im Rahmen dieser Gutachten nicht nachweisen. Da zusätzlich regelmäßig die Wichtigkeit des Vaterkontaktes betont wird, ist ein Schutz dieser Kinder schier unmöglich.

Angestiegen sind vor allem im letzten Jahr die Anfragen nach Beratung von Eltern und Fachkräften bei sexuellen Übergriffen unter Kindern. Dieses Thema löst bei allen Beteiligten viele Emotionen und Unsicherheiten aus. Leicht können daraus Konflikte unter den Eltern oder in den Einrichtungen entstehen.

Prävention

Für die Präventionsarbeit stellen sich viele neue Themen. Vor allem für die Elternarbeit und die Information und Fortbildung von Fachkräften stellt das gerade beleuchtete Problemfeld der sexuellen Übergriffe von Kindern eine Herausforderung dar. Informationen zu der psychosexuellen Entwicklung von Kindern sind ebenso nötig wie zu den Unterschieden zwischen Doktorspielen und sexuellen Übergriffen. Die rasante Entwicklung der neuen Medien bietet neue Aktionsfelder für sexuelle Belästigungen und sexu-

elle Gewalt. Gefahren im Internet und speziell in Chaträumen sowie Handygewalt sind besonders aktuelle Themen, die Eingang in die Präventionsarbeit finden müssen.

Speziell in Pforzheim und im Enzkreis haben wir das Problem, dass unter anderem durch ein Faltblatt für Mädchen und Jungen zwischen acht und zwölf Jahren, das wir an alle Schulen in unserem Einzugsbereich verschickten, die Nachfragen nach unserem Präventionsprojekt für Grund- und Förderschulen enorm angestiegen sind. Diese eigentlich erfreuliche Entwicklung wird getrübt durch unsere zu geringen personellen und finanziellen Ressourcen.

Resümee

Das Arbeitsfeld weitet sich aus. Differenzierung und Professionalisierung nehmen in den spezialisierten Beratungsstellen zu. Dem stehen sinkende Finanzmittel gegenüber. Ein bedarfsgerechter Ausbau der Arbeit ist nicht möglich. Sparpolitik und Kinderschutz vertragen sich nicht.

Angela Blonski, Leiterin der Lilith-Beratungsstelle in Pforzheim

Ulfert Boehme

Was fehlt in der Arbeit mit von sexueller Gewalt betroffenen männlichen Jugendlichen?

Zunächst einmal fällt auf, dass es für von sexueller Gewalt betroffene Jungen und Männer in ganz Deutschland nicht einmal fünf Spezialberatungsstellen gibt. Ein Vergleich damit, wie spezialisierte Hilfsangebote für von sexueller Gewalt betroffene Mädchen und Jungen in Anspruch genommen werden, ergibt deutliche, geschlechtsspezifische Unterschiede (dies ist eine Tendenz, selbstverständlich gibt es Abweichungen und Ausnahmen):

Betroffene Mädchen/junge Frauen

- ☐ sind häufig Selbstmelderinnen,
- ☐ haben häufig eine große Offenheit, über erlittene sexuelle Gewalt zu sprechen,

- ☐ zeigen großes Interesse an Heilung und Bewältigung,
- ☐ haben Bezugspersonen/überweisende Personen (Eltern, Pädagog/innen), die engagiert und von der Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit einer Hilfe überzeugt sind.

Betroffene Jungen/junge Männer

- ☐ sind sehr selten Selbstmelder,
- ☐ zeigen große Hemmungen, über die erlittene Gewalt zu sprechen, sich als Opfer sexueller Gewalt zu sehen und sehen zu lassen,
- ☐ äußern wenig Interesse an Bewältigung/Heilung, sondern eher die Haltung: Mir geht es gut,
- ☐ haben oft zögerliche Bezugspersonen, die Zweifel an der Notwendigkeit oder Sinnhaftigkeit von Hilfe äußern.

Zum einen gibt es also für männliche Betroffene zu wenig sichtbare oder erreichbare Hilfsangebote. Zum anderen scheinen Jungen die bestehenden Angebote kaum zu nutzen. Aus diesen Beobachtungen leiten sich die zentralen Probleme der von Gewalt betroffenen Jungen ab.

Jungen als Opfer von (sexueller) Gewalt sind systematisch unterversorgt

Wie beschrieben, gibt es zu wenig jugengerechte Hilfsangebote. Es ist unzureichend (und darin besteht eine systematische Diskriminierung männlicher Opfer), darauf zu warten, dass betroffene Jungen und Männer sich selbstständig Hilfe suchen. Das heißt, die Organisation und Struktur der Hilfsangebote ist offensichtlich unangemessen und geht an den Bedürfnissen und Besonderheiten der männlichen Klientel vorbei.

Mögliche Lösungswege

Hilfsangebote für Jungen müssen jugengerecht gestaltet sein, das heißt, Genderaspekte berücksichtigen. Dafür müssen sich die Profis auf Jungen einlassen, sich über deren Lebenswelten informieren, Männer und Frauen müssen ihre eigenen Jungen- beziehungsweise Männerbilder überprüfen. Existierende Hilfsangebote für Jungen müssen allen Jungen bekannt gemacht wer-

den. Dafür müssen Hilfsangebote für Jungen in eine systematische und kontinuierliche, sehr breit gefasste und vor allem zugehende Präventionsarbeit eingebettet sein. Mit anderen Worten: Es muss Jungenarbeit stattfinden. So kann im Rahmen einer Projektwoche in der Schule ein/e Beratungsstellenmitarbeiter/in sich und seine/ihre Arbeit den Jungen persönlich näherbringen, Hemmungen abbauen, Ängste reduzieren.

Jungen haben größte Probleme, sich als hilfebedürftig zu sehen und erkennen zu geben

Eine besondere Herausforderung besteht im Beraterisch-therapeutischen Umgang mit betroffenen Jungen, wenn sie im Hilfesystem gelandet sind. Jungen formulieren nämlich häufig trotz aller Belastung und schwerwiegender Konsequenzen durch die Gewalterfahrungen keinen eigenen Hilfebedarf und keinen Auftrag an die Helfer/innen. Damit fehlt Berater/innen und Therapeut/innen im traditionellen Beratungs- und Therapiesetting die Arbeitsgrundlage. Gleichwohl sind im Kontakt mit den Betroffenen und ihren Bezugspersonen das Leiden und der Hilfebedarf häufig nicht zu übersehen.

Herausarbeitung männlicher Opfererfahrungen

Alle Jungen – nicht nur die von Gewalt betroffenen Jungen – müssen auf den Umgang mit Hilflosigkeit und Hilfebedürftigkeit vorbereitet werden. Dazu gehört auch die Thematisierung körperlicher, seelischer und sexueller Gewalt gegen Jungen und Männer, das Herausarbeiten der Besonderheiten männlicher Opfererfahrungen und deren Folgen. Alle Jungen müssen zum Beispiel lernen:

- ❑ Das passiert auch Jungen (sexuelle Gewalt).
- ❑ Das passiert vor allem Jungen (körperliche Gewalt unter Gleichaltrigen).
- ❑ Hilfe holen ist cool, schlau, kompetent.

Dies kann nur im Rahmen einer flächendeckenden, kontinuierlichen und qualifizierten Jungenarbeit vermittelt werden. Es ist notwendig, gängige Beratungs- und Therapie-

konzepte zu überdenken und zu überarbeiten, und zwar unter dem Aspekt: Ist das für Jungen attraktiv und nutzbar? Berater und Therapeuten, die mit betroffenen Jungen arbeiten, können zum Beispiel

- ❑ Imaginationsübungen jungengerecht umschreiben,
- ❑ den Betroffenen Wissen über Missbrauchs-dynamiken, Folgen, Belastungen, jungentypische Ängste usw. vermitteln,
- ❑ davon ausgehen, dass es dem Jungen schlecht geht, er es aber nicht sagen/zeigen kann,
- ❑ überlegen, ob sie als männlicher Therapeut eine Hilfe, aber vielleicht auch eine Barriere sind,
- ❑ neue, angstreduzierende Methoden (EMDR, EFT und andere) erlernen und erproben.

Zusammenfassend müssen wir also zum einen Jungen generell auf den konstruktiven Umgang mit Hilflosigkeit und Überforderung vorbereiten, ihnen die Inanspruchnahme von Hilfe als auch männliche Bewältigungsform näherbringen. Zum anderen müssen wir unser traditionelles Beratungs- und Therapieangebot unter Berücksichtigung der bestehenden Bedürfnisse und Besonderheiten betroffener Jungen überprüfen und gegebenenfalls umgestalten.

*Ulfert Boehme, Psychologe und
Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*

Julia Gebrande

Schutz vor sexueller Gewalt im Internet

Das Internet ist heute ein alltägliches Medium, das viele Möglichkeiten eröffnet hat. Ob zur Informationssuche, zum Kontakt und Austausch mit Gleichgesinnten oder mit Freunden auf der ganzen Welt – durch Surfen, Chatten und Mailen ist dies alles leicht möglich. Lange Zeit gab es eine große Euphorie über den technischen Fortschritt und Kinder wurden schon frühzeitig an das neue Medium herangeführt, zum Beispiel in Kampagnen wie „Schulen ans Netz“. Oft sind

Kinder und Jugendliche am Computer heute sogar erfahrener als ihre Eltern und Lehrer/innen, zumindest was bestimmte Bereiche betrifft.

Unkenntnis über Risiken

Die häufige Unkenntnis der Eltern und Lehrer/innen darüber, was die Kinder im Internet machen und welchen Risiken sie im Netz ausgesetzt sind, stellt eine große Gefahr dar und öffnet Tür und Tor für Missbrauch. Es geht keinesfalls darum, das Internet zu verteufeln, doch es ist von zentraler Bedeutung, nicht nur die glänzende Seite der Medaille zu sehen, sondern auch ihre Kehrseite. Nur wer die Gefahren kennt, kann Kinder und Jugendliche schützen und für sie ein kompetenter Ansprechpartner sein.

Wer im Internet surft, weiß, wie schnell man ohne eigentliche Absicht auf pornografische Seiten gerät oder wie schnell plötzlich irgendwo ein Fenster aufgeht, das für „besondere Produkte“ wirbt. Für Kinder kann dies erschreckend und vielleicht auch eklig sein, wenn sie über Sexualität nicht wirklich Bescheid wissen und damit überrascht werden. Daher sollten kleinere Kinder nicht alleine surfen. Gerne nutzen Pornoanbieter auch typische kindliche Rechtschreibfehler, damit Kinder statt auf der von ihnen gewünschten Kinderseite auf einer pornografischen Site landen. Das ist auch deshalb kritisch, weil diese Seiten oft kostenpflichtig sind oder sich teure Dialer unbemerkt installieren können – was man oft erst an der nächsten Telefonrechnung sehen kann. Hier kann zumindest für jüngere Kinder Kinderschutzsoftware Abhilfe schaffen bieten.

Beim Einstellen von Fotos ins Internet auf eigenen Homepages oder Vereins- oder Schulseiten sollte jeder/m bewusst sein, dass jedes Foto im Netz frei zugänglich ist und von jeder/m heruntergeladen, kopiert und verändert werden kann. Gerade für kinderpornografisches Material werden immer wieder neue Kindergesichter und -körper benötigt, die man mithilfe von Fotomontage verarbeiten kann. Das sollten Kinder und Jugendliche wissen, die sich zum Beispiel einen „Spaß“ daraus machen, Fotos von Lehrer/innen oder Mitschüler/innen zu verunstalten.

Chaträume sind Treffpunkte im Internet, die neue Kontakte ermöglichen und/oder den Austausch mit anderen, zum Beispiel zu Themen wie Reiten, Freundschaftsbändchen, Fernsehserien oder Fanseiten von Popstars. Chatten ist unter Jugendlichen sehr beliebt. Sie verabreden sich häufig mit ihren Freundinnen und Freunden im Chat. Leider treiben sich dort aber auch zwielichtige Personen herum, die gezielt Jungen und Mädchen ansprechen. Sehr verbreitet ist die verbale sexuelle Belästigung im Chat (siehe: „Missbrauch im Chat“ auf www.zartbitter.de).

Sexuelle Übergriffe werden in der Regel langfristig geplant und verwirklicht. Täter, aber auch Täterinnen haben schon frühzeitig erkannt, welche Chancen das Internet für sie bietet, und es für ihre Zwecke genutzt. Am Anfang stand vor allem der Austausch von kinderpornografischem Material sowie von Tipps und Tricks, wie man leichter an Kinder und Jugendliche herankommen kann und mit welchen Vorgehensweisen man am besten zum Ziel kommt, die eigenen Bedürfnisse auf Kosten des Kindes zu befriedigen. Schnell wurde dabei deutlich, dass dies im Internet viel einfacher zu realisieren ist. Eine kanadische Studie hat herausgefunden, dass inzwischen 97 Prozent aller Fremdtäter über das Internet Kontakt zu ihren Opfern aufnehmen.

Die Kontaktaufnahme mit Kindern und Jugendlichen wird vor allem dadurch erleichtert, dass diese sich oft unbeaufsichtigt im Netz bewegen, dass es spezielle Chaträume gibt, die fast ausschließlich von Mädchen und Jungen besucht werden, und dass es ganz einfach ist, diese Kinder als fremde Person anzusprechen. Im realen Leben ist allein durch die unterschiedliche Körpergröße eine gewisse Distanz zwischen Kindern und Erwachsenen gegeben. Im Internet sind eigentlich alle gleich – Grenzen und Unterschiede zwischen Generationen, Großen und Kleinen, Dicken und Dünnen verschwimmen. Jeder duzt jeden, alle scheinen auf der gleichen Ebene und jede/r kann sich ihr/sein eigenes Profil zu rechtbasteln. Die 40-jährige Täterin gibt sich beispielsweise total cool als zwölfjähriger Schüler im Chat aus. So lassen sich natürlich viel leichter

Vertrauensverhältnisse aufbauen, die dann immer stärker sexualisiert werden können. Die Grenzen verschwimmen und der Übergriff wird vorbereitet. Täter/innen verwickeln die Kinder in Gespräche über sexuelle Erfahrungen oder erzählen über ihre eigenen Sexualpraktiken und Missbrauchspraktiken (siehe: Zartbitter e.V.).

Die sogenannten Bungee-Täter legen keinen Wert auf Vertrauensaufbau, sondern gehen direkt auf ihr Opfer zu und missbrauchen es. Sie übertragen beispielsweise exhibitionistische Handlungen mit einer digitalen Kamera auf den Bildschirm und genießen, wenn ihre „Zuschauer“ (oft irgendwelche fremden Kinder/Jugendliche) schockiert sind. Diese schnelle und harte Variante gibt den (oft auch jugendlichen) Täter/innen einen Kick – wie beim Bungeejumping.

Nicht alle Täter geben sich mit dem Kontakt in der virtuellen Welt zufrieden. Ein Ziel des Vertrauensaufbaus im Internet kann auch der persönliche Kontakt sein. So fragen viele nach dem richtigen Namen, Adresse, Telefon- oder Handynummer oder E-Mail-Adresse. Manche versuchen auch über „unverfängliche Fragen“ herauszubekommen, wo das Mädchen oder der Junge wohnt, um dann persönlich dort aufzutreten. Über E-Mail oder Telefon kann der Kontakt dann „intensiviert“ werden, viele Mädchen oder Jungen werden unter Druck gesetzt und mit Anrufen und/oder E-Mails terrorisiert. Es werden auch direkte Angebote gemacht zum „Aufbessern des Taschengelds“. Das Ziel ist das gleiche: ein Treffen in der realen Welt, um das Mädchen oder den Jungen zu missbrauchen. Häufig erklären die Täter den Kontakt dann zum „gemeinsamen Geheimnis“, erpressen oder bedrohen die Opfer, was es Kindern natürlich erschwert, sich zu öffnen und Hilfe zu holen. Wie beim klassischen Missbrauch beginnt so häufig ein Kreislauf von Hilflosigkeit, Angst, Geheimhaltungsdruck, Isolation und Ohnmacht.

Um diesem Thema gerecht zu werden, ist eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit und vor allem der Eltern, Lehrer/innen und Schüler/innen notwendig. Deshalb organisierte Wildwasser Ess-

lingen e.V. eine Veranstaltungsreihe mit der Bremer Journalistin Beate Schöning, die sich seit vielen Jahren mit der Thematik der sexuellen Übergriffe via Internet beschäftigt. Sie demonstrierte den Teilnehmer/innen, wie schnell sexuelle Übergriffe in Chaträumen passieren. Bei der dadurch provozierten großen Verunsicherung und Besorgnis bei den Eltern, Pädagog/innen und Fachkräften wollten wir nicht stehen bleiben. Daher initiierte Wildwasser Esslingen e.V. ein Gremium mit Vertreter/innen des Schul- und



Sportamts, der Frauenbeauftragten und des Projektes „buerger-gehen-online“, der Polizeidirektion Esslingen (Kriminalprävention), des Kreismedienzentrums, dem Stadtjugendring Esslingen, der Schulsozialarbeit und des Jugendgemeinderates. Als erste konkrete Maßnahme wurde ein Angebotspaket entwickelt, das sich an Eltern von Schülerinnen und Schülern richtet. Ziel dieser Reihe ist es, Eltern verschiedene Risikopotenziale der Internetnutzung zu erläutern und Handlungsansätze aufzuzeigen, wie Gefahren verringert und Kinder begleitet werden können.

Julia Gebrande, Wildwasser Esslingen e.V.
Zum Weiterlesen: www.kindersindtabu.de,
www.zartbitter.de

Astrid Zipfel

Gewalt in den Medien – Befunde der Medienwirkungsforschung

In der Forschung gibt es verschiedene Annahmen zur Wirkung von Mediengewalt:

- ❑ Katharsisthese: Mediengewalt ermöglicht eine unschädliche Aggressionsabfuhr. Diese These ist eindeutig widerlegt.
- ❑ Suggestionsthese: Mediengewalt wird nachgeahmt.
- ❑ Habitualisierungsthese: Mediengewalt führt zur Abstumpfung gegenüber Gewalt in den Medien und in der Realität.

Forum 5

Gewalt in den Medien – Gewalt in der Realität? Zwischen Fakten und Fiktionen

Gewaltlosigkeit gilt in unserer Gesellschaft als hoher moralischer Wert. Die Darstellung von Gewalt hingegen ist keineswegs geächtet. In den Medien begegnet sie uns in allen Genres und Formaten, vom Sport bis zum Spielfilm, von der Nachricht bis zur Talkshow. Jedoch scheinen damit auch Gefährdungen verbunden zu sein, allerdings eher für junge Menschen. Ihnen wird – nicht zuletzt durch die Medien selbst – eine steigende Gewaltbereitschaft unterstellt, weil sie gewalthaltige Medien nutzen. Bietet die steigende Zahl der Studien der Medienwirkungsforschungen die Aufklärung, die sie verspricht? Kann die Kriminalstatistik eine steigende Zahl gewalttätiger junger Täter/innen belegen? Die Medienwelt von Kindern und Jugendlichen ist für viele Erwachsene befremdlich. Sie können die Begeisterung nicht verstehen, die Fragen und Themen der Heranwachsenden kaum erkennen. Doch das ist wichtig, um den Blick nicht allein auf die Darstellung physischer Gewalt zu richten, sondern ebenso auf medial vermittelte Rollenstereotype oder problematische Weltbilder.

- ❑ Kultivierungsthese: Mediengewalt beeinflusst das Weltbild der Rezipient/innen und führt zum Beispiel zu Kriminalitätsfurcht.
- ❑ Erregungstransferthese: Erregende Medieninhalte intensivieren auf den Medienkonsum folgendes (positives und negatives) Verhalten.
- ❑ Stimulationsthese: Mediengewalt löst Gewaltverhalten aus, wenn Rezipient/innen frustriert sind und gewaltsamen Schlüsselreizen begegnen, die sie aus den Medien kennen.
- ❑ Lerntheorie: Menschen können durch Beobachtung Verhaltensmuster abstrahieren. Die Ausföhrung dieses Verhaltens hängt allerdings

von der Person des Rezipienten beziehungsweise der Rezipientin, seinem/ihrer sozialen Umfeld und der Art der Gewaltdarstellungen ab. Die Lerntheorie eignet sich am besten zur Einordnung bisheriger Forschungsbefunde.

Forschungsprobleme

Abgesehen davon, dass diese Wirkungsannahmen sehr heterogen sind, erschweren methodische Probleme eindeutige Aussagen zur Wirkung von Mediengewalt. Inhaltsanalysen sagen lediglich etwas über den Gewaltgehalt eines Mediums, das heißt über ein Wirkungspotenzial aus und nichts über die Wirkung selbst. Befragungen beruhen meist auf (häufig unzuverlässigen)

Selbstangaben; sie ermöglichen zwar die Feststellung von Korrelationen, können aber keine Aussagen über die Existenz von Kausalbeziehungen und Kausalitätsrichtungen treffen.

Langzeitstudien geben Aufschluss über kumulative Effekte und die Richtung von Zusammenhängen (sind Vielseher gewalttätig oder sind Gewalttäter Vielseher oder beides?), sind aber sehr aufwendig. Experimente können

nur kurzfristige Effekte feststellen. Je besser die Versuchssituation kontrolliert wird und je eher dadurch Kausalassagen möglich sind, desto eingeschränkter ist die Übertragbarkeit der Befunde auf die Realität. Außerdem ist es schwierig, Gewalt zu messen: Dies geschieht zum Beispiel durch problematische Instrumente wie Wortassoziationstests, Interpretation von Geschichten, physiologische Messungen oder indirekte Verhaltensmessungen wie zum Beispiel das Auslösen lauter Geräusche. Bei allen Untersuchungen ist es äußerst wichtig, potenzielle Drittvariablen zu berücksichtigen, die zu Schein-

korrelationen führen oder einen moderierenden (das heißt verstärkenden oder abschwächenden) Einfluss auf den Zusammenhang zwischen Mediengewalt und Gewaltverhalten besitzen können.

Forschungsbefunde

Wegen der Vor- und Nachteile der einzelnen Methoden und der heterogenen Forschungsansätze ist es wichtig, nicht die Befunde einzelner Studien, sondern die Ergebnisse der Medien- und Gewaltforschung insgesamt zu betrachten. Dabei zeigt sich folgendes Bild: Offensichtlich hat Mediengewalt Auswirkungen auf Meinungen, Gefühle sowie auf das Verhalten der Rezipient/innen. Diese Effekte sind allerdings sehr klein. Ein bis neun Prozent der Rezipient/innen-Aggression wird durch Mediengewaltkonsum erklärt. Dies spricht dafür, dass Mediengewalt nur ein Faktor zur Erklärung von Gewaltverhalten ist. Zudem können sich hinter einem niedrigen Durchschnittswert für alle Rezipient/innen starke Effekte für bestimmte Personen und bestimmte Arten von Gewaltdarstellungen verbergen. Zu diesen Risikofaktoren hat die Forschung folgendes festgestellt: Negative Folgen von Mediengewalt sind am ehesten zu erwarten bei jüngeren, männlichen, sozial benachteiligten Vielsehern, die bereits eine gewaltsame Persönlichkeit besitzen, in gewaltsamen Familien mit hohem Medien(gewalt)konsum aufwachsen, in der Familie viel Gewalt erfahren und gewaltsamen/delinquenten Peer-Groups angehören. Dies gilt vor allem, wenn sie Medieninhalte konsumieren, in denen Gewalt in einem realistischen und/oder humorvollen Kontext präsentiert wird, gerechtfertigt erscheint, von attraktiven, erfolgreichen, dem Rezipienten ähnlichen Protagonisten mit einem hohen Identifikationspotenzial ausgeht, nicht bestraft wird und dem Opfer keinen erkennbaren Schaden zufügt.

Folgerungen für die Praxis

Medienpädagogische Maßnahmen müssen vor allem bei den beschriebenen Problemgruppen ansetzen. Sie sollten darauf abzielen, die Perspektive von Kindern und Jugendlichen im Hinblick auf die Wahrnehmung der inhaltlichen Ri-

sikofaktoren zu beeinflussen – besonders durch Hinweise auf die Opferperspektive.

*Dr. Astrid Zipfel
Sozialwissenschaftliches Institut,
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf,
zipfel@phil-fak.uni-duesseldorf.de*

Bernd Klippstein

Gewalt in den Medien – Gewalt in der Realität

Gängige Aussagen zur Jugendkriminalität beklagen deren stetiges Anwachsen und bekräftigen die hohe Schädlichkeit der Kriminalität gerade junger Menschen. Solche Äußerungen finden sich fast stereotyp in den Pressemitteilungen der Innenministerien der letzten Jahre zu den jeweils aktuellen Kriminalitätsstatistiken. Die zahlenmäßige Veränderung und die Bedeutung von Jugendkriminalität muss jedoch differenzierter gesehen werden. Man kann sie nicht in zwei, drei Zahlen zusammenfassen und glauben, alles verstanden zu haben. Die Erscheinungsformen, die Schwerpunkte und die Intensität der Kriminalität ändern sich immer wieder, außerdem ganz sicher auch das Anzeigeverhalten von Betroffenen. Dies in der Aussage „die Jugendkriminalität steigt an“ zusammenzufassen, greift zu kurz.

Statt weiterer Ausführungen verweise ich hier auf den höchst lesenswerten Beitrag von Gerhard Spiess (Universität Konstanz): Jugendkriminalität in Deutschland, Kriminalstatistische und kriminologische Befunde. Vollständig dokumentiert im Internet: www.uni-konstanz.de/rtf/gs/G.Spiess-Jugendkriminalitaet.pdf.

In der Praxis eindeutig erkennbar ist die zunehmende Gewaltkriminalität von Mädchen und jungen Frauen. Der Geschlechterunterschied scheint sich zu relativieren – und lässt die Strafrechtspraxis bislang ratlos (zu finden im Internet unter: www.uni-heidelberg.de/institute/fak2/krimi/Hermann/aufsatz%20geschlechtsspezifische%20aspekte.pdf). Noch ein Gedanke zur Kriminalstatistik: Der vielfach beklagte Umstand, dass gera-

de junge Menschen so viele Straftaten begehen, müsste uns doch eigentlich trösten: Wie wäre es um eine Gesellschaft bestellt, in der die Kriminalität mit wachsendem Alter zunimmt? Tatsächlich erreicht sie bei den zirka 21-Jährigen den Höhepunkt und lässt dann rapide nach. Das muss als Erfolg der Prävention und Strafverfolgung gesehen werden: Die jungen Menschen probieren kriminelles Handeln aus, erleben, dass es nichts bringt, und lassen es dann wieder.

Einige Gedanken zur Beziehung von Gewalt in den Medien und in der Realität

Die Frage, ob und wie Gewaltdarstellung in den Medien wirkt, ist bekanntlich umstritten. In einem Bereich ist der Transfer von der Mediendarstellung in die Realität sicher festzustellen: Die unsäglichen Gerichtsshow, die mit den realen Verhältnissen nichts zu tun haben, prägen inzwischen das zunehmend respektlose Verhalten junger Leute vor Gericht, von Zeugen wie von Angeklagten. Ein Kollege spricht gar (in Anlehnung an die Show „Richterin Barbara Salesch“ in SAT.1) von der „Saleschisierung“ der Hauptverhandlung. Ursache und Wirkung scheinen eindeutig: erst die TV-Darstellung, dann die Übertragung in die Realität.

Wenn man angeklagte junge Menschen vor Gericht nach ihrem Freizeitverhalten fragt, antwortet kaum ein Jugendlicher: TV oder Video schauen, Musik hören etc. Sie antworten: mit Freunden rumhängen, Fußball spielen, nichts tun etc. Der Medienkonsum wird im Alltag nicht bewusst wahrgenommen, er scheint eine Selbstverständlichkeit zu sein wie Atmen, Essen und Trinken oder Schlafen.

Gewaltverbreitung per Mobiltelefon

„Happy Slapping“ ist auch in der Provinz angekommen. Die Allverfügbarkeit der Foto- und Videohandys hat einen Kult hervorgebracht und verbreitet, bei dem Medium und Inhalt in neuer Weise verknüpft sind.

Konkretes Beispiel: Fünf Jugendliche machen nachts während einer Fahrt im Linienbus allerlei Blödsinn, filmen sich gegenseitig und beim Aus-

steigen prügeln sie im Vorbeigehen mal eben heftig auf den Busfahrer ein, dokumentieren das mit einem Handy und verbreiten hinterher die Filmsequenz im Freundeskreis von Handy zu Handy. Reale Gewalt wird um der Inszenierung willen inszeniert, mit realen Opfern, weil die Gelegenheit zur Dokumentation besteht. Die technische Möglichkeit und der Reiz des Publizierens des eigenen Werks verändern hier das reale Verhalten der Jugendlichen.

Mediennutzung wird nicht wahrgenommen

Die Mediennutzung wird von Gewalttätern selbst nicht reflektiert, sie wird auch nicht – von spektakulären und höchst seltenen Ausnahmefällen abgesehen – als (Mit-)Ursache ihrer Gewalttätigkeiten angegeben. Ein – wenn auch umstrittener – Ansatz für die Aufklärung der Relation von Delinquenz und Medienkonsum sind die Arbeiten von Pfeiffer und Spitzer, die zum einen die quantitativen Beziehungen und zum anderen die psychischen Wirkungsmechanismen untersuchen. Für die strafgerichtliche Praxis haben die Ergebnisse jedenfalls eine hohe Plausibilität, denn ein zeitlich umfangreicher und inhaltlich trivialer Medienkonsum erschwert Bildung und Erziehung. Hinzu kommen Vorbilder, die aus verschiedenen Gründen adaptiert werden und zusammen mit der Lebenssituation und Lebensproblemen unter anderem zu kriminellem Verhalten führen können.

In meinen praktischen Erfahrungen als Jugendstaatsanwalt in einer Großstadt nehme ich einen Typus von jugendlichen Gewalttätern wahr, deren Gefährdungsneigung beschrieben werden kann durch eine fast durchgängig feststellbare mangelnde Förderung und Forderung im familiären und sozialen Umfeld, durch fehlende Alltagsstrukturen, die ausgefüllt werden durch andere, in gleicher Situation befindliche Jugendliche. Dass in solchen erziehungsdefizitären Umgebungen Orientierungen zumindest auch durch medial vermittelte (Un-)Werte geschaffen werden, erscheint mir geradezu zwingend.

*Bernd Klippstein,
Staatsanwaltschaft Freiburg*

Mathias Wierth-Heining

Erzählte Gewalt: ein faszinierender Erlebnisraum

„Gewalt“ kommt nie isoliert und nur für sich selbst vor, sondern ist immer in einen Kontext eingebettet. Für Gewalt in Filmen und Serien heißt das: in einen Kontext der Erzählung. Wird erzählte Gewalt „gesehen“, tritt ein weiterer Rahmen hinzu – der der Rezeptionssituation. Erst diese beiden grundlegenden Feststellungen öffnen den Raum für die verschiedenen Formen der (jugendlichen) Faszination der erzählten Gewalt.

Die Anziehungskraft von „Gewalt“ lässt sich virtuell in folgende Dimensionen differenzieren: individuelle, soziale, assoziierte Merkmale und die Rezeption umfassende. Virtuell, weil faktisch im aktuellen Rezeptionsprozess diese Ebenen natürlich miteinander verwoben sind.

Individuelle Dimension

Folgende Aspekte kommen einer im engen Sinn betrachteten „Faszination“ medialer Gewalt am nächsten:

Der Wunsch, kein Objekt oder Opfer, sondern das Subjekt der Handlungen zu sein. In diesem spiegelt sich das Bedürfnis nach Autonomie wider. Dies deutet zugleich darauf, dass solche gewaltorientierten Filme einen Nährboden für Größenfantasien Jugendlicher bilden, die wichtiger Bestandteil ihrer Entwicklung sind.

Die Szenen (oft in Zeitlupe), bei denen zum Beispiel das Eindringen einer Kugel in den menschlichen Körper dargestellt wird, können als symbolische Darstellungen von Ängsten gesehen werden. Das ist deshalb so relevant, weil in der Jugendphase mit den körperlichen Veränderungen frühkindliche Ängste vor beispielsweise Verwundbarkeit und Zerbrechlichkeit wieder belebt werden.

Eine hiermit verwandte Faszination lässt sich auch daran festmachen, dass die Helden und Heldinnen gewaltorientierter Filme ihren (meist gut trainierten) Körper zur Schau stellen. Der Kör-

per – sichtbarer Angriff- und Aushandlungspunkt von „Gewalt“ – bietet gleichzeitig deutlich prä-sentiertere Geschlechtsrollen-Attribute, mit denen sich Jugendliche auseinandersetzen. Die Körperlichkeit und den reinen Kontext der Erzählung übergreifend, bieten sich die Schauspieler weiterhin als Identifikationsobjekte an.

Soziale Dimension

Auch hier geht es grundsätzlich darum, dass Wünschen, Ängsten, Befindlichkeiten allgemein eine rezipierbare Form gegeben wird. Es können zum einen soziale, kollektive Ängste objektivierbar gemacht werden. Es ist kein Zufall, dass zum Beispiel mit dem bio-technischen Fortschritt seit den 90er-Jahren Filme über Gentechnologie oder aktuell gewaltorientierte Filme, die Terror zum Thema haben, hohe Konjunktur haben.

Die Abgrenzung gegenüber der Erwachsenenwelt spielt besonders bei harten Action- und Horrorfilmen sowie Thrillern eine große Rolle. Hier lässt sich eines von mittlerweile wenigen Territorien ausmachen, dass die Generationen polarisiert. Solche harten Filme lassen die Rezeption dieser auch zu einer Initiation werden. Nach dem Motto: Wer das aushält, kann kein Kind mehr sein. Dass gewaltorientierte Filme/Serien ein Gesprächsthema in der Peer-group sind, deutet auf den kommunikativen Aspekt, der über die eigentliche Rezeptionsphase hinausreicht.

Assoziierte Merkmale

Von einer Vielzahl assoziierter Merkmale sollen hier zwei Schwerpunkte genannt werden. Wenn Gewalt, in welcher Form auch immer, eskaliert, werden Grenzen des zivilisierten Zusammenlebens außer Kraft gesetzt. Mit diesem Außer-Kraft-Setzen werden gleichzeitig die Grenzen sanktionierter und im besonderen Fall gestatteter Gewalt thematisiert. Ohne diesen Kontrapunkt verlören Gewalteskalationen ihre Besonderheit.

Der bereits angesprochene Körper ist auch in dem Sinne Schauplatz der Ereignisse, als dass an ihm Verhältnisse der Kontrolle und Macht offenbar werden. Kontrolle und Macht sind hier also

nicht schwer greifbare strukturelle Phänomene, sondern greifbar als am Körper ausagierte physische.

Rezeption als „Quasi-Erfahrungssituation“

Warum können Jugendliche an narrativer medialer Gewalt so lustvoll teilnehmen, obwohl doch Schreckliches passiert? Das ist nur dann zugänglich, wenn man versteht, dass den Jugendlichen grundlegend die Fiktivität filmischer Ereignisse bewusst ist. Das ist das „Paradox der Fiktion“: Wissend, dass es nicht die Realität ist, sich intensiv emotional in einen Film hineinzubegeben, „als ob“ er real wäre.

Erzählungen bauen auf der Fähigkeit der Zuschauer/innen auf, sich nicht nur einen, sondern verschiedene Alltagssituationen vorstellen zu können. Filme und Serien spielen in Dallas, Denver, unter Wasser, im All, in einer Fantasiewelt usw. Damit können die Zuschauer/innen heterogene, auch exotische Erfahrungsmöglichkeiten machen.

So intensiv die Zuschauer/innen auch am Geschehen teilnehmen, ihre Empfindungen bleiben konsequenzlos, nehmen keinen Einfluss auf die weitere Handlung. Damit können auch sanktionierte, tabuisierte Gefühle (mit)erlebt werden. Die Rezeptionssituation ist durch ein hohes Maß an kognitiver Kontrolle gekennzeichnet. Die Zuschauer/innen entscheiden, ob oder wie lange sie zusehen. Die Intensität der psychischen Verarbeitungsleistung richtet sich nach der Stimmungslage der Zuschauer/innen, die damit entscheiden, wie intensiv sie sich auf ein Geschehen einlassen wollen.

Die Rezeptionsmöglichkeiten auf der einen und die jugendliche Zuschauer/innen mit ihren relevanten Entwicklungsthemen auf der anderen Seite passen bei gewaltorientierten Filmen zusammen: Ängsten und Wünschen werden hier rezipierbare Formen gegeben. Dabei sind „Probearbeiten“ und „Probefühlen“ zentrale Aspekte – Jugendliche müssen nicht alles real erleben, sondern ihnen steht entwicklungsbedingt mit der Fantasie ein Raum zur Verfügung, der die

Grenzen der Realität übersteigt und eine Vielzahl möglicher (Lebens-)Entwürfe bietet.

*Mathias Wierth-Heining,
Medienrezeptionsforscher, Manager Programme
Research, MTV Networks*

Anke Halbritter, Carmen Kunz

Durch Lebensweltorientierung (struktureller) Gewalt entgegenwirken

Was die Gewaltbereitschaft unter Kindern und Jugendlichen angeht – und die damit zusammenhängende Diskussion um Gewalt in den Medien, die immer wieder dann aufflammt, wenn Vorfälle wie zuletzt in der Rütli-Schule in Neu-Köln geschehen – scheint eine differenzierte Betrachtungsweise mehr denn je erforderlich. Aufgrund der zunehmenden Komplexität unserer Lebensrealität kann es aus unserer Sicht keine einfache polarisierende Antwort auf die Frage geben, ob aus bestimmten Mediennutzungsformen von Kindern und Jugendlichen eine steigende Gewaltbereitschaft resultiert. Gerade wenn selbst die einschlägige Medienwirkungsforschung keine eindeutigen Antworten gibt, muss die Erwachsenenwelt bereit sein, die Medienwelten von Kindern und Jugendlichen überhaupt verstehen zu wollen.

Geschlechterspezifischer Ansatz ermöglicht eigene Experimentierfelder

Dies bedeutet vor allen Dingen, von einer Definition von Gewalt auszugehen, die ihren Blick nicht auf die Darstellung rein physischer Gewalt beschränkt, sondern diesen Begriff weiter fasst – und damit nicht nur alle Formen von Diskriminierung mit einschließt, sondern auch die ungleiche Verteilung von Einkommen, Bildungschancen und Lebenserwartungen. Unsere medienpädagogische Arbeit setzt sich unter anderem zum Ziel, den Formen struktureller Gewalt entgegenzuwirken, indem sie Kinder und Jugendliche befähigt, das Mediengeschehen kompetenter, differenzierter und vor allem kritischer zu betrachten.

Nicht zuletzt durch einen geschlechtsspezifischen Ansatz, vor allem aber durch die Möglichkeit der Partizipation in der Medienwelt, die sich direkt an der Lebenswelt der Teilnehmer/innen orientiert, wird Medienkritik und damit auch kritische Mediennutzung entwickelt.

Der geschlechtsspezifische Ansatz schafft Freiräume, die Mädchen wie Jungen jeweils ihre eigenen Experimentierfelder eröffnen, wobei die häufig geschlechtshomogen differierenden Interessen berücksichtigt werden können.¹ Unsere jahrelangen Erfahrungen in diesem Bereich bestätigen, dass die Bildung geschlechterhomogener Gruppen zeitweise mehr als sinnvoll ist. In der Förderung der Medien- und Identitätskompetenz wurde zudem deutlich, dass Mädchen wie Jungen einen spezifischen Zugang zu Medien sowie unterschiedliche Vorlieben hinsichtlich der Mediennutzung haben.

Auf der inhaltlichen Ebene steht dabei vor allem die Auseinandersetzung mit medial vermittelten Rollenstereotypen im Vordergrund. Immer wieder medial vermittelte problematische Darstellungen, die vorhandene Klischees und Vorurteile bestätigen, können auf diese Weise aufgebrochen werden. Ein Ziel unserer Arbeit ist daher die Reflektion bereits bestehender Einstellungen und Meinungen, die nicht selten durch die Medienwelt verstärkt oder zumindest stabilisiert werden.

Eigene Stimme in der Öffentlichkeit

Durch die aktive Gestaltung eigener Sendungen bei lokalen Radiosendern partizipieren die Kinder und Jugendlichen (auch aus sozial benachteiligten Verhältnissen) an der Medienwelt; in der Erstellung von Radiobeiträgen erhalten sie eine Stimme in der Öffentlichkeit. Gerade auch für Minderjährige und Minderheiten wie Migrant/innen, Behinderte und sozial Schwache stellt die Möglichkeit, als Produzent/innen aktiv am öffentlichen Geschehen teilzunehmen, eine besondere Chance dar. Nicht nur der 12. Kinder- und Jugendbericht hat den erhöhten Integrationsbedarf erneut herausgestellt.

Kurzfristige und restriktive Sanktionen helfen nicht bei der Gewaltvermeidung

Die Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang „Gewalt in den Medien“ und welche Gefahren davon besonders für Kinder und Jugendliche ausgehen, hat in den letzten Jahren immer wieder Höhepunkte erlebt, wobei die Thematik als solche keineswegs neu ist. Tatsächliche Veränderungstendenzen können durch technische Entwicklungen von Internet und Handys im Verbreitungsgrad ausgemacht werden. Aufsehererregende Nutzungsphänomene wie das der Gewaltvideos auf Schülerhandys sind dennoch als Symptom eines gesamtgesellschaftlichen Problems zu sehen. Kurzfristige und restriktive Sanktionen wie ein generelles Handynutzungsverbot an Schulen lösen das Problem nicht, da sie die Ursachen von Gewalt nicht bearbeiten. Gewalt muss als gesellschaftliches Problem diskutiert werden und alle Institutionen der Bildung und Erziehung sind aufgefordert, zusammenzuwirken.

Auf dem Weg zum kritischen Nutzer

Schlussfolgerung aus unserer Sicht kann daher nur sein, dass ein Fernhalten der Kinder und Jugendlichen von existierenden Realitäten – Medieninhalte sind davon ein Teil – der falsche Weg ist, um die Betroffenen zu souveränen wie auch kritischen Benutzer/innen, Konsument/innen und im Zusammenhang mit unseren medienpädagogischen Angeboten zu Produzent/innen von Medien zu machen. Gewalt ist häufig die Folge von (vermeintlich) fehlenden anderen Handlungsoptionen. Medieninhalte können hier verstärkende Wirkungen haben, wenn andere Faktoren wie beispielsweise das soziale Umfeld problematisch sind. Wichtig ist es, nicht einfach monokausale Zusammenhänge herzustellen, sondern die Lebens- und Medienwelten von Kindern und Jugendlichen in ihrer Komplexität verstehen zu wollen.

*Kontakt: Wissenschaftliches Institut
des Jugendhilfswerks Freiburg,
Abteilung Medienpädagogik,
www.jugendhilfswerk.de*

¹ Vgl. Jim-Studie 2005

Siegfried Keppeler

Mehr oder weniger – eine Zusammenfassung der Diskussion

Jürgen Link, Sozialdezernent im Landkreis Heilbronn, skizziert die Ausgangslage des Landkreises in den 90er-Jahren. Das Ziel war, durch den Ausbau ambulanter und flexibler Erziehungshilfen die stetig steigenden Jugendhilfekosten in den Griff zu bekommen. Mit der Einrichtung von JuLes (Jugendhilfe im Lebensfeld), die inzwischen an zwölf Standorten im Landkreis (in Städten und Gemeinden) realisiert wurden, konnte eine bedarfsgerechte Infrastruktur aufgebaut werden. Mit jeweils sechs Personalstellen und einem Budget von ca. 440.000 Euro pro Jahr

baut werden konnten. Kernbereiche der JuLes bestehen darin, erzieherische Hilfen mit gemeinwesenbezogenen Aktivitäten zu verknüpfen und den allgemeinen sozialen Diensten (ASD) des Landkreises lokale Standorte und operative Plattformen zu geben.

Mit der Öffnung bzw. der Ankoppelung der JuLes an Aufgabenbereiche der Gemeinde wie offene Jugendarbeit, mobile Jugendarbeit oder Schulsozialarbeit wurden die idealen Voraussetzungen für die Herausbildung von Strukturen geschaffen, sodass flexibel auf neue Bedürfnisse und Veränderungen im Gemeinwesen reagiert werden kann. Für die Zukunft sieht Jürgen Link die

Notwendigkeit, die erreichte soziale Infrastruktur auf diesem Niveau zu erhalten und die präventive Grundorientierung der Jugendhilfe noch weiter auszubauen und zu stärken. Seine Ideen dazu legt er in einem kleinen Beitrag im Anschluss dar.

Evi Pfeiffer, Leiterin des Lienzgau Kinder- und Jugendheims e.V., verweist auf die enormen Anpassungsleistungen und Veränderungen, die Erziehungshilfeträger in den letzten zehn Jahren vorgenommen haben. Mit dem Kon-

Umbau als schwierig: räumliche Orientierungen von Mitarbeiter/innen und ihre spezifischen Qualifikationsprofile, fachliche und logistische Anforderungen eines flexiblen Mitarbeiter/innen-Einsatzes, Planungssicherheiten und längerfristige Absicherung von Beschäftigungsverhältnissen etc. Neben diesen organisatorischen Aspekten verweist Evi Pfeiffer besonders auf die Qualitätsdimension einer permanenten Personal- und Mitarbeiter/innen-Entwicklung. Um der Gefahr einer Destandardisierung und Entfacherlichung von Jugendhilfeangeboten zu begegnen, gilt es aus ihrer Sicht, den Qualitätsdiskurs wieder neu aufzugreifen und mit Hartnäckigkeit zu verfolgen. „Qualität ist aber zu immer niedrigeren Preisen nicht erzielbar.“ Evi Pfeiffer verweist darauf, dass Qualitätsentwicklung Ressourcen braucht. Eine qualifizierte Wirkungsdebatte kann nur durch einen gezielten Ressourceneinsatz erreicht werden. Qualitätsentwicklung sowie die Mitarbeiter/innen-Qualifizierung sind indirekte Betreuungsleistungen, die bisher nur unzureichend finanziert werden.

Karl Bux, Bürgermeister der Stadt Ellwangen, zeigt auf, dass sich die Städte und Gemeinden in einer ernsthaften, schwierigen finanziellen Lage befinden und die Notwendigkeit der Kosteneinsparung inzwischen auf allen Politik- und Gestaltungsbereichen im Kommunalbereich gefordert wird. In diesem Kontext gerät auch die Jugendhilfe in den Städten und Gemeinden unter Druck und muss sich, bezogen auf ihre Effektivität, politisch und öffentlich legitimieren. Für Ellwangen zeichnet Bux eine Entwicklung nach, die die Vision eines miteinander vernetzten, aber ausdifferenzierten Jugendhilfesystems verfolgt. Es reicht von offener Jugendarbeit, mobiler Jugendarbeit über die Kindergartenarbeit bis hin zur Schulsozialarbeit. Wichtig ist ihm, dass diese gemeindlichen Aufgaben auf einem fachlich professionellen Niveau erbracht werden. Ihre Ausgestaltung und Schwerpunktsetzung ist den lokalen Bedürfnissen permanent anzupassen. Dies konkretisiert er am Beispiel der Arbeit mit Menschen mit Migrationshintergrund. Um für zugewanderte Kinder, Jugendliche und Familien aus den ehemaligen GUS-Staaten gute Vor-

Forum 6

Mehr oder weniger? Perspektiven der Jugendhilfe zwischen Qualität und Kostenbegrenzung

Seit Jahren wird der Jugendhilfe vorgehalten, zu teuer zu sein. Obwohl das Angebot stetig ausdifferenziert wurde, scheinen sich Effekte in Richtung Kosteneinsparung bisher nicht einzustellen. Die Krise der Arbeitsgesellschaft hinterlässt nicht nur in Großstädten, sondern auch im ländlichen Raum Spuren sozialer Desintegration. Jugendhilfe sieht sich mit der Erwartung konfrontiert, mehr soziale Probleme lösen zu müssen – und das mit weniger Geld. Im Forum wurde erörtert, wie die Gratwanderung zwischen qualitäts- und bedarfsgerechter Weiterentwicklung einerseits und dem Einsparungsdruck andererseits gelingen kann. Aus der Perspektive eines Landkreises, einer Stadt und einem freien Träger stellte sich die Frage: Wie können sich – auch in Sparzeiten – Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Erzieherische Hilfen, Allgemeine Soziale Dienste etc. so entwickeln, dass sie weiterhin wirksam zur sozialen Integration von Kindern, Jugendlichen und Familien ins Gemeinwesen beitragen? Welchen Stellenwert haben in diesem Zusammenhang Kindergärten und Schulen? Gibt es bisher ungenutzte Potenziale, Ressourcen und kreative Ideen für die Gestaltung der Zukunft?

wurde ein lebensfeldorientiertes Konzept realisiert, das in Trägerschaft freier Träger lokal vernetzte und flexible Jugendhilfesysteme etablierte. Die Überwindung der klassischen Einteilung in Tagesgruppe, soziale Gruppenarbeit, Erziehungsbeistandschaft oder familienbezogene Hilfen war eng gekoppelt mit einem eigens dafür geschaffenen Konzept der Festbetragsfinanzierung. Sie bietet die ideale Voraussetzung dafür, dass in den einzelnen Städten und Gemeinden adäquate Angebotsstrukturen aufge-

zept „Umbau statt Ausbau“ wurden traditionelle Träger der Hilfen zur Erziehung (HzE) herausgefordert, zentrale und oft noch auf einen Standort fixierte Strukturen aufzulösen zugunsten dezentraler und flexibler Angebotsbausteine in den einzelnen Städten und Gemeinden. Zwischen den einzelnen Angeboten (stationär, teilstationär, ambulant) gilt es flexible Übergänge und Durchlässigkeiten zu gestalten. Aus Sicht eines sozialen Unternehmens gestaltet sich der den fachlichen Prämissen folgende organisatorische

aussetzungen für eine gelingende Integration in Ellwangen zu schaffen, sind die bestehenden Angebote auf die Bedürfnisse dieser Zielgruppe hin abzustimmen und konzeptionelle Akzente einzelner Einrichtungen damit zu verbinden.

Überzogene Erwartungen, die gegenwärtig mit den Themen bürgerschaftliches Engagement, neues Ehrenamt oder Stärkung der Zivilgesellschaft formuliert werden, sieht Karl Bux kritisch. Überlegungen, professionelle Handlungsfelder durch Ehrenamtliche zu ersetzen, greifen seiner Erfahrung nach zu kurz. Ehrenamtliche können die professionelle Jugendhilfe nicht ersetzen. Für die Sicherung einer bedarfsgerechten sozialen Infrastruktur in den Städten und Gemeinden und den Erhalt einer fachlich ausgewiesenen und professionellen Standards folgenden Jugendhilfe gibt es keine Alternative.

Ergebnisse der Diskussion

In der Diskussion wird deutlich, dass ein erster und wichtiger Schritt die Entwicklung beziehungsweise der Ausbau einer bedarfsgerechten sozialen Infrastruktur von Jugendhilfeangeboten im gemeindlichen Kontext ist. Nur wenn eine Grundinfrastruktur gegeben ist, lassen sich nachhaltige Wirkungen von Jugendhilfeleistungen erkennen.

Die Tendenz, Aktivitäten auf Gemeindeebene mit Landkreisaktivitäten enger zu verknüpfen, wie dies zum Beispiel in den JuLes geschehen ist, wird als wünschenswertes Ziel diskutiert. Es muss darauf hingewirkt werden, diese Elemente enger aufeinander abzustimmen. Im Landkreis Heilbronn wurden beispielsweise Erziehungsberatungsstellen dezentralisiert und kleinräumig den lokalen Netzwerken zugeordnet.

An einer von „mehr Markt“ getragenen Perspektive wird in der Diskussion viel Kritik geäußert. Die damit oft einhergehende Ausschreibungspraxis reduziert die Vergabe von Jugendhilfeleistungen einseitig auf den Aspekt des Preises und riskiert den Verlust traditioneller Verankerungen von Trägern und ihren Mitarbeiter/innen, das damit gebundene sozialräumliche Ressour-

cenwissen und vermag nicht die Potenziale einer systematischen sozialräumlichen Ressourcennutzung aufzugreifen.

Übereinstimmung gibt es beim Thema Qualitätsentwicklung. Gemeinsames Ziel öffentlicher und freier Träger müsse sein, Prozesse der gemeinsamen Qualitätsentwicklung und des Wirkungsdialogs zu verfolgen. Am Beispiel des Landkreises Heilbronn und der Region Franken veranschaulicht Jürgen Link die Vorteile eines einheitlich abgestimmten und zwischen freien und öffentlichen Trägern verbindlich vereinbarten Qualitätsentwicklungssystems.

Angesichts der sich weiter abzeichnenden Kostenentwicklung und der Finanzkrise in den kommunalen Haushalten wird in der Diskussion noch einmal deutlich, wie wichtig der Dialog mit der Politik ist. Jugendhilfe muss sich auf örtlicher Ebene sowohl mit Gemeinderäten als auch mit den Kreistagen stärker auseinandersetzen. Angesichts der Debatte um die Abschaffung von Jugendhilfeausschüssen gewinnt dieser Aspekt eine besondere Brisanz, würde damit ein wichtiges Instrumentarium formaler Auseinandersetzung zwischen Fachlichkeit und Politik infrage gestellt. In der Diskussion wird offensichtlich, dass darauf gedrängt werden muss, diese Debatte öffentlich zu führen und für den Erhalt der Jugendhilfeausschüsse in jedem einzelnen Landkreis einzustehen.

Siegfried Keppeler

Diakonisches Werk Württemberg

Evi Pfeiffer

Perspektiven der Jugendhilfe zwischen Qualität und Kostenbegrenzung

Die Entwicklungen in der Kinder und Jugendhilfe:

„Ambulant vor stationär“

Als freier Träger halten wir ein differenziertes Leistungsangebot bereit, das passgenauere Hil-

feangebote ermöglicht und gemeinwesenorientiert angelegt ist. Durch die Maxime „immer ambulant vor stationär“ sind fachliche Konzepte in der Gefahr, als Instrument zur Kostenreduzierung missbraucht zu werden. Es mangelt in der Praxis immer noch an Kriterien zur Interventionsentscheidung. Deshalb sind häufig nur die fiskalischen Gründe Grundlage für eine ambulante Maßnahme. Zum richtigen Zeitpunkt eine stationäre Maßnahme zielführend eingesetzt, kann effizienter sein, als über Jahre verschiedenste ambulante Maßnahmen aneinanderzureihen. Die Entgelte für ambulante Leistungen werden zwischen öffentlichen und freien Trägern vor Ort verhandelt. Dabei sind die Entgelte für ambulante Leistungen oft – aus marktorientierten Gründen – sehr knapp kalkuliert und nicht wirklich kostendeckend. Zugleich findet ein Abbau von stationären Plätzen statt. Dies, obwohl laut Prognose von Dr. Bürger (KVJS) die stationären Unterbringungen bis 2010 noch steigen sollen.

„Rückführung um jeden Preis“

Die Zielformulierungen in der Hilfeplanung werden konkreter. Beratung und Training im Elternhaus werden zunehmend als Zusatzleistung angefragt, dadurch wird Rückführung in die Herkunftsfamilie professionell vorbereitet und nachhaltiger angelegt.

Die durchschnittliche Dauer der stationären Belegung im Linzgau lag 2005 bei 22,6 Monaten mit der Tendenz, sich weiter zu verringern. Im Vordergrund der Aufnahmeanfragen stehen vermehrt Kriseninterventionen und Kurzzeitunterbringungen. Die Fluktuation in den Wohngruppen ist hoch. Ein stabiler Gruppenkern fehlt. Das soziale Lernen in der Gruppe wird dadurch erschwert beziehungsweise verliert an Bedeutung. Vermehrt kommt es zu Aufnahmen über Inobhutnahme. Ob verkürzte Hilfeverläufe auch nachhaltig Wirkung zeigen, muss erst noch nachgewiesen werden.

„Wenn schon stationär, dann Pflegefamilie“

Pflegefamilien werden von Jugendämtern immer mehr als Alternative zur Heimunterbringung ge-

sehen. Die Kinder haben die Chance, ein stabiles Beziehungsangebot und Strukturhilfen im familiären Rahmen zu erhalten. Das Pflegefamilialensystem wird weiter ausgebaut. Doch die Unterstützungs- und Entlastungssysteme reichen oft nicht aus. Pflegefamilien benötigen ähnliche Unterstützungssysteme wie Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Einrichtungen. Eine Zusammenarbeit mit Jugendhilfeeinrichtungen, zum Beispiel als Unterstützungssystem für die Pflegefamilien, wäre möglich und sinnvoll, wird von den Kostenträgern in der Regel aber nicht gewünscht. In den Einrichtungen nehmen die Aufnahmen aus Pflegefamilien zu, besonders im Jugendlichenalter.

„Qualität zu niedrigen Preisen“

Qualitätsentwicklung und Qualitätsvereinbarungen ersetzen informelle Absprachen. Das führt zu einer weiteren Professionalisierung und zu verlässlichen Standards. Von den Einrichtungen werden Nachweise zur Effektivität und Effizienz gefordert. Die Verfahren dazu sollen implementiert werden ohne Möglichkeit, die anfallenden Kosten geltend zu machen. Zu niedrigeren Preisen ist die Qualität der Leistungen, die in den meisten Einrichtungen inzwischen vorgehalten wird, nicht zu halten.

Die indirekten Betreuungsleistungen wie zum Beispiel die Dokumentation nehmen zu, Mitarbeiter/innen müssen regelmäßig intern geschult werden, dabei werden die Grenzen der Machbarkeit oft erreicht.

„Flexibilität ist Trumpf“

Mehr Individualität in der Betreuung ist gefragt, auch durch die Kombination verschiedener Leistungsangebote. Bei der Berechnung von Leistungen auf Fachleistungsstundenbasis sind große Unterschiede vorhanden. Projektverträge und kurzfristige Verträge führen für freie Träger vermehrt zu Planungsunsicherheit. Aufträge müssen in kürzester Zeit ausgeführt werden. Dadurch wird eine hohe Mobilität von den Mitarbeiter/innen gefordert. So gibt es Mitarbeiter/innen mit zwei bis drei Einsatzfeldern. Honorarverträge nehmen zu.

Konsequenzen

Einrichtungen müssen betriebswirtschaftlich handlungsfähig sein. Rücklagen für Innovation und Entwicklung müssen gebildet werden können. Bei „Dumpingpreisen“ ist dies nicht möglich. Kleine Träger sind nicht in der Lage, konkurrenzfähig zu bleiben, es sei denn, sie stehen für ein Nischenkonzept. Durch Übernahme und Fusionierung werden Monopolisierungen auch in der Jugendhilfe die Zukunft sein, Sozialkonzerne sind die Folge. Reduzierungen der Entgelte sind nur über reduzierte Personalkosten möglich, 70 bis 75 Prozent der Haushalte bestehen aus Personalkosten. Es kommt zur Reduzierung von Plätzen und zu Gruppenschließungen, Arbeitsplätze fallen weg. Die Mitarbeiter/innen müssen damit leben, dass Hilfe mehr und mehr unter Kostenaspekten verläuft und endet. Das stellt ihre Motivation und ihr Selbstverständnis infrage. Die Aufnahmen aus Krisensituationen nehmen zu. Die stationäre Jugendhilfe wird dabei als letzte Station gesehen.

Chancen

Es erfolgt eine Optimierung der Abläufe und Geschäftsprozesse innerhalb der Einrichtungen und zwischen öffentlichen und freien Trägern. Die Kompetenz und Flexibilität in der Mitarbeiterschaft nimmt zu. Netzwerke wurden geschaffen, die Synergieeffekte ermöglichen. Kooperationen werden angelegt, wo früher Konkurrenz war.

*Evi Pfeiffer, Einrichtungsleiterin
Linzgau – Kinder- und Jugendheim,
Fachgruppenvorsitzende HzE des Paritätischen
Wohlfahrtsverbandes*

Jürgen Link

Situation der Jugendhilfe aus Sicht eines Landkreises

Ausgangslage

Die Jugendhilfe hat seit der Verabschiedung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) gravierende Veränderungen erfahren wie zum Beispiel den Ausbau ambulanter Angebote, die Hilfeplanung als Kernelement der erzieherischen Hilfen

etc. Der finanzpolitische Rahmen eines Landkreises ist im Wesentlichen bestimmend für die Jugendhilfe. Großen Einfluss auf die Ausgestaltung haben jedoch auch die demografischen Entwicklung, der gesellschaftliche Wandel und vor allem die Veränderung familiärer Strukturen. Im Landkreis Heilbronn sind die Kosten für die Jugendhilfe in den letzten drei Jahren tendenziell rückläufig. Dies ist das Ergebnis intensiver Bemühungen zum Ausbau ambulanter Angebote. Finanzpolitisch steht die Jugendhilfe dadurch nicht mehr so unter Druck wie noch zu Beginn dieses Jahrhunderts. In der offenen Jugendarbeit bedarf es neuer Konzepte, denn sie ist in der Art der vergangenen Jahre kaum mehr umsetzbar beziehungsweise erreicht ihre Zielgruppe immer weniger.

Konzeptionelle Weiterentwicklung ist nötig

Zur notwendigen Weiterentwicklung der Jugendhilfe gibt es verschiedene Ansätze und Notwendigkeiten. Die Primärprävention muss ausgeweitet werden, beispielsweise durch mehr Angebote im Bereich des Elterntrainings oder der Jugendberufshilfe etc. Dabei muss der Ausbau flexibler ambulanter Hilfen im Lebensfeld konsequent fortgesetzt werden. Es ist sinnvoll, Familientreffs als niederschwellige Anlaufstellen einzurichten. Nötig ist Erziehungsberatung, die vor Ort angeboten wird mit Sprechstunden in Schulen und Kindertagesstätten sowie präventiven Angeboten. Erzieherische Hilfen müssen sich mehr mit den Bereichen Kindertagesbetreuung und Schule vernetzen. Die offene Jugendarbeit braucht eine Neugestaltung und konzeptionelle Weiterentwicklung, um die Zielgruppe zu erreichen. Es ist darauf zu achten, dass die sozialen Dienste in den Jugendämtern personell angemessen ausgestattet sind. Des Weiteren muss verstärkt Wert gelegt werden auf eine gute und offene Kooperation zwischen freien und öffentlichen Trägern der Jugendhilfe. In allen Feldern der Jugendhilfe ist die Qualitätsentwicklung konsequent einzufordern und zu verbessern.

*Jürgen Link, Landratsamt Heilbronn,
Jugend- und Sozialamt*



Medien und Materialien

BAG Kinder- und Jugendschutz

Macht Armut krank?

Kind Jugend Gesellschaft 3/2006, 11,00 Euro

Macht Armut krank? – Diese Frage stellen sich in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift Kind Jugend Gesellschaft zwei ausgewiesene Fachleute, die sich seit Jahren mit der Lebenssituation armer Menschen beschäftigen. Beide kommen zu dem gleichen Ergebnis: Armut macht krank.

Dass es Kinderarmut gibt, ist mittlerweile in der Fachöffentlichkeit in allen ihren Facetten bekannt; dass aber auch ein deutlicher Zusammenhang besteht zwischen der Armut von Kindern beziehungsweise deren Familien und schwerwiegenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen, die sich nur durch ihre Armutslage erklären lassen, gelangt nur allmählich in das Bewusstsein der politisch Verantwortlichen und findet auch nur sehr langsam Eingang in die Armutserichterstattung. Dabei geht es längst nicht mehr nur um die schlechte Ernährung als Ursache. Vielmehr stellen wir inzwischen auch fest, dass insgesamt Lebensverhältnisse und sozialstrukturelle beziehungsweise sozialräumliche Bedingungen des Aufwachsens für Kinder und Jugendliche zu Gesundheitsbeeinträchtigungen führen.

Kinder und Jugendliche geraten immer mehr und auch immer stärker in Lebensverhältnisse, die ihre seelische und körperliche Gesundheit gefährden, die sowohl ihre physische Leistungsfähigkeit in Frage stellen als auch die psychosozialen Mechanismen ihrer Selbstwertregulation und ihrer Identitätssicherung schwächen. Und das muss den Jugendschutz interessieren, weil Armut auf diese Weise die Selbststeuerungs- und Selbstbehauptungskräfte schwächt, die Kinder und Jugendliche brauchen, um sich vor Gefährdungen auch selbst schützen zu können.

Bezug: Wolters Kluwer Deutschland, Luchterhand Verlag, Postfach 23 52, 56513 Neuwied, info@luchterhand.de

Hessischer Städtetag und Landkreistag

Diversity Management

Der Hessische Städtetag und Landkreistag haben mit Unterstützung des Hessischen Sozialministeriums eine Fachtagung zum Thema „Diversity Management“ durchgeführt. Das Hauptreferat hielt Diversity-Trainer Thomas Kugler vom GenderForum Berlin. Unter dem Titel „Diversity, eine neue Methode im Umgang mit Vielfalt – Blickwinkel eines Trainers“ gibt er eine inhaltliche Einführung in den Diversity-Begriff, stellt Herkunft und Ziele des Ansatzes dar und veranschaulicht sie an zwei Beispielen. Er beleuchtet den Zusammenhang von Diversity und Antidiskriminierung, stellt grundlegende Gedanken und Leitfragen zur Umsetzung des Konzeptes vor und geht abschließend auf das Thema Diversity in der Pädagogik ein.

Bezug: Amt für Soziale Arbeit, Hildegunde Rech, Dotzheimer Straße 99, 65197 Wiesbaden, Tel. 06 11/31 35 30, Fax 06 11/31 39 52, simone.dorsch@wiesbaden.de

Marion Zwick, Volker Zwick

Internet im Alltag

Düsseldorf 2006, 9,80 Euro

Dieser Ratgeber wendet sich an Internetsteiger/innen wie an erfahrene Internetnutzer/innen, die darin allgemeine Informationen und Tipps zur Internetnutzung finden.

Nach einer allgemeinen Einführung über Dienste und Möglichkeiten, Nutzungsvoraussetzungen und Internettarife werden Sicherheitsaspekte

vorgestellt. Es wird erklärt, wie man E-Mail und Chat nutzt, im Internet sucht, bezahlt und einkauft. Für den Online-Kauf werden Rechte und Pflichten von Käufer und Verkäufer erläutert. Ebenso wird erklärt, wie man selbst im Internet Waren richtig anbietet, wie Musik und Filme aus dem Internet genutzt werden können, was beim Homebanking zu beachten ist und welche Möglichkeiten sich für die Jobsuche bieten.

Bezug: Verbraucherzentrale NRW, www.verbraucherzentrale-nrw.de

BAG Kinder- und Jugendschutz (Hrsg.)

Filme und Computerspiele hören...

Musik und Vertonung in Computerspielen

Kind Jugend Gesellschaft 2/2006, 11,00 Euro

Was wäre ein Film oder ein Computerspiel ohne Musik und Geräusche. Selbst zu Zeiten des Stummfilms wurden die Bilder schon mit Musik unterlegt. Dabei bedient sich die Technik sogenannter musikalischer Klischees, die die Zuschauer/innen als Signal erkennen, begreifen und erwartend verarbeiten. Musik kann aber auch als selbstständige, nicht sprachliche Aussage Bildaussagen und Sprachaussagen verstärken. Sie gibt Bildfolgen damit eine Grundtönung, zum Beispiel von Trauer oder Fröhlichkeit. Bestimmte musikalische Untermalungen sollen Spannung und Angst erzeugen. Umgekehrt hat Musik beziehungsweise haben Geräusche selbstverständlich auch eine entlastende Funktion. Kinder lernen im Laufe ihrer Mediensozialisation die Wahrnehmung und den Umgang mit diesen Signalen, dies ist eine Form von Medienkompetenz.

In den Beiträgen der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift Kind Jugend Gesellschaft steht die Wirkung von Musik, Akustik und Sound in Filmen und Computerspielen im Mittelpunkt. Ein besonderer

Schwerpunkt wird dabei auf die Prüfungen bei der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) und der Unterhaltungssoftware-Selbstkontrolle (USK) gelegt. Im Kontext der Wirkungsdiskussion und Alterskennzeichnung von Filmen und Computerspielen müssen – nach Aussage der Autorinnen – der Stellenwert und die Beurteilungskriterien von Musik und Ton in den Ausschussdiskussionen um Kinderfreigaben immer stärker berücksichtigt werden. Ein Fazit der Beiträge ist, dass das Gehör mit Blick auf jugendschutzrelevante Aspekte sensibilisiert werden muss. Gleichzeitig muss die Wirkungsforschung ihr „Ohrenmerk“ verstärkt auf diese Aspekte lenken. In der Rubrik „Recht und Rechtsprechung“ gehen die Autoren der Frage der biometrischen Sicherung von Automatenvideotheken und der Auswirkungen einer Sonntagsöffnung von Videotheken auf den Jugendschutz nach.

Bezug: Wolters Kluwer Deutschland, Luchterhand Verlag, Postfach 23 52, 56513 Neuwied, info@luchterhand.de

Landesanstalt für Medien
Nordrhein-Westfalen (Hrsg.)

12 goldene Suchmaschinenregeln

Ratgeber für Verbraucherinnen und Verbraucher

Angesichts der überwältigenden Fülle von Angeboten im Internet haben die Suchmaschinen eine zentrale Rolle für das Finden von Informationen. Aber auch Suchmaschinen weisen oft Ergeb-



nisse aus, die für die individuelle Suchanfrage nicht passen. Während andere Handreichungen lediglich Tipps zur effizienten Suche im Internet geben, will diese Broschüre zusätzlich den Blick auf mögliche Probleme bei der Nutzung von Suchmaschinen schärfen: Wie erkennt man zum Beispiel versteckte Werbung in Suchmaschinen? Was müssen Eltern bei der Eingabe von Suchbegriffen wissen, damit ihre Kinder nicht auf für sie ungeeignete Internetseiten stoßen? Die neue Information versteht sich dabei als nutzerfreundliches Angebot. Die Broschüre wurde herausgegeben von der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM) in Kooperation mit der Unabhängigen Landesanstalt für Rundfunk und neue Medien (URL) und Klicksafe.de.

Bezug: kostenlos bei der LfM, Zollhof 2, 40221 Düsseldorf, Tel. 02 11/7 70 07-0, www.lfm-nrw.de

Werner Barg, Horst Niesyto, Jan Schmolling (Hrsg.) Jugend:Film:Kultur

Grundlagen und Praxishilfen für die Filmbildung
München 2006, 18,00 Euro

Für Jugendliche zählen Film und Kino zu den populärsten Freizeitaktivitäten. Nur die wenigsten Mainstream-Filme gelten als pädagogisch wertvoll. Selbst der schlechteste Film kann für die Entwicklung junger Menschen von Nutzen sein – falls es gelingt, ihn in einen passenden Kontext einzubetten. Umgekehrt beeinflussen (Kult-)Filme die Ausformung von Lebensstilen nachhaltig und prägen mit großer Eigendynamik unser aller Medienbiografien. Das Handbuch Jugend:Film:Kultur bündelt pädagogische, psychologische und filmtheoretische Erkenntnisse und zeigt Chancen für eine Filmbildung mit Jugendlichen auf. Zugleich werden Konzepte zur Integration von Filmbildung in die Pädagogikausbildung vorgestellt. Für den Praxisbereich in Schule und Jugendarbeit bietet das Buch Anregungen für unkonventionelle Methoden der Filmarbeit. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Betrachtung von Videofilm-Eigenproduktionen von Jugendlichen.

Hessisches Sozialministerium

Interkulturelle Mädchenarbeit

Tagungsdokumentation, 44 Seiten

Das Hessische Sozialministerium hat mit dieser Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der Stadt Darmstadt, dem Landkreis Darmstadt-Dieburg und FeM e.V. Frankfurt/M. einen Beitrag zu geschlechtergerechten Integration geleistet. Positive Entwicklungen interkultureller Mädchenarbeit wurden vorgestellt und auftauchende Problematiken diskutiert. Eine neue Qualität der Kooperation aller Fachkräfte wurde ebenso offenkundig wie die starke Partizipation der Mädchen selbst.

Mädchen und Jungen – Opfer häuslicher Gewalt

Tagungsdokumentation, 89 Seiten

Mädchen und Jungen werden durch Miterleben von „häuslicher Gewalt“ gegen ihre Mütter indirekt selbst Opfer von Gewalt. Öffentlich wird diese gesellschaftliche Problematik vielfach erst dadurch, dass jedes Jahr Tausende von Frauen mit ihren Kindern in ein Frauenhaus flüchten oder eine Beratungsstelle aufsuchen. Häusliche Gewalt betrifft alle sozialen Schichten und wird von betroffenen Kindern als eine psychisch stark belastende, von massiver Angst geprägte Situation erlebt, der sie hilflos ausgeliefert sind. Das Miterleben von Gewalt gegen ihre Mütter ist insbesondere für Mädchen so dramatisch, weil sie sich mit ihrer Mutter identifizieren und somit die „weibliche Identität“ mit „Opfer sein“ gleichsetzen. Die Tagungsdokumentation vermittelt den aktuellen Stand der Thematik und geht auf pädagogische, präventive und jugendhilferechtliche Aspekte in der Arbeit mit Mädchen und Jungen ein.

Kostenloser Bezug bei: Luise Schröder, Hessisches Sozialministerium, Wilhelmshöher Allee 157-159, 34121 Kassel, Tel. 05 61/30 85-61, Luise.Schroeder@hsm.hessen.de

Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Bayern „Wenn-Ich-Karten für Profis“

Spielerische Reflexionshilfen zur Arbeit mit Multiplikatoren/innen in der Suchtprävention

Dieses neue Material können Fachkräfte bei der Fortbildung von Multiplikator/innen in der Suchtprävention einsetzen. Mit den Kartensätzen ist es möglich, die wichtigsten Themen im Bereich Suchtprävention mit verschiedenen Zielgruppen anzusprechen und die Diskussion anzuregen. Die Karten können bei Fortbildungen mit folgenden Zielgruppen verwendet werden:

- ❑ Lehrkräfte sowie Schülmultiplikatoren/innen
- ❑ Eltern von Kindern zwischen fünf und zehn Jahren oder zwischen zehn und 18 Jahren
- ❑ Sozialpädagogen/innen aus den Bereichen der offenen Jugendarbeit und (teil-)stationären Jugendhilfe
- ❑ haupt- oder ehrenamtlichen Gruppenleitern/innen in Jugendverbänden oder bei Übungsleiter/innen in Sportvereinen

Außerdem vermittelt ein Kartensatz Möglichkeiten einer erfolgreichen Gesprächsführung mit Suchtmittel konsumierenden oder bereits suchgefährdeten Jugendlichen. Die „Türöffner-Karten“ sensibilisieren für einen konstruktiven, auf die Situation abgestimmten Gesprächsaufbau und helfen Multiplikatoreinnen und Multiplikatoren, die eigene Haltung in Verbindung zur Gesprächsführung zu reflektieren und Gesprächsalternativen zu finden.

Der Kartensatz enthält 256 Karten sowie eine umfangreiche Anleitung zum Einsatz der „Wenn-Ich-Karten für Profis“. Die acht Kartensätze sind in einer DIN-A4-Schachtel verpackt und kosten 20,00 Euro zuzüglich Versand.

Bezug: Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Bayern e.V., Fasaneriestr.17, 80636 München, Fax 0 89/12 15 73-99, www.bayern.jugendschutz.de, info@aj-bayern.de, Bestellnummer: 11081.

Material zum Thema Mobbing

„Mobbing“ meint das systematisch wiederholte Schikanieren von Einzelnen über einen längeren Zeitraum. Es tritt vor allem in Zwangsgemeinschaften auf, aus denen Kinder und Jugendliche nicht so einfach „fliehen“ können, so zum Beispiel in Schulen, Ausbildungseinrichtungen oder Heimen. Das Phänomen ist nicht neu. Neu sind Erkenntnisse zu Ausmaß, Folgen und unzureichenden Interventionsmöglichkeiten. Denn viele Pädagoginnen und Pädagogen merken nichts von den Attacken und dem Leiden der Betroffenen oder wissen sich keinen Rat.

Die Landesstellen des Jugendschutzes engagieren sich für eine intensive Aufklärung der Öffentlichkeit, vor allem von Schulen und Jugendeinrichtungen. Mit den vorliegenden Veröffentlichungen sollen breite Teile der Bevölkerung, besonders Eltern und pädagogische Fachkräfte, über dieses drängende Problem informiert werden. Sie finden darin sowohl Anregungen, um Mobbing zu erkennen, als auch Ansätze und Möglichkeiten, den Opfern zu helfen. Und selbstverständlich auch Impulse, Mobbing durch die Entwicklung eines dialogischen und partizipativen Umgangs miteinander zu vermeiden.

Arbeitsgemeinschaft Kinder und Jugendschutz, Landesstelle Nordrhein-Westfalen e.V. (Hrsg.)

Mobbing unter Kindern und Jugendlichen

Broschüre, 2006

Die Broschüre fasst knapp den aktuellen Stand der Mobbingforschung zusammen. Sie enthält viele praktische Anregungen, wie man Mobbing erkennt, den Opfern helfen und Mobbing langfristig eindämmen kann.

Bezug zum Preis von 2,20 Euro, zzgl. Versand: AJS NRW e.V., Poststr. 15-23, 50676 Köln, Fax 02 21/92 13 92-20, info@mail.ajs.nrw.de

Kath. Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Nordrhein-Westfalen (Hrsg.)

Prima Klima?

Fachzeitschrift Thema Jugend Heft 4/2005

Verschiedene Autorinnen und Autoren behandeln das Thema aus theoretischer und praktischer Perspektive: Von Mobbingforschung über Interventions- und Präventionsansätze bis hin zu Theaterprojekten. Eine detaillierte Übersicht der Artikel finden Sie unter www.thema-jugend.de

Bezug zum Preis von 2,00 Euro zzgl. Versand: Katholische Landesarbeitsgemeinschaft, Kinder- und Jugendschutz NW e.V., Salzstr. 8, 48143 Münster, Fax 02 51/51 86 09, Kath.LAG.Jugendschutz.NW@t-online.de, www.thema-jugend.de

Aktion Kinder- und Jugendschutz

Landesarbeitsstelle Schleswig-Holstein e. V.

Sonst bist du dran! „Zwangsgemeinschaft“

Bad Oldesloe/Kiel 2005, 120 Seiten

Nach einer Einführung ins Thema bietet der umfassende Reader viele Beispiele zur Intervention und zum Umgang mit Mobbingvorfällen. Der Übungsteil beinhaltet zehn Bausteine mit 43 Übungen zur Mobbingprävention in Schulklassen, die sowohl von Lehrkräften der Schule als auch von externen pädagogischen Fachkräften durchgeführt werden können.

Bezug zum Preis von 10,00 Euro zzgl. Versand: Aktion Kinder- und Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Schleswig-Holstein e.V., Feldstr. 120, 24105 Kiel, Tel. 04 31/8 90 77, Fax 04 31/8 90 79, info@akjs-sh.de, www.akjs-sh.de

Noch ein Literaturtipp:

Françoise D. Alsaker

Quälgeister und ihre Opfer

Mobbing unter Kindern und der Umgang damit
Bern 2003, 30,00 Euro



Termine

Institut für Sexualpädagogik Dortmund

Zusatzausbildung Sexualpädagogik

Das Institut für Sexualpädagogik bietet auch 2007 wieder eine einjährige berufsbegleitende Weiterbildung an. Sie richtet sich an haupt- und ehrenamtlich in Erziehung, Betreuung, Beratung und im pflegerischen Bereich Tätige, die sich für den alltäglichen Umgang mit Sexualität in ihren Institutionen und für geplante sexualpädagogische Arbeit qualifizieren möchten.

Die Weiterbildung umfasst acht drei bzw. viertägige Seminare und wird ab März 2007 in einem Tagungshaus bei Dortmund durchgeführt. Die erfolgreiche Teilnahme wird mit einem Zertifikat bescheinigt.

Information: Institut für Sexualpädagogik, Huckarder Straße 12, 44147 Dortmund, Tel. 02 31/144422, Fax 02 31/16 11 10, info@isp-dortmund.de, www.isp-dortmund.de

Landesakademie für Jugendbildung

Erlebnispädagogik – ein pädagogischer Prozess

Berufsbegleitende Fortbildung ab März 2007

Zielsetzung dieser Fortbildung ist die direkte und praxisbezogene Anwendung der erlebnispädagogischen Methode in allen Bereichen der Pädagogik, der Sozialarbeit und der Erwachsenenbildung. Neben der Vermittlung von Techniken und Methodenkenntnissen werden Reflexionsgespräche und das Ausloten von Möglichkeiten des Transfers in das jeweilige Praxisfeld einen Schwerpunkt der Veranstaltungen bilden. Die Fortbildung (März bis Oktober 2007) umfasst fünf Wochenenden und eine dreitägige Kurseinheit, außerdem fünf Tage im französischen Jura, einen angeleiteten Seminartag zur kollegialen Be-

ratung, sowie die Ausarbeitung und Präsentation eines praxisbezogenen Projekts. Insgesamt 19 Fortbildungstage mit 228 Lehreinheiten. Die Fortbildung wird von der Landesakademie für Jugendbildung in Weil der Stadt und dem Eisbär e.V. angeboten.

Information: Landesakademie für Jugendbildung, Postfach 1240, 71256 Weil der Stadt, Tel. 0 70 33/5269-0, info@jugendbildung.org, www.jugendbildung.org

FSK und FSF Jahrestagung in Baden-Württemberg

Die gemeinsame Jahrestagung der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) und der Freiwilligen Selbstkontrolle Fernsehen e.V. (FSF) findet am 25. und 26. April 2007 im Bildungszentrum Südwest der deutschen Telekom AG in Stuttgart-Vaihingen statt. Im Mittelpunkt werden entwicklungspsychologische Aspekte und die Medienkompetenz von Kindern stehen.

Evangelische Akademie Bad Boll

Jung, erwachsen, straffällig – was tun?

*Heranwachsende im Strafrecht
12.01. bis 14.01.2007 in Bad Boll*

Erwachsen – aber doch nicht voll verantwortlich? So wird es oft dargestellt, wenn junge Erwachsene straffällig geworden sind und vor Gericht kommen. Denn bis unter 21 Jahre können die Gerichte noch Jugendstrafrecht anwenden. Was ist eigentlich Jugend und wann hört sie auf? Welche Erwartungen verbindet die Gesellschaft mit dem Erwachsensein und welche Freiräume gewährt sie den noch nicht Erwachsenen? Können junge Menschen im Strafvollzug erzogen und in ihrer Persönlichkeitsentwicklung so gefördert

und gefordert werden, dass sie ein Leben ohne Straftaten führen?

Infos und Programm: Evangelische Akademie Bad Boll, Gabriele Barnhill, Tel. 07164/79 233, gabriele.barnhill@ev-akademie-boll.de

Filmpädagogik

Filme kompetent einsetzen

Das Landesmedienzentrum Baden-Württemberg, die Pädagogische Hochschule Ludwigsburg, Abteilung Medienpädagogik und das Evangelische Medienhaus GmbH veranstalten eine Kursreihe zu Methoden und Medien der Filmpädagogik. Es gibt Angebote zur Filmdidaktik, zur aktiven Filmarbeit und zum Einsatz von Spielfilmen.

Informationen: Roland Kohm, Evangelisches Medienhaus GmbH, Tel. 07 11/2 22 70 40, kohm.emh@elk-wue.de

Institut für Erziehungswissenschaft Tübingen

30. Tübinger Sozialpädagogiktag

24.11. bis 25.11.2006

Die Tagung nimmt das 30. Jubiläum zum Anlass, die Entwicklung von Sozialpädagogik als wissenschaftlicher Disziplin und als Profession kritisch zu bilanzieren. Der Verein prosozpaed e.V. (www.prosozpaed.de) ist erneut Kooperationspartner des Sozialpädagogiktages. Informationen: www.uni-tuebingen.de

Kleiner Stuttgarter Kinderfilmtag

Er findet am 30. November 2006 im Treffpunkt Rotebühlplatz, Stuttgart, statt. Informationen unter: www.stuttgarter-kinderfilmstage.de



Aus der Arbeit der ajs

Rauchfreie Schule? – Na klar!

Die Diskussion um eine rauchfreie Schule wird häufig sehr emotional geführt. Die konkrete Umsetzung ist – wie andere demokratischen Prozesse auch – nicht immer einfach und konfliktfrei. Um eine für Jugendliche und Erwachsene verbindliche Regelung zum Nichtrauchen, auf deren Einhaltung konsequent geachtet wird, zu erreichen, bedarf es im Allgemeinen einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Thema, in die alle am Schulleben Beteiligten aktiv eingebunden sind. Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg unterstützt Schulen bei diesem Prozess mit einer Reihe von Angeboten, bei denen das Referat für Suchtprävention der Aktion Jugendschutz fachlich eingebunden ist:

Handreichung

Gemeinsam haben das Kultusministerium, die Aktion Jugendschutz und die Fachstelle Gesunde Schule Baden-Württemberg die Handreichung „Rauchfreie Schule? – Na klar!“ erstellt. Sie soll Pädagoginnen und Pädagogen Impulse geben bei der individuellen Entwicklung einer Konzeption zur rauchfreien Schule und bei der Planung und Durchführung entlasten.

Die ersten drei Kapitel spiegeln den Entwicklungsprozess von der Idee bis zum Startschuss wider und bieten einen Überblick über verfügbare Angebote und Methoden verschiedenster Art. Eine kurze inhaltliche Darstellung wird jeweils durch das Nennen der Ansprechpartner/innen sowie der eventuellen Kosten ergänzt. Printmaterialien und Internetadressen sind dabei ebenso beschrieben wie Ausstellungen und Theaterstücke oder Hinweise für die Gestaltung rauchfreier Klassenfahrten und Schulfeste. Vorgestellt werden auch speziell für Jugendliche geeignete Programme zum Ausstieg aus der Nikotinab-

hängigkeit. Das vierte Kapitel der Handreichung enthält eine ausgearbeitete Unterrichtseinheit zum (Nicht-)Rauchen unter geschlechtsspezifischen Aspekten.

Schulen in Baden-Württemberg können die Publikation kostenlos beim Ministerium für Kultus, Jugend und Sport beziehen. Einzelexemplare sind gegen Erstattung des Portos bei der Aktion Jugendschutz erhältlich. Ein Download als pdf-Datei ist unter www.ajs-bw.de möglich.

Symposium

Am 28. Februar 2007 wird in Kooperation mit der Stadt Stuttgart, Gesundheitsamt, das Symposium „Rauchfreie Schule? – Na klar!“ durchgeführt. Am Vormittag der Veranstaltung beleuchten Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Bereichen die Thematik aus wissenschaftlicher Sicht. Nachmittags werden in Workshops Erfahrungen aus der Praxis vorgestellt: Beispiele der Umsetzung in unterschiedlichen Schularten, Möglichkeiten der Prozessbegleitung, Modelle für den Unterricht. Abgerundet wird der Tag durch das Forumtheater der „Wilden Bühne“. Das Symposium findet im Rathaus in Stuttgart statt. Nähere Informationen und Anmeldung (ab Dezember) bei der Aktion Jugendschutz: www.ajs-bw.de.

Seminar

Lehrkräfte, die an einer Vertiefung der Thematik interessiert sind, können im Anschluss an das Symposium ein zweieinhalbtägiges Seminar an der Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen in Esslingen besuchen. Der Lehrgang „Rauchfreie Schule als Prozess der Schulentwicklung“ erläutert den Verlauf anhand der konkreten Erfahrung einer Schule. Die Teilnehmer/innen sollen Umsetzungsmöglichkeiten an der eigenen Schule erarbeiten und erhalten ergänzende Informationen zum Thema rauchfreie Schule sowie zu den Kriterien er-

folgreicher Prozesse der Schulentwicklung. Zu der Veranstaltung werden auch Tandems aus Lehrer/innen und Schulsozialarbeiter/innen einer Schule zugelassen. Informationen und Anmeldung: www.alf.es.bw.schule.de/index_2.htm.

Barbara Tilke

Bevor die Tür zufällt

*Prävention und Intervention bei selbstverletzendem Verhalten Jugendlicher
Seminar 4. bis 6.12.2006 in Löwenstein*

Jugendliche zeigen nicht selten sowohl aggressive als auch selbst verletzende Verhaltensweisen in raschem Wechsel. Der Kontakt mit ihnen ist dann schnell belastet. Diese Verhaltensweisen sollten durchaus auch diagnostisch und konzeptionell ernst genommen werden, sie können sogar ein Ausdruck beginnender psychischer Störungsbilder sein.

Bei vielen Jungen ist gewalttätiges Verhalten nicht geplant, sondern das Ergebnis heftiger Stimmungsschwankungen. Um aus dieser unsicheren Gemütslage herauszufinden erscheint ihnen nicht selten Angriff als beste Verteidigung. Mädchen sind auf unterschiedliche Weise ebenfalls durch ihr spezifisches Rollendenken unter Druck. „Zickenkrieg“ ist eine stehende Redewendung, andererseits zeigen viele Mädchen ihre aggressiven Bedürfnisse oft nicht.

In dem Seminar wird an Fallbeispielen die Entwicklungsdynamik von aggressivem Verhalten analysiert, um Muster der Jugendlichen, aber auch bei sich selbst zu erkennen und entspannter reagieren zu können. Wie lassen sich jeweils eine Haltung und ein Vorgehen entwickeln, um eskalierende Situationen aufzufangen und eine Bearbeitung der dahinter liegenden Gefühle zu ermöglichen?

Zur Gewaltprävention wird die S-E-T-Gesprächsführung (SET Methode = Support, Empathy, Truth – Unterstützung, Einfühlung und Realitätsbezug) vorgestellt. Sie setzt klare Grenzen und fördert gleichzeitig eine einfühlsame Beziehung. Anschließend haben die Teilnehmer/-innen Gelegenheit ihre eigenen Fallbeispiele zur Bearbeitung einzubringen. Das Seminar bietet nicht zuletzt Anregungen zur Prävention.

Information: Bernhild Manske-Herlyn,
Tel. 07 11/2 37 37 13, manske-herlyn@ajs-bw.de

Evangelische Akademie Bad Boll

Alles virtuell?

*Computerspiele und Kindergesundheit
17. bis 18.11.2006 in Bad Boll*

Eine Fülle von PC-Spielen ist auf dem Markt. Eltern und Pädagog/innen haben längst den Überblick verloren und sind zudem wegen möglicher schädlicher Wirkungen der Spiele in Sorge. Bei dieser Tagung können sie sich intensiv mit verschiedenen PC-Spielen beschäftigen, sich über mögliche Wirkungen auseinander setzen und sich über pädagogischen Handlungsmöglichkeiten verständigen. Die Tagung wird in Kooperation mit der Aktion Jugendschutz durchgeführt. Informationen: Evangelische Akademie Bad Boll, Susanne Heinzmann, Tel. 0 7164/79 212, susanne.heinzmann@ev-akademie-boll.de, www.ev-akademie-boll.de

Gegen sexuelle Übergriffe unter Kindern

*Seminar 20. bis 22.11.2006
in Stuttgart-Hohenheim*

Viele Mädchen und Jungen erleben sexuelle Übergriffe. Früher wurde das zum Nachteil der Betroffenen, aber auch der übergriffigen Kinder oft genug verharmlost. Rückblickend bedauern manche – selbst noch als Erwachsene – die erlebte Hilflosigkeit aber auch eine fehlende Orientierung. Heute ist die Bewertung von sexuellen

Übergriffen in einem Wandel: Das betroffene Kind, wie auch das übergriffige Kind sollten konsequent pädagogisch unterstützt werden.

Die ajs hat anlässlich einer Fachtagung zu diesem Thema in 2005 einen großen Bedarf festgestellt, sich hinsichtlich einer pädagogisch konsequenten Haltung wie auch zu fachlich kompetenten Vorgehensweisen fortzubilden. Denn kindliche Übergriffe im Alltag einer Kindergruppe oder in der Familie sollen weder verharmlost oder übersehen werden, noch soll die notwendige Sexualerziehung aus einer möglichen Unsicherheit über angemessene pädagogische Angebote unterbleiben.

Ein bewusstes Umgehen mit solchen Situationen wird im Laufe des Seminars geübt und eine klare Haltung gegenüber den Kindern herausgearbeitet. Absprachen im Team und Gespräche mit den Eltern werden ebenfalls erarbeitet. Das Seminar richtet sich an Multiplikator/innen, die mit Kindern arbeiten.

Information: Bernhild Manske-Herlyn,
Tel. 07 11/2 37 37 13, manske-herlyn@ajs-bw.de

Pädagogisches Handeln in der Einwanderungsgesellschaft

Diese berufsbegleitende Fortbildung für Mitarbeiter/innen aus Jugendhilfe, Jugendarbeit und Schule wird in Kooperation von ajs mit dem Paritätischen Jugendwerk und anderen Trägern angeboten. 20 Teilnehmer/innen haben die ersten drei Bausteine absolviert und zur Halbzeit eine positive Bilanz gezogen. Die kommenden drei Bausteine werden mit Neugier und Spannung erwartet. Die große Nachfrage hat zu einer vorzeitigen Neuauflage geführt, die im Oktober begann. Eine weitere Staffel wird in 2007 angeboten.

Informationen: www.pjw-bw.de und
Lothar Wegner (ajs),
Tel. 07 11/2 37 37 14,
wegner@ajs-bw.de

Festschrift zum Jubiläum

Die Festschrift zum 50-jährigen Jubiläum der ajs schicken wir Ihnen gegen Einsendung von 1,45 Euro in Briefmarken gerne zu.

3. Fachtag Netzwerk Konflikthilfe Baden-Württemberg

Herrenberg-Gültstein, 29.07.2006

Das Netzwerk – ein Zusammenschluss von Mediator/innen und Antigewalt-Trainer/innen – hat sich eine neue Struktur gegeben: Es wird nun geleitet und koordiniert durch eine Gruppe von fünf Mitarbeiter/innen. Die Gruppe wird jeweils für ein Jahr auf der jährlichen Vollversammlung gewählt. Die Leitungsgruppe wird Vorschläge für die Weiterentwicklung des Netzwerkes machen sowie die Vollversammlung und den 4. Fachtag 2007 vorbereiten. In diesem Jahr gab es nach der internen Versammlung des Netzwerkes am Vormittag nachmittags öffentlich parallel zwei Foren, in denen praktische Ansätze für den Umgang mit Konflikten im interkulturellen Kontext sowie mit hocheskalierten Konflikten entwickelt und eingeübt wurden. Für 2007 wurde vereinbart, den öffentlichen Teil wieder als ganztägigen Fachtag zu gestalten und die interne Netzwerk-Vollversammlung am frühen Abend anzuschließen. Weitere Infos: www.netzwerk-konflikthilfe.de

Medienpädagogik in der Ausbildung

*Medienpädagogischer Fachtag
29.11.2006, Treffpunkt Rotebühlplatz, Stuttgart*

Der Fachtag wird sich mit dem Stellenwert der Medienpädagogik in der Ausbildung von Erzieher/innen beschäftigen. Dabei werden praktische Ansatzpunkte für die Fachschulausbildung ebenso vorgestellt, wie Praxisbeispiele für die medienpädagogische Arbeit mit Kindern.

Information und Anmeldung: vhs Stuttgart im
Treffpunkt Rotebühlplatz, Tel. 0711/ 18 73 800

+++ **Vorschau auf 2007** +++ **Vorschau auf 2007** +++ **Vorschau auf 2007** +++

Suchtprävention als pädagogische Aufgabe der Schule

Fortbildungsseminare für Lehrer/innen für Informationen zur Suchtprävention aller Schularten

Die Seminare werden im Rahmen der Fortbildungsmaßnahmen des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport von der Aktion Jugendschutz Baden-Württemberg zum Bereich Suchtprävention durchgeführt. Das Konzept beruht auf einer Vereinbarung zwischen den Kultusbehörden und der Aktion Jugendschutz (ajs). Folgende Termine für das Jahr 2007 stehen bislang fest: 21. bis 22. März 2007, 6. bis 7. November 2007, 14. bis 15. November 2007 jeweils in Bad Herrenalb.

Information und Anmeldung: Udo Ebert, Regierungspräsidium Karlsruhe, Abteilung 7: Schule und Bildung, Hebelstraße 2, 76133 Karlsruhe, Tel. 07 21/9 26 44 66; Barbara Tilke (ajs), Tel. 07 11/2 37 37 19

Konflikte lösen – Gewalt vermeiden

*Konstruktiver Umgang mit Konflikten
24. bis 26.01.2007
im Kloster Reute, Bad Waldsee*

Dieses Basistraining wurde in den vergangenen Jahren bereits in verschiedenen Regionen angeboten, jetzt kommt es nach Oberschwaben. Die Kooperation wird diesmal getragen von ajs, dem Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg/Landesjugendamt und dem Institut KOMPASS für Fortbildung und Praxisbegleitung in Reutlingen. Ziel ist es, den Teilnehmer/innen Prinzipien, Methoden, Kenntnisse und Praxis für einen konstruktiven Umgang mit Konflikten zu vermitteln und zudem das landesweite

Netzwerk Konflikthilfe (www.netzwerk-konflikt-hilfe.de) dichter zu knüpfen. Ein Auszug der inhaltlichen Schwerpunkte: Grundkenntnissen der Konfliktodynamik, Wahrnehmungsübungen für Konfliktsituationen, vermittelnde und konfrontierende Gesprächsführungsmethoden, Konfliktregelungsmöglichkeiten in und mit einer Gruppe, notwendige Rahmenbedingungen für einen konstruktiven Umgang mit Konflikten.

Informationen: Lothar Wegner (ajs),
Tel. 07 11/2 37 37 14, wegner@ajs-bw.de

Symposium

„Rauchfreie Schule – Na klar!“

am 28.02.2007 in Kooperation mit der Stadt Stuttgart, Gesundheitsamt (siehe Ankündigung auf Seite 45).

Interkulturelle Kompetenz in Jugendarbeit und Schule – ein Praxistraining

*21. bis 22.06.2007
im KVJS-Bildungszentrum Schloss Flehingen*

Mitarbeiter/innen der Jugendarbeit stehen zunehmend in Kontakt mit Jugendlichen aus den unterschiedlichsten Ländern und Lebenslagen. Das Thema „Umgang mit Unterschieden“ ist in vielen Facetten des Alltags präsent und stellt sie vor nicht geringe Anforderungen. Rezepte zum richtigen Umgang gibt es nicht. Interkulturelle Kompetenz bedeutet, sich auf jede Situation mit Neugier und Bereitschaft zur Unsicherheit neu einzulassen. Ziel des Seminars ist es, die Verständigung zu erleichtern und somit sowohl die Arbeitssituation als auch die Integration der Jugendlichen zu verbessern. Das Angebot ist eine Kooperationsveranstaltung der Aktion Ju-

gendschutz Baden-Württemberg mit dem Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg/Landesjugendamt.

Informationen: Isolde Bayer (ajs),
Tel. 07 11/2 37 37 22, bayer@ajs-bw.de

Medien einsetzen und reflektieren

Neue Kursreihe 2007

Unter diesem Motto veranstalten die Aktion Jugendschutz, das Evangelische Medienhaus GmbH, das Jugendamt und die Stadtbücherei der Stadt Stuttgart 2007 eine neue Kursreihe. Es wird Fortbildungsveranstaltungen zu medientechnischen Anwendungen wie zum Beispiel Bild- und Audiotbearbeitung geben. Über die Kriterien und Arbeitsweisen von Jugendmedienschutzinstitutionen, über den Einsatz von Medien im Alltag oder medienpädagogische Elternarbeit informieren theoretische medienpädagogische Angebote. Außerdem werden Exkursionen zu Medieninstitutionen wie der Kinderbücherei oder der Mediothek angeboten. Die Ausschreibung erfolgt Anfang 2007.

Informationen: Ursula Arbeiter (ajs),
Tel. 0711/ 2 37 37 15,
arbeiter@ajs-bw.de

Vorschau auf die nächsten ajs-Informationen

Muss das **Jugendarbeitsschutzgesetz** novelliert werden, damit die Chancen von Jugendlichen auf einen Ausbildungsplatz steigen? Mehr dazu lesen Sie in den nächsten ajs-Informationen, die voraussichtlich im April 2007 erscheinen.

+++ **Vorschau auf 2007** +++ **Vorschau auf 2007** +++ **Vorschau auf 2007** +++

Postvertriebsstück
 Entgelt bezahlt, DP AG
 E 6009F Verlag Aktion Jugendschutz (ajs)
 Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg
 Jahnstraße 12
 70597 Stuttgart

ISSN 0720-3551

Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg, Jahnstraße 12, 70597 Stuttgart

Auszug aus dem ajs-Publikationsverzeichnis

Titel	Bestellnummer	Einzelpreis
<p>● Hauptsache gesund...? Körperliches, psychisches und soziales Befinden von Kindern und Jugendlichen ajs-Jahrestagungsband 2004, 205 Seiten. Der Band enthält eine Analyse aktueller Risikofaktoren und stellt praxisorientierte Angebote zur Gesundheitsförderung in unterschiedlichen Arbeitsfeldern vor.</p>	506	€ 11,00
<p>● Alles was Recht ist..! Demokratie gilt auch für Kinder und Jugendliche ajs-Jahrestagungsband 2002, 153 Seiten. Die Dokumentation enthält Reflexionen zu den Themen Macht, Respekt und Verantwortung im Blick auf Kinder und Jugendliche. Die praktische Umsetzung von Kinderrechten und Partizipation in der Kommune, in der Kinder- und Jugendhilfe wie in der Schule werden beschrieben.</p>	503	€ 9,00
<p>● Statt Ausgrenzung und Gewalt HALT! für Kinder und Jugendliche ajs-Jahrestagungsband 2000, 253 Seiten. Die Veröffentlichung dokumentiert Beiträge zur sachlichen Aufklärung über „Jugendgewalt“. Es werden zahlreiche Präventions- und Interventionskonzepte aus den Bereichen Jugendhilfe und Schule vorgestellt.</p>	403	€ 9,00
<p>● Zuwanderung, Zugehörigkeit und Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche ajs-Jahrestagungsband 1999, 192 Seiten. Die Dokumentation enthält Beiträge zur Entwicklung interkultureller Kompetenz. Darüber hinaus werden Integrationsprojekte vorgestellt.</p>	504	€ 7,00

Bestellungen sind auch telefonisch, per Fax oder im Internet möglich!

 07 11/2 37 37 -0  07 11/2 37 37 30 www.ajs-bw.de

Bestellcoupon

Menge	Titel/Autor	Bestellnummer	Einzelpreis	Gesamtpreis

Name/Vorname

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

Telefon

Zahlungsbedingungen:
 Ihre Zahlung erfolgt per Rechnung.

E-Mail

